Nr. 209. 16. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7890. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 7. September 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Kaiser und Kirche.

Bei der Paradetafel am Dienstag hat der Kaiser folgenden Trinkspruch ausgebracht:

„Ehe ich auf das Wohl der Reichslande trinke, liegt es mir am Herzen, Ihnen zunächst den Schmerz der Kaiserin auszusprechen, daß sie nicht hat in diesen Tagen an meiner Seite hier weilen können und Ihnen ihren herzlichen Gruß zu übermitteln, bedauernd, daß es ihr nicht vergönnt war, ihrer Pflicht entsprechend die Anstalten zu besuchen und manchen Leuten Freude und Trost zu spenden.

Ich habe die Gelegenheit gehabt, schon seit vielen Jahren, schon zur Zeit meines Herrn Großvaters die Reichslande zu studieren und die Feste und die Aufnahmen mitzufeiern, die damals hier stattfanden.

Auch während der letzten zehn Jahre meiner Regierung hat sich Beobachtung an Beobachtung gereiht; ich kann mit tiefer Bewegung und hoher Dankbarkeit **vollinhaltlich** nur bestätigen, daß die **stets steigende, inniger werdende Wärme des Empfanges und der Begeisterung, die mir hier entgegengeschlagen** ist, ein deutlicher Beweis dafür ist, daß die Reichslande verstanden und begriffen haben, was ihnen durch ihre Einfügung in das Deutsche Reich zu teil geworden ist. Wohin man blickt, **frohes Treiben, eifrige und fleißige Arbeit, vorwärts schreitende Entwicklung, weitgehender Aufschwung.**

Nun, meine Herren, ich spreche Ihnen meinen Glückwunsch aus zu dem Zustand, in dem ich die Reichslande getroffen habe. Ich **ehre die Gefühle der alten Generationen,** denen es schwer gewesen ist, sich in die neuen Verhältnisse zu fügen, ich bin dankbar und gerührt für den Jubel der jungen Generation, die aufgewachsen ist unter dem Banner des Reiches.

Vor allem aber auch möchte ich den **edlen Herren der Kirche,** die einen so großen Einfluß auf unsere Bevölkerung haben, **und Herz legen, daß sie mit ihrer ganzen Arbeit und mit Einsetzen ihrer ganzen Persönlichkeit dafür zu sorgen, daß die Achtung vor der Krone, das Vertrauen zur Regierung immer fester und fester werde;** denn in den heutigen bewegten Zeiten, **wo der Geist des Unglaubens durch die Lande zieht,** ist der **einzige Halt und der alleinige Schutz,** den die Kirche hat, die **kaiserliche Hand und das Wappenschild des Deutschen Reiches** und ich denke, wenn ich in den Herzen der Straßburger richtig gelesen habe, daß der jubelnde Empfang, der mir heute zu teil geworden ist, und auch gestern beim Anmarsch von der Parade, auch dem Verständnis mit entsprungen ist, welches **der herrliche Anblick der kampfbewährten Söhne** dieses Landes den Bewohnern der alten, schönen Stadt hervorgerufen hat, wodurch von neuem das Gefühl in ihnen bestärkt worden ist, sub umbra alarum (im Schatten der Flügel) — des Deutschen Reiches Adlers ist das Reichsland gesichert gegen alles, was da kommen mag.

Deshalb erhebe ich mein Glas und trinke auf das Wohl der Reichslande, in der Hoffnung, daß ihnen noch lange tiefer Friede beschieden sei zur ruhigen, schwunghaften Fortentwicklung. Was ich dazu thun kann, mein Land in Frieden zu erhalten und zu regieren, das soll geschehen. Daß Sie aber davon einen Vorteil haben sollen, **dafür lassen Sie mich sorgen.** Elsaß-Lothringen lebe hoch! hoch! hoch!"

Der Trinkspruch liest sich wie ein Nachwort zum Neisser Katholikentag, auf dem auch die Verbindung von Kaisertum und Klerus gefeiert wurde, allerdings unter Mitentreihung des Papsttums.

Es scheint, daß der Kaiser seit seiner Palästinareise eine noch erhöhtere Meinung von der nutzbaren Macht der Kirche gewonnen hat. Es ist nicht mehr bloß die Armee, nicht der märkische Adel, die er zur unbedingten Gefolgschaft aufruft — der Klerus ist ihm jetzt ein gleichstarker Bundesgenosse.

Daß gerade in diesem Augenblick sich der Kaiser an die Geistlichen wendet und von ihnen fordert, für die Politik der Krone und der Regierung zu werben, ist verständlich. Er hat ja die Erfahrung machen müssen, daß selbst die junkerliche Bureaukratie, auf die so fest er zählte, nebst dem märkischen Adel in die Opposition übergegangen ist und sich dem nachdrücklichen Willen des Monarchen widersetzten. Der Priester soll leisten, was der Landrat verweigerte. Von der versagenden weltlichen Macht nimmt der Kaiser seine Zuflucht zur geistlichen. Einst — am 14. März 1891 — sprach der Kaiser gegen die Bismärckische Fronde von dem Geist des Ungehorsams, der durch das Land schleiche; „gehüllt in schillernd verführerisches Gewand, versucht er die Gemüter meines Volkes und die mir ergebenen Männer zu verwirren; eines Oceans von Druckerschwärze und Papier bedient er sich, um die Wege zu verschleiern, die klar zu Tage liegen müssen für jedermann, der mich und meine Principien kennt". Damals aber rief Wilhelm II. die „Brandenburgischen Männer" auf, ihm „durch dick und dünn" zu folgen. Heute spricht er nicht mehr von dem Geist des Ungehorsams, sondern von dem Geist des Unglaubens, der durch die Lande zieht, und er richtet seinen Aufruf nicht mehr an den kanalfeindlichen Adel, sondern an die Edlen Herren der Kirche, deren Einfluß er in den Dienst der Politik der Regierung des Königs zu stellen wünscht.

Mit dieser Anschauung hat sich der Kaiser völlig von jener Ansicht gewendet, die er aussprach, als sich manche Geistlichen gegen die Stummsche Socialpolitik auflehnten. Am 17. Dezember 1895 erließ der Ober-Kirchenrat — gezeichnet Barkhausen — einen Erlaß gegen die politische Bethätigung der Geistlichen. Darin heißt es:

„Gott hat sie (die Kirche) nicht zur Schiedsrichterin in weltlichen Sachen gesetzt. Jeder **Versuch des Geistlichen, maßgebend und insbesondere außerhalb seines Amtsbereichs auf die dem kirchlichen Gebiete fremden öffentlichen Angelegenheiten einzuwirken,** noch mehr jede Parteinahme für die Forderungen des einen oder anderen Standes, der einen oder anderen Gesellschaftsklasse **muß das Ansehen des Geistlichen** bei den anderen Gemeindegliedern **schädigen . . .**"

Auf diesen Erlaß berief sich dann mit großer Genugthuung Frhr. v. Stumm in einer Rede, die er am 12. April 1896 vor seinen Zwangswählern in Neunkirchen hielt. Damals berief sich Stumm auf den „Obersten Schirmherrn der evangelischen Kirche", der mit ihm der Meinung sei, daß die Geistlichen nicht Politik treiben dürften, und kurz darauf veröffentlichte die „Post" das folgende Telegramm Wilhelms II. an Stumm:

Berlin, Schloß, 28. Februar 1896.

Stöcker hat gerendigt, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. **Politische Pastoren sind ein Unding,** wer Christ ist, der ist auch „social". Christlich-social ist Unsinn und führt zur Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend. **Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinde kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieweil sie das gar nichts angeht."**

Nach der Straßburger Rede darf man die in diesem Telegramm ausgesprochene Anschauung für erledigt halten. Die Herren Pastoren dürfen nicht nur, sondern sie sollen Politik treiben, die Politik der Krone und der Regierung; sie sollen als eine Art geistlicher Landräte die Aufgaben erfüllen, die der letzte Erlaß Hohenlohes den widerspänstigen weltlichen Landräten angewiesen hat. Kein Zweifel, daß nunmehr der Ober-Kirchenrat eine neue, völlig umgearbeitete Auflage jenes älteren Rundschreibens verbreiten wird, in der er es den Geistlichen zur ersten Pflicht machen wird, maßgebend auch auf die dem kirchlichen Gebiete fremden öffentlichen Angelegenheiten einzuwirken. Eine weitere Konsequenz müßte sein, daß die wegen ihrer politischen Thätigkeit seiner Zeit gemaßregelten Pfarrer wieder in Amt und Würden eingesetzt werden.

In dieser Aufforderung an die Geistlichen, sich um die Politik zu kümmern, liegt die Bedeutung des Trinkspruchs, und es ist ein minderes Interesse, ob der Kaiser daneben beabsichtigt habe, die im Reichsland zahlreichen klerikalen Protestler zu einer regierungstreuen Haltung zu veranlassen, oder gar den weltgeschichtlichen staatsrechtlichen Streit, wer übergeordnet sei: Kirche oder Herrscher, im Sinne der weltlichen Macht zu entscheiden.

Die Zeit der politischen Pastoren ist wieder gekommen.

* * *

Die **„Post"** schlürft aus allen Blumen Honig für's — Zuchthaus. Sie bemerkt zu der Rede:

„Sodann aber dürfen wir wohl auch noch weiter blicken auf die oppositionelle Haltung, welche das Centrum im Reiche gegenüber politisch hervorragend wichtigen Vorlagen der Regierung, wie dem Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen, eingenommen hat, und die Unterstützung, welche es insbesondere in Baden und Bayern der Umsturzpartei geliehen hat. In letzterem Lande ist es ja zu einem förmlichen Bündnis zwischen beiden so fundamental verschiedenen Parteien gekommen. Dem gegenüber ist es vollberechtigt, wenn der Kaiser die klerikalen Kreise darauf hinweist, wie dringend bedürftig die Kirche in den heutigen Zeitläuften des mächtigen Schutzes der Regierung ist."

Die „Post", die am schärfsten gegen die politische Bethätigung der Geistlichen gewütet hat, will also jetzt, daß sie als Agitatoren für die Zuchthausvorlage auftreten. Uebrigens hat sich der Kaiser nicht an die klerikalen Kreise, sondern an die edlen Herren der Kirche gewendet.

Die **„Deutsche Tageszeitung"** meint:

„Der Ausspruch, daß in den heutigen bewegten Zeiten der einzige Halt und der alleinige Schutz, den die Kirche habe, die kaiserliche Hand und das Wappenschild des Deutschen Reichs sei, kann mißverstanden werden. Wer die religiösen Ueberzeugungen und Empfindungen Sr. Majestät kennt, weiß aber, wie er gemeint ist. Daß die Kirche ihren einzigen Halt und ihren alleinigen Schutz bei dem hat, auf dessen Namen und Heilsthat sie gegründet ist, das weiß unser Kaiser. Er hat lediglich gemeint, daß Kaiser und Reich in den jetzigen bewegten Zeiten der Kirche den äußerlichen Schutz allein zu verleihen vermögen. Immerhin wird man dem entgegenhalten können, daß die Kirche überhaupt keines äußeren Schutzes bedürfe. Aber auch, wer so denkt, wird zugeben müssen, daß ein machtvolles monarchisches Reich der Kirche einen stärkeren äußeren Halt und einen besseren äußeren Schutz gewähren könne, als eine von Leidenschaften durchwühlte Republik. Es bleibt abzuwarten, wie die Kreise, an die Se. Majestät der Kaiser sich unmittelbar wandte, seine Worte aufnehmen werden."

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. September.

Die Scheidenden.

Eine weitere Amtsniederlegung wird aus Strasburg in Westpreußen gemeldet. Auch Landrat Dunrath ist ein Kanalrebell.

Den scheidenden Gemaßregelten helfen die Kreis-Eingesessenen das Leid der Aussperrung tragen. Statt in Ergebenheit vor den Entscheidungen der Regierung und des Königs den ungehorsamen Landrat von sich zu stoßen, verbrüdern sie sich mit ihm und feiern sein umstürzlerisches Thun.

So fand für den scheidenden Landrat Dr. Schilling in Lieanitz eine vom Kreisausschuß und Kreistage veranstaltete Abschiedsfeier statt. Nach der „Schles. Ztg." hielt dabei Oekonomierat Schneider-Petersdorf die Ansprache an den Scheidenden, in welcher es u. a. heißt:

„Als wir Sie zu unserem Abgeordneten erwählten, erfüllte uns ein Gefühl des Stolzes. Wohl war es recht, als aus unserer Mitte das Wort erschallte: wir geben in unserem Landrat Dr. Schilling ein Teil unserer selbst, unser Herzblut dahin: nur waren wir eifersüchtig darauf, Sie eine Zeit lang nicht in unserer Mitte zu wissen. Sie übten dieses Amt mit größter Gewissenhaftigkeit, und doch ist **gerade diese Bethätigung von Ueberzeugungstreue der Stein des Anstoßes geworden."**

Dr. Schilling erwiderte, auf den angeregten Gedanken eingehend, wie folgt:

„Ich wußte, als ich im vorigen Jahre die Wahl annahm, daß ich ernsten und schweren Kämpfen entgegenging. Sie wissen es alle, wie sich der Konflikt entwickelt hat. Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser haben geruht, mich durch allerhöchsten Erlaß vom 20. August zur Disposition zu stellen. Ich habe zu gehorchen, aber der Abschied wird mir unendlich schwer."

Aus Wohlau wird der „Schlesischen Volkszeitung" geschrieben, daß gleichzeitig mit v. Wrochem auch dessen Stellvertreter v. Gerlach das Landratsamt niedergelegt habe, und daß **noch weitere Amtsniederlegungen** von Mitgliedern des Kreistages zu erwarten seien. Man sieht, der Beamtenstreik ist im besten Gange!

Im „Dramburg. Kreisbl." veröffentlichen Verehrer des zur Disposition gestellten Landrats v. Brockhausen folgenden Aufruf:

„Aus Anlaß des Scheidens unseres hochverehrten Landrats Herrn v. Brockhausen aus seiner amtlichen Stellung wird beabsichtigt, ihm am Mittwoch, 6. September, einen **Fackelzug** darzubringen. Bewohner des Dramburger Kreises! Geben wir dem Scheidenden einen Beweis unseres großen Dankes und unerschütterlichen Vertrauens, indem wir uns recht zahlreich an der Ehrung beteiligen."

Einen Ehrenfackelzug dem Manne, der seine Beamtenpflichten gröblich verletzt hat! Natürlich wird die Regierung dergleichen aller Staatsautorität hohnsprechende Demonstration schleunigst untersagen. —

Eine zwecklose Geisterbeschwörung.

Die freisinnige „Vossin" beschwört den Geist — Bismarcks gegen die landrätlichen Kanalrebellen. In einem bisher ungedruckten Brief Bismarcks an den Feldmarschall v. Manteuffel schrieb Bismarck über den ehemaligen Ministerpräsidenten Otto v. Manteuffel:

Varzin, 8. November 1875. Ich danke verbindlichst für die Erinnerung an morgen, und obiges Datum zeigt, daß ich ihrer eingedenk bin. Aber ich habe hier die Reden Ihres Herrn Vetters im Herrenhause gelesen. Einem Manne, der selbst ausreichend die Schwierigkeit des Regierens in Preußen kennen gelernt hat und dennoch so reden konnte in seinem hohen Ehrenalter, dem kann ich keinen Gruß senden. Ich habe seine Politik, ich meine die auswärtige, niemals öffentlich berührt, obwohl ich seit der Zeit, wo ich unter ihm diente, viel Stoff dazu hätte, und finde es mehr als geschmacklos, wenn ein Vorgänger, der die Geschäfte doch hinreichend kennt, so sie dem Nachfolger zu erschweren sucht. Der Grund, warum ich mich zu Ihnen, Excellenz, mit persönlicher Zuneigung und Verehrung hingezogen fühle und das Bedürfnis habe, Ihnen obiges zu sagen, mag ein breiterer sein; aber wesentlich ist an ihm die Sicherheit, mit welcher Sie unter allen Umständen, auch wenn Sie mir und andern Machthabern gram waren, dem Kompaß der Pflicht und Liebe für Dynastie und Vaterland folgten und niemals persönliche Verstimmungen den Staat entgelten ließen; das fehlt Ihrem Vetter. Er ist von der europäischen Höhe nicht in würdige Zurückhaltung, sondern in die Fraktion der malcontenten Velleitäten (mißvergnügten Nörgeleien) herabgestiegen, wie Kleist-Retzow und alle die ehemaligen Präsidenten und Staatssekretäre, die, wenn sie einen Stein brauchen, um den Gegner zu treffen, die clefs de voûte (Gewölbe-Schlußsteine) unseres Staatsgebäudes nicht schonen und ihrem Unmut auf Kosten der Zukunft des Landes und des Thrones unbedenklich die Zügel schießen lassen. Ich kann meinem früheren Chef weder brieflich noch persönlich die Hand reichen, nachdem ich seine Herrenhausrede gelesen habe. Ihnen aber, geehrter Feldmarschall, bleibe ich stets von Herzen ergeben.

v. Bismarck."

Auf die Junker wird dieser Brief des toten Bismarck natürlich ebenso wenig Eindruck machen, wie die Reden Lebender, um so weniger, als ja Bismarck die Anschauungen dieses Briefes selbst durch seine nachamtliche Thätigkeit revidiert und sich keineswegs gescheut hat, aus der europäischen Höhe statt in würdige Zurückhaltung in die Fraktion der malcontenten Velleitäten herabzusteigen.

Der Brief stammt offenbar aus des Feldmarschalls Manteuffel Nachlaß, der seiner Zeit öffentlich versteigert wurde, um die Schulden des trotz der großen Kriegsdotation in Vermögensverfall geratenen Feldmarschalls zu decken. Der Nachlaß soll sehr interessante und sehr — intime Papiere enthalten, die bei Gelegenheit vielleicht dräuend auftauchen werden. —

Die Lage in Südafrika erscheint ernster denn je. In Prätoria rechnet man mit alsbaldigem Kriegsausbruch. Im Volksraad wurde am Dienstag ein Antrag hinsichtlich der Zusammenziehung britischer Truppen an der Grenze eingebracht. Coeter begründete den Antrag; er brachte die gegenwärtigen Truppenbewegungen an der Grenze mit dem Jameson-Einfall in Verbindung, forderte eine Erklärung darüber und beschuldigte England, daß es durch Einmischung in die inneren Angelegen-

halten Transvaals die Konvention von 1884 gebrochen habe. Der Progressist Botha wies auf den Widerspruch hin, daß Truppen von England nach der Grenze von Transvaal beordert würden, während freundschaftliche Verhandlungen im Gange seien. Nach weiterer Beratung wurde beschlossen, die Debatte über den Antrag bis Donnerstag zu vertagen, an welchem Tage die Regierung darauf antworten wird.

In England werden die Kriegsrüstungen mittlerweile eifrig fortgesetzt. Bedeutende Truppenmassen werden für Transport bereitgehalten. Der Kabinettsrat, der am Freitag stattfinden soll, dürfte die Entscheidung über Krieg oder Frieden bringen. Mächtige Kreise sind bereit, die Schande eines solchen Krieges auf England zu laden.

Erfreulich ist nur, daß auch der gesunde Sinn, der Chamberlains Gewaltpolitik verschmäht, nicht völlig schweigt. In einer Versammlung seiner Wähler in Arbroath hielt Morley eine Rede, in welcher er nachdrücklich **für eine versöhnliche Politik** eintrat. Er erklärte, es sei wesentlich für England, sich eine freundliche Beurteilung seitens der holländischen Bevölkerung von Südafrika zu sichern und nicht die weißen Rassen daselbst uneinig zu machen. Wenn Transvaal in eine Kronkolonie verwandelt würde, würde man es mit Gewalt halten müssen; er betrachte einen Krieg, der dem Reiche höhere Lasten auferlege, als den Gipfel menschlicher Thorheit; England brauche kein Räuberreich zu sein und ein Krieg mit Transvaal würde eine tiefe Schmach bedeuten. —

Deutsches Reich.

Die Korrektur des Reichstags-Stenogramms. Der Bureaudirektor des Reichstags, Knack, soll, der „Volks-Zeitung" zufolge, in den Ruhestand treten. Damit ist die Angelegenheit der von ihm unmittelbar veranlaßten Stenogramm-Korrektur natürlich nicht erledigt. —

Die Zuchthausvorlage und das Leipziger Gewerbegericht. Die Arbeiter-Beisitzer des Leipziger Gewerbegerichts hatten beim Vorsitzenden Dr. Wagler beantragt, er möge eine Plenarsitzung aller (auch der Arbeitgeber-) Beisitzer einberufen, um zu einem Antrag Stellung zu nehmen, wonach Reichstag und Bundesrat die sogenannte Zuchthausvorlage ablehnen möchten. Das Leipziger Gewerbegericht sollte sich damit dem bekannten Vorgehen des Berliner Gewerbegerichts anschließen. Dieser Antrag ist nach einem Bescheid des Vorsitzenden dem Leipziger Stadtrat unterbreitet, von diesem aber abgelehnt worden. Die Ablehnung wird namentlich damit begründet, daß dem Gewerbegericht das Recht zustände, aus eigener Initiative in gewerblichen Fragen die Behörden zu Maßnahmen auf den Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung anregen zu dürfen. Die Initiative habe in diesem Falle aber schon die Reichsregierung ergriffen, nämlich die Initiative — zum Schutze der Arbeitswilligen; der Antrag würde somit, wenn angenommen, nur ein „nichterbetenes Gutachten" darstellen.

Wir wundern uns nicht darüber, daß ein sächsischer Stadtrat sich sträubt, etwas gegen die Zuchthausvorlage zu thun. Nichtsdestoweniger verstößt der Ratsbeschluß gegen den klaren Wortlaut des Gewerbegerichts-Gesetzes. Dasselbe spricht von Anträgen und Gutachten, welche die Gewerbegerichte abzugeben verpflichtet bezw. berechtigt sind, nicht aber von Initiativanträgen. Aus den Beratungen der Reichstagskommission geht hervor, daß die Gesetzgebung beabsichtigt hat, die Gewerbegerichte zu befähigen, diejenigen Funktionen zu erfüllen, die man sonst von Gewerbekammern zu erwarten pflege. Dazu gehört nicht bloß die Pflicht, zu antworten, wenn sie befragt werden, sondern auch das Recht, unaufgefordert Gutachten abzugeben. —

Neu-Liberalismus.

Wie völlig herabgekommen der wohlhabende Liberalismus ist, das zeigt die Haltung der liberalen Organe zur Landrats-Maßregelung, gleichwie die Erfolglosigkeit der Sammlungen für das Denkmal des großen „Befreier"-Dichters. Und nur zu berechtigt ist der Spott, den die Centrumsdimken der „Köln. Volks-Ztg." den liberalen Rittern von der Aufgeklärtheit und Humanität widmen:

„Der Umstand, daß die Sammlungen für das Goethe-Denkmal einen so überraschend bescheidenen Verlauf nehmen, hat den „Vorwärts" zu dem boshaften Witz verführt, eine Minister Goethe-Gedächtniskirche in Vorschlag zu bringen, dann würden die Gelder reichlicher fließen. Um diese Bosheit recht würdigen zu können, muß man die Berliner Verhältnisse genau kennen. Da draußen im Tiergartenviertel, wo ein einfacher Millionär nach dem Wort Jay Goulds als nur zum „gewöhnlichen Millionärpack" gehörig über die Achsel angesehen wird, schwärmt nämlich alles für Goethe, aber nur wenige für Kirchen — man hat ja Nietzsche und das Theater. Trotzdem konnte das Leibblatt der Bourgeoisie für das Goethe-Denkmal nur 2000 M. (jetzt sind es wirklich schon etwas über 3000 M.!) zusammenbringen, und für Kirchen fließen Millionen zusammen — gerade von solchen Leuten, die nicht hineingehen. . . .

Aber warum thun die Leute das? Weshalb haben sogar die Banken, in denen so viel — nichtchristliches Geld sich befindet, dem verstorbenen Herrn v. Dechend Riesensummen für die protestantischen Kirchenbauten gegeben? Das thut der Blick nach oben, wobei man sich unter dem „oben" freilich nicht den Himmel vorzustellen hat. Sie würden ja fast alle gern für ein Goethe-Denkmal viel, viel mehr geben als für einen Kirchenbau, wenn nur irgend etwas dabei heraushinge, ein Ordensband oder ein Kommerzienrats-Titel. Aber dazu ist keine Aussicht, und deshalb — lassen wir das. Wenn freilich in Berlin eine Goethe-Feier mit höfischer Assistenz stattgefunden hätte, so würde das schon „stimulierend" gewirkt haben. Da nichts dergleichen geschah, hält man es für nutzlos, sich zu Ehren des „ollen Goethe" ins Zeug zu legen. Das sind dieselben Leute, die entsetzt aufschreien, wenn irgend ein Ultramontaner Goethes Mangel an christlichem Sinn kritisiert . . .

Und weiter plaudert der Berliner Korrespondent des Kölnischen Centrumsblattes, wie sich die preußische „Krisis" bei den „Liberalen" in Berlin W. ausnimmt:

Graf Limburg-Stirum soll von der Hofliste gestrichen sein — glaubt man nicht, daß die Hautefinance des Tiergartenviertels danach lechzt, in diese Bresche zu springen? Geld genug haben diese Kreise ja, es fehlt ihnen nur der äußere Glanz. Man kommt höchstens auf den Subskriptionsball, und da giebt es schließlich auch Gymnasiallehrer und ähnliche „Hungerleider". „Repräsentieren" kann man mit den vielen Millionen mehr als die ältesten Adelsgeschlechter, „die Krachts und die Itzenplitze", aber man kommt nicht an den Hof, weil man Meyer, Schulze und Cohn heißt und die „Junker" einen festen Ring um den Thron geschlossen haben. Würden die Junker fortgejagt, so muß das alles anders werden, denn einer „Gesellschaft" bedarf die Majestät, und dann könnte man von Meyer, von Schulze und von Cohn werden.

Man kann es dem Hofe nicht verdenken, daß er diese Gesellschaft nicht einzutauschen wünscht und lieber bei den Junkern bleibt. —

Industriell-agrarische Zänkereien. Die von Krupp ausgehaltenen Schweinburgschen „Neuesten Nachrichten" rühmen gegenüber dem Bund der Landwirte dem „Centralverband deutscher Industrieller" nach, daß er „grundsätzlich jedes Hinübergreifen auf das Gebiet der Politik vermieden" habe.

Demnach scheint der Zuchthaus-Gesetzentwurf keine Politik zu sein, für den doch der Centralverband eine äußerst rege Agitation entfaltet! —

Politische Einfalt. Die „Nat.-Ztg." nennt die Thatsache, daß Bosse und Recke gehen mußten, weil sie die Volksstrecker die Maßregelungen waren, Mätzchen und Humbug und fragt:

„Haben etwa die Herren von der Recke und Bosse die „Maßregelungen" im Kronrat verlangt, haben sie dieselben gegen den Fürsten Hohenlohe, Herrn von Miquel und die anderen Minister durchgesetzt?"

Stellt sich die „National-Ztg." nur so einfältig, oder ist sie es? Giebt es doch keine bekanntere Erscheinung in der Psychologie der Macht als die, daß gerade die Handlanger eines übergeordneten Willens geopfert werden, wenn sie die Aufträge erfüllt haben. —

Kurzer Prozeß. Den beiden pommerschen Landräten von Brockhausen und von Bonin ist ihre Amtsenthebung in folgender Verfügung bekannt gegeben worden:

„Des Königs Majestät hat auf den Vortrag des kgl. Staatsministeriums mittels allerhöchsten Erlasses vom 29. vor. Monats auf Grund der Bestimmung in § 87 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 betreffs Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten zu genehmigen geruht, Sie im Interesse des Dienstes in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Indem ich Ihnen hiervon Kenntnis gebe, ersuche ich Sie, Ihr Amt sofort niederzulegen. Stettin, 1. September 1899. Der Oberpräsident der Provinz Pommern: In Vertretung: von Strantz." —

Noch etwas von der Landrats-Aussperrung. In einer Zuschrift aus dem Kreise Wohlau an den „Reichsboten" lesen wir:

„Wenn man den Landräten überhaupt erlaubt, Mandate anzunehmen; wie konnte man diesen schweren Mißgriff begehen, um einer Abstimmung willen diesen Landrat zu entlassen. Die Unzufriedenheit ist so allgemein, daß die hohen Herren von der Regierung erstaunt sein würden, wenn sie die Reden der Leute hörten. Ein Bürgermeister einer kleinen Stadt, in der die Socialdemokratie nur mit Mühe bei der Wahl niedergehalten wurde, meinte: jetzt weiß man nicht mehr, was man thun soll, am besten ist es, jeder ehrliche Mann enthält sich der Wahl und überläßt den Socialdemokraten und dem Centrum das Feld; vor denen hat die Regierung wenigstens Furcht. Ein Amtsvorsteher sagte mir: jetzt werden bald alle freisinnig oder socialdemokratisch wählen, und es ist auch so am besten, die Regierung scheint es so haben zu wollen. Sehr wahrscheinlich ist, daß der Kreis für die konservative Partei verloren ist". —

Der aufsässige Reichsapfel. Mehrere Personen hatten an der Darstellung des Reichsapfels als Warenzeichen für Liqueure, der bekannten Chartreuse-Marke, Anstoß genommen. Sie erklärten, die Anwendung des Reichsapfels (der Kugel mit einem Kreuz), der auch ein kirchliches Symbol sei, als Warenzeichen für Spirituosen verletze ihr religiöses Empfinden und errege deshalb Aergernis, weshalb sie die Löschung des genannten Zeichens verlangten.

Das Patentamt wies dies Ansuchen als unbegründet zurück. In dem Bescheid heißt es: „Wenn auch die Kugel mit dem Kreuz auf religiösen Bildern, bei kirchlichen Statuen zur Versinnbildlichung des „Reiches Gottes" Verwendung findet, so ist sie an und für sich nicht als spezifisch-kirchliches Symbol anzusehen. Der Umstand, daß eine Reihe von Personen an der Benutzung der Kugel mit dem Kreuz als Warenzeichen für Spirituosen Anstoß zu nehmen erklärt, ist nicht ausschlaggebend, denn für dieses subjektive Empfinden fehlt selbst, wenn die Angabe an sich auf Wahrheit beruht, eine ausreichende Veranlassung, so daß ein gleiches Empfinden in weiteren Kreisen nicht vorausgesetzt werden kann. Ebenso wenig kann, wie die Löschungsanreger behaupten, von einer Irreführung des Publikums die Rede sein. Wohl kaum jemand wird durch Anwendung des Reichsapfels als Warenzeichen in den Irrtum versetzt, als handle es sich um ein kirchlich geweihtes Genußmittel, durch dessen Kauf er eine segenbringende Verpflichtung der Kirche gegenüber zu erfüllen glaubt", wie in dem Löschungsansuchen angeführt wird.

Diese fromme Feinfühligkeit ist um so auffälliger, als ja sogar Schnapsflaschen mit eingeprägtem Kreuz und Heiligenbildern im Gebrauch sind. —

Hagen, 4. September. In Gevelsberg bei Hagen beteiligten sich die Reserve-Offiziere nicht an der Sedanfeier. Sie streikten und weshalb? In dem Lokal, in dem die Sedanfeier begangen werden sollte, hatte vor einiger Zeit eine Protestversammlung gegen die Zuchthausvorlage stattgefunden. Veranstalter der Versammlung waren die Gewerkschaften gewesen. —

Gotha, 5. September. Der gemeinschaftliche Landtag für die Herzogtümer Koburg und Gotha ist auf nächsten Dienstag nach Gotha einberufen worden. Zur Beratung stehen die Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch. —

Versuchte Disciplinierung von Rechtsanwälten. Kürzlich wurde gemeldet, die weimarische Regierung habe gegen den Jenenser Professor Abbe das Disciplinarverfahren eingeleitet, weil er gelegentlich der Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen Bassermann und dem Socialdemokraten Leutert zur Wahl des socialdemokratischen Kandidaten aufgefordert habe. Jetzt wird der „Voss. Ztg." aus Jena geschrieben, daß die Regierung zwar nicht versucht habe, gegen Professor Abbe, wohl aber gegen zwei Rechtsanwälte einzuschreiten. Der Versuch sei aber gescheitert, weil sich herausgestellt habe, es sei ihnen weder mittel- noch unmittelbar beizukommen.

Das läßt sich denken! —

Wie's kommen wird. Die „N. Bayer. Landesztg." erzählt:

„In Randersacker bei Würzburg wollte der Pfarrer im katholischen Arbeiterverein eine strenge Musterung halten und alle Mitglieder ausschließen, welche bei der Landtagswahl nicht für die Centrumspartei, sondern für die Socialdemokratie gestimmt hatten. Die Untersuchung ergab, daß nur drei für das Centrum gestimmt hatten: Der Vorstand, der Mesner und der Pfarrer."

Vorwirkungen der Zuchthausvorlage. —

Gegen die reaktionäre Schulpolitik der reichsländischen Regierung hat sich der Gemeinderat der Stadt Straßburg in einem Kommissionsbeschluß ausgesprochen, dem das Plenum ohne Zweifel in seiner Mehrheit beitreten wird. Darin wird, wie man uns aus dem Elsaß berichtet, die von der Regierung und der reaktionären Mehrheit des Landesausschusses geplante Erhöhung des Schulgeldes in den Gymnasialklassen des Lyceums und in den Oberrealklassen der Oberrealschule verworfen. Wenn dem Beschlusse auch bloß die Bedeutung eines Gutachtens zukommt, so dürfte diese Meinungsäußerung der Vertretung des ersten Gemeinwesens im Lande für die Gegner der bildungsfeindlichen Bestrebungen der reichsländischen Rückwärtser doch eine willkommene moralische Unterstützung sein.

Manöverfreuden. Die Nachrichten über folgenschwere Unfälle bei den diesjährigen Herbstmanövern wollen immer noch nicht verstummen. In Griesheim (Elsaß) fiel am letzten Tage der eben abgeschlossenen Brigade-Uebungen des 15. Armeecorps ein Mann, vom Hitzschlag getroffen, zu Boden und verschied nach wenigen Minuten. Weitere 19 Mann sollen, ebenfalls infolge der Hitze, umgefallen sein, sich aber wieder erholt haben. —

Neues vom Fegfeuer. Die Wiener „Wage" citiert folgende Stelle aus einem vom Fürstbischof von Brixen genehmigten Jesuitenbuch: „Die Lehre vom Fegfeuer, beleuchtet durch Thatsachen und Privatoffenbarungen". Von P. Fr. X. Schouppe, S. J. (Brixen 1899, Verlag von A. Weger):

„Wenn die Seelen des Fegfeuers den Lebenden erscheinen, so geschieht es immer in einer Haltung, die Mitleid erregt, . . . auch erscheinen sie oft von Flammen umgeben. Aus diesen eben mitgeteilten verschiedenen Anzeichen wird man die armen Seelen des Fegfeuers erkennen. Aber es giebt einen Fall, wo die Erscheinung für verdächtig gelten muß: wenn nämlich ein großer, ärgerlich lebender Sünder plötzlich vom Tode überrascht worden wäre und nun käme, um die Lebenden für seine Befreiung aus dem Fegfeuer zu bitten. Dem Satan ist sehr viel daran gelegen, glauben zu machen, daß man bis zum Tode in den größten Ausschweifungen leben und dennoch der Hölle entrinnen kann."

Dieser raffinierte Teufel muß seine Erziehung beim französischen Generalstab erhalten haben. —

Ausland.

Portugal.

Oporto, 6. September. Gestern ist weder eine neue Erkrankung noch ein Todesfall an Pest vorgekommen. Die Läden bleiben geschlossen, die Truppen in den Kasernen konsigniert. —

Rußland.

Die Russifizierung Finnlands. Der finnländische Generalgouverneur Bobrikow richtete kürzlich an die finnischen Truppen einen Erlaß, in dem er ihnen den Dank für ihre treffliche Haltung während der großen Manöver bei Friedrichshamm ausspricht und sodann auf die „dringende Notwendigkeit" der Verbreitung russischer Sprache unter den finnischen Truppen hinweist. Während der gemeinsamen Feldübungen der russischen und finnischen Truppen werde alles in russischer Sprache gelehrt und befohlen, ohne deren Verständnis auch keine genügende Grundlage für eine Kriegsbereitschaft möglich sei. „Ohne Kenntnis der russischen Sprache", heißt es in dem Erlaß, „ist keine Möglichkeit vorhanden, jene Verschmelzung der Truppen des Reiches und seiner Provinz (!) zu erreichen, welche das wichtigste Unterpfand ihrer Kraft und ihres Ruhmes ist." —

Amerika.

New York, 6. September. Gestern fand hier ein großes Meeting seitens der demokratischen Partei statt, in welchem die Politik Mac Kinleys auf den Philippinen besprochen wurde. Ein Redner erklärte, Aguinaldo verdiene, zu den größten Helden des Jahrhunderts gezählt zu werden. Diese Worte wurden von den nach Tausenden zählenden Zuhörern mit nicht endenwollendem Beifall aufgenommen. —

Berichtigung. In dem Artikel von Eduard Bernstein in der 2. Beilage der Nr. 206 d. Bl. muß es Spalte 8 Absatz 8 heißen:

„Im Punkt 2 wird der Leser jede Bezugnahme auf das vermissen, was den nicht lediglich den Principien und Absichten gewidmeten Teil des Erfurter Programms bildet . . ."

Durch den Wegfall des „nicht" wurde der Satz widersinnig.

Partei-Nachrichten.

Der Kanalkrieg. In den nächsten Tagen erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts eine Broschüre, welche die mit der Kanalvorlage zusammenhängenden Erscheinungen einer kritischen Erörterung unterzieht. Bestellungen wolle man schon jetzt an die Buchhandlung Vorwärts gelangen lassen.

Der Notizkalender für Arbeiter auf das Jahr 1900 ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts wieder erschienen. Er enthält außer den üblichen Kalenderangaben und reichlichem Notizpapier eine leichtfaßliche, überaus dankenswerte Darstellung des Dienst-, Werk- und Mietsvertrages, des Eherechts, Erbrechts und der Stellung der unehelichen Kinder nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, verfaßt vom Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann. Ferner sind die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl sehr ausführlich dargestellt, die Entwicklung der Socialdemokratie nach Provinzen und Bundesstaaten geordnet, die Porträts und Biographien der socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten, die socialdemokratischen Landtags-Abgeordneten der deutschen Bundesstaaten, Adressen der Gewerkschafts-Organisationen, Arbeitersekretariate und Gewerbe-Inspektoren. Der reiche Inhalt und die gediegene Ausstattung lassen den alten Preis von 60 Pf. als angemessen erscheinen. Das Büchelchen wird jedem Arbeiter willkommen sein.

Parteikonferenzen. Vom pfälzischen Parteitage tragen wir noch einige Thatsachen nach. Die Einnahmen betrugen im vergangenen Jahre 3124 M. und die Ausgaben 2961 M. Die Zahl der Mitglieder der in der Pfalz bestehenden 33 Partei-Organisationen beträgt etwa 3000. Die „Pfälzische Post" machte einen Ueberschuß von 3112 M. Die zur Landtagswahl-Frage angenommene Resolution lautet:

„Der zehnte pfälzische Parteitag in Kirchheimbolanden spricht hiermit seine Befriedigung aus über die Taktik und die erzielten Erfolge der socialdemokratischen Partei in Bayern und der Pfalz hinsichtlich der letzten Landtagswahl. Der Parteitag erblickt in dem erfreulichen Anwachsen der Stimmen für die socialdemokratischen Wahlmänner eine Genugthuung und den Ausdruck des Vertrauens der Wähler zur Thätigkeit der seitherigen socialdemokratischen bayrischen Landtags-Abgeordneten; er spricht volle Sympathie und Dank aus für ihre Arbeit im Landtag und für ihre unermüdliche Agitation im Land. Der Parteitag betont ganz besonders, daß nach dem Stand der glänzenden Erfolge bei den Wahlmännerwahlen ein Zusammenschluß zu den Abgeordnetenwahlen mit dem Centrum geboten war, um den Fortschritt auch äußerlich zu kennzeichnen, um der Stimmung der Urwähler Rechnung zu tragen und besonders der ferneren Agitation zu dienen. Der Parteitag kann eine Verletzung des socialdemokratischen Princips in der befolgten Wahltaktik nicht erblicken, da im Wahlkampf selbst von beiden in Frage kommenden Parteien nur ihre eigenen Partei-Interessen verteidigt wurden, der Wahlkampf ein unbestritten selbständiger war."

Für den Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland tagte am Sonntag eine Kreiskonferenz in Rathenow. Es waren im ganzen aus 11 Orten 16 Delegierte und 7 andere stimmberechtigte Genossen anwesend. Nach dem Bericht des Kreis-Vertrauensmannes, Genossen Kontsch, betrug die Einnahme des vergangenen Jahres 810,97 M. und die Ausgabe 804,45 M. In seinem Bericht gedachte er auch der vorigen Landtagswahl und gab der Erwartung Ausdruck, daß der Erfolg bei der nächsten Wahl noch größer sein werde. Auch Genosse Sidow sprach die Meinung aus, daß auch unter dem bestehenden Wahlsystem etwas zu erreichen sei und ebenso äußerten sich noch mehrere Redner.

Für die Verbesserung der Agitation wurden eine Anzahl Leitsätze aufgestellt, von denen folgende erwähnt seien:

„Den ländlichen Vertrauensmännern ist ein Exemplar der „Brandenburger Zeitung" regelrecht auf Kosten der Kreiskasse zuzustellen.

Der Kreisvertrauensmann ist angewiesen, da, wo sich durch die Mitwirkung der ländlichen Vertrauenspersonen eine geregelte Verbreitung des Parteiorgans ermöglichen läßt oder solche versucht werden soll, der „Brandenburger Zeitung" die durch den Versand des Blattes entstehenden höheren Kosten insoweit zurückzuerstatten, als sie durch den Agitationszweck gerechtfertigt sind.

Falls das von der Berliner Agitationskommission angekündigte Monatsorgan für unseren Kreis geeignet erscheinen soll, muß sich die Partei die Verbreitung desselben mit Hilfe des Vertrauensmännersystems angelegen sein lassen, andernfalls muß die Herstellung eines für den Kreis geeigneten Organs in nähere Erwägung gezogen werden."

Die Beschickung der Provinzialkonferenz wurde trotz lebhaften Widerspruchs beschlossen.

Im „Riesen-Wahlkreise" Bochum wurde am Sonntag die Kreiskonferenz in Bochum abgehalten. Der Kreis-Vertrauensmann konnte über eine Einnahme von 85,95 M. berichten, zu der ein Bestand von 61,21 M. aus dem Vorjahre hinzukommt. Die Ausgabe betrug demgemäß im ganzen 110,51 M. Im ganzen Kreise stehen der Partei zwei Versammlungslokale zur Verfügung. Ueber die geringe Agitation wurde allgemein geklagt. Eine lange Debatte entspann sich über die beste Art und Weise, wie die polnischen Arbeiter für die Partei interessiert

werden können und gelangte ein Antrag zur Annahme, daß die Vertrauensleute mit politischen Agitationsschriften versehen werden sollen, die Kosten soll das Agitationskomitee tragen. In Bezug auf die Verbreitung der Presse wurde konstatiert, daß die Abonnentenzahl beständig steigt. Als Delegierter zum Parteitag in Hannover wurde Johann Müller-Bochum gewählt. Ein Antrag wurde angenommen, daß der Parteitag in Hannover das Verhältnis zwischen dem Parteivorstand und der Rh.-Westf.-Arbeiterztg. für die nächsten 2 Jahre bestätige.

Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen beschloß am 2. September eine Parteiversammlung in Grünberg i. Schles.

Totenliste der Partei. In Nürnberg starb ein braver Parteigenosse, der Schriftsetzer Alex Peukert, der seit 1890 als Korrektor in der „Fränkischen Tagespost" thätig war.

Zeugenaufruf. Der Müller **Gerhart Kerkhoff,** zuletzt in Essen, wird dringend ersucht, seine jetzige Adresse sofort an die untenstehende Adresse anzugeben. — Dem, der die Adresse des Gesuchten weiß, sind wir zu Dank verpflichtet, wenn er uns diese unverzüglich mitteilt.

Redaktion des „Volksblatt", Bochum.

NB. Die Partei- und Fachpresse wird um Abdruck ersucht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Noch ein Schutzmittel für St. Sedan.** Gestern konnten wir mitteilen, daß wegen absprechender Aeußerungen über St. Sedan der Grobe Unfugs-Paragraph in Bewegung gesetzt worden ist, heute können wir das gleiche vom sächsischen Vereinsgesetz melden, das sich ja mit dem „Groben Unfug" ohne Sorge messen kann.

In Stünz, einem kleinen Dörfchen bei Leipzig, sollte am 2. September eine Versammlung abgehalten werden, die durch folgenden Beschluß der Amtshauptmannschaft verboten wurde:

„Mit Rücksicht auf die der königl. Amtshauptmannschaft bekannt gewordene Mitgliedschaft des Einberufers p. Roth von der socialdemokratischen Partei wird die Abhaltung umstehend gemeldeter Versammlung für den 2. September 1899, an welchem Tage allerorts patriotische Feiern aus Anlaß des „Sedanfestes" abgehalten werden, hiermit auf Grund von § 12 des Vereins- und Versammlungsgesetzes vom 22. November 1850 verboten, da dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu befürchten steht, insofern leicht Kollisionen zwischen Socialdemokraten und Patrioten entstehen können".

Besonders wirkungsvoll wird diese Fürsorge für das Sedanfest noch illustriert durch Erwähnung der Thatsache, daß in Stünz überhaupt keine Sedanfeier abgehalten wurde.

— **Ursache und Wirkung.** In einer Volksversammlung in Danzig sagte der Referent Genosse Roske, die Arbeiter sollten überall auf allen Gebieten ihr Recht energisch verteidigen. In diesen Worten erblickte der überwachende Beamte merkwürdigerweise eine Aufforderung zu Gewaltthätigkeiten und löste die Versammlung auf. Zur Räumung des Saales waren etwa 20 Polizeibeamte aufgeboten, die dabei von der blanken Waffe in so energischer Weise Gebrauch machten, daß einer der Versammlungsbesucher ins Lazarett geleitet werden mußte. Auch andere erhielten noch Säbelhiebe. Kann man darin eine Bestätigung der Meinung des überwachenden Beamten erblicken?

— **Beschlagnahmt** wurden in Bant auf Verfügung der Staatsanwaltschaft die noch vorhandenen Exemplare von Nr. 23 der dort erscheinenden „Nord-Wacht". Durch einen Artikel aus Freiburg a. E., betitelt „Der abgesägte Schoof", fühlte sich der Land- und Kreistags-Abgeordnete Joh. Schoof beleidigt und stellte Strafantrag.

Stimmungsbilder von der „Affaire".

Ueber die **Montags-Sitzung,** in welcher ein neuer sensationeller Zeuge auftritt und General Gonse einer weiteren Fälschung überführt wird, schreibt unser Berichterstatter aus Rennes vom 4. September:

Wir schreiten von Ueberraschung zu Ueberraschung, und niemand kann heute sagen, bis wohin uns die Folgen des Prozesses Dreyfus führen werden.

Man setzte in den am besten unterrichteten Kreisen bereits ein bestimmtes Datum für das Ende der Verhandlungen fest, und wir alle hofften ganz sicher, spätestens am Ende der Woche wieder in unserer Heimat zu sein.

Darauf darf man jetzt aber nicht mehr rechnen. Die Generale, die Offiziere des Generalstabs, und — wer weiß? — vielleicht auch **die Richter des Kriegsgerichts selbst vollführten ein dunkles Werk,** versammelten sich in geheimen Konventikeln und bereiteten einen **erneuten** Angriff vor.

Die Helden vom Radiermesser, von der Lüge und Fälschung, diese tapferen Helden hatten den ganzen Inhalt ihres Sackes, der von Verbrechen und Frevelthaten strotzt, noch nicht völlig entleert.

Um die Wahrheit zu gestehen, als wir heute früh den Hof des Lyceums betraten, hatten wir sofort das Gefühl, daß irgend etwas Außerordentliches passieren würde. Alle Generale waren vollzählig da, in großer Uniform, in einer Ecke leise sprechend, während der Kommandant Cuignet, einen Rundgang machend, sich bemühte, die Unberufenen fernzuhalten. In großer Eile war auch Cavaignac herbeigerufen und hatte mit allen früheren Ministern, mit allen Generalen und allen Offizieren des Generalstabes, die hier sind, eine Begegnung. Obwohl Cavaignac seit dem unsterblichen Ruhm, den er mit der Anschlagung der famosen Fälschungen in allen Kommunen Frankreichs erworben, von seinen Kameraden ein wenig vernachlässigt wurde, ist er nichts desto weniger die letzte Hoffnung der unterliegenden Fälscher geworden.

Und wirklich, die Sitzung beginnt mit einer nagelneuen Ueberraschung. Ein Werkzeug O. de Beaurepaires tritt auf, behauptet, einer königlichen Familie entsprossen zu sein, und ist, wenn man ihm Glauben schenken will, ein durchaus echter Prinz. Er ist seiner Herkunft nach Serbe, nennt sich **Cernucky,** und hat in der österreichischen Armee als Kavallerie-Offizier gedient. Er verließ die Armee und Ostreich zufolge von Quälereien, die ihm seine Ansprüche auf eine Krone, die er nicht näher bezeichnete, eintrugen. Seit dieser Zeit ist er viel, viel gereist. Auf diesen Reisen hat er die Bekanntschaft von Militär-Attachés und Spionen gemacht, die in Frankreich ihren Sitz aufgeschlagen haben, und eines Tages hat ihm einer von diesen ohne Umschweife gesagt: „In Frankreich giebt es vier Offiziere, die Verrat treiben und uns unbedingt alle Nachrichten geben, die wir haben wollen — für Geld. Der gefährlichste für sein Land ist der Hauptmann Dreyfus."

Der Prinz Cernucky liest dann aus seinem Memorandum — denn alles was er sagt, ist genau niedergeschrieben — vor, daß der fremde Attachés, von dem er die Nachricht hat, für eine lange Reise weit fortgereist ist, und daß er ihn gegenwärtig nicht finden könne.

Das ist die Aussage des Prinzen. Ist er wirklich ein Prinz? Auf alle Fälle macht er den Eindruck eines jener Abenteurer und internationalen Betrüger, die immer auf dem Anstand sind, einen Glücksfall zu erbeuten, immer auf der Suche nach einem Geschäft, sei es auch noch so niedrig und widrig, wenn es nur fruchtbar ist und Geld einbringt.

Dieser in der letzten Stunde des Prozesses geladene Zeuge hat absolut nichts bekundet, das von Wert sein könnte. Man fragt sich, ob man in seinem Erscheinen, das vom Vorsitzenden Jouaust kraft seiner diskretionären Gewalt angeordnet war, nicht ein Einverständnis zwischen diesem und den Generalen erblicken muß, die das Verhör des Herrn Cernucky verlangt haben.

Dieser Zeuge hatte ja schon an den unaussprechlichen Regierungskommissar Carrière, dessen unvergleichlicher Intelligenzmangel ihn dem Gelächter der Nachwelt überliefern wird, geschrieben. Aber Carrière hatte ihn nicht hören wollen. „Ich las seinen Brief ohne besondere Aufmerksamkeit, erklärte er; überdies sah ich, daß Cernucky sich als politischen Flüchtling ausgab; ich habe dies nicht ernst genommen."

Hier ist noch etwas dunkel, und der Oberst Jouaust, der an diesen Machenschaften teil nimmt, ladet vor der Geschichte eine schwere Verantwortlichkeit auf sich.

Sie können sich wohl denken, daß die Verteidigung diesen Zeugen nicht ohne Protest im letzten Augenblick in die Verhandlungen hineinstoßen ließ. Labori erhob sich, um zu fragen, welche Auskünfte das Kriegsgericht über die Moralität dieses Individuums hätte, das ganz plötzlich vom Himmel fiel, um Dreyfus zu erdrücken. Dann wurde Labori drohend und verlangte, daß Cernucky ordnungsmäßig als Zeuge geladen würde, damit er vereidigt und gegebenfalls wegen falschen Zeugnisses verfolgt werden könnte.

Während Labori sprach, schien der Prinz ganz bestürzt und von seinem Gesicht konnte man seinen Wunsch ablesen, den Zeugenstand zu verlassen; offenbar hatte man ihm gesagt, er hätte hier nur eine einfache Formalität zu erfüllen; aber nun fand er hier Männer, die durchaus wissen wollten, welcher Beweggrund ihn hierherbrachte.

Beim Verlassen des Sitzungssaales sagte Labori: „Cernucky ist für uns der erfreulichste Zwischenfall. Denn er wird uns gestatten, allen Schmutz und alle Unsauberkeit aufzudecken!"

In der That hat der tapfere Advokat nach dem Verhör des serbischen Zeugen erklärt: „Da man von der Gegenseite kein Bedenken getragen hat, zum erstenmal in dieser Angelegenheit das Zeugnis eines Ausländers anzurufen, wissen wir uns bisher stets enthalten haben, so bemerke ich, daß ich mir vorbehalte, Anträge beim Gerichtshof zu stellen, daß man auf diplomatischem Wege durch die Vermittlung des Ministers des Aeußeren alle Schritte thue, die geeignet sind, zu erfahren, ob die im Bordereau aufgezählten Dokumente ausgeliefert sind, an wen sie es sind, und damit sie auf diplomatischem Wege dem Kriegsgericht vorgelegt werden. Ich kann in diesem Augenblick keine Anträge stellen; ich bin zu überrascht und zu bewegt, um es zu thun."

Hier sieht man unsere Patrioten unverhüllt, sie haben stets an den Revisionisten getadelt, daß sie ihre Ueberzeugungen auf ausländische Zeugnisse stützen; durch ihre Zeitungen und durch ihre Zeugen suchten sie das Kriegsgericht argwöhnisch gegen jede ausländische Handlung zu machen; und jetzt, in die Enge getrieben, gehen sie bis zu den Balkanstaaten, um irgend einen Schwätzer zu suchen, durch den sie das Urteil des Gerichts in ihrem Sinne beeinflussen möchten.

Nachdem dieser Zwischenfall erledigt war, wurde dem Publikum von Labori eine zweite Abschlachtung Gonses — Gonse-Pilatus, wie man ihn nennt — dargeboten.

Man weiß schon, daß man bei jedem geheimen Stück, das aus dem geheimen Dossier ans Licht kommt, die Spur der Fälscher findet.

Das Schriftstück, das heute hervorgezogen wurde, rührt von Gonse-Pilatus selbst her. Um folgendes handelt es sich.

Im Jahre 1897 empfahl sich Hadamard, ein entfernter Verwandter des Hauptmanns Dreyfus, dem Professor an der Polytechnischen Schule, Painlevé, um an dieser Schule als Repetitor einzutreten. Die Verwaltung der Schule beauftragte Painlevé sofort, Hadamard wissen zu lassen, daß er angesichts seiner Verwandtschaft mit Dreyfus besser daran thäte, auf seinem Eintritt in die Polytechnische Schule nicht zu bestehen. Hadamard protestierte hiergegen und sagte, er könne doch in keinem Fall für Verbrechen verantwortlich sein, die von einem Verwandten begangen seien, selbst wenn ein Verbrechen begangen sei. Denn für ihn wäre Dreyfus unschuldig, alles deutete darauf hin: die schwankenden Aussagen der Sachverständigen, der Mangel an Beweisen, die Mitteilung geheimer Schriftstücke 2c.

Painlevé dachte, daß Hadamard seinen Verwandten verteidigt, weil es sein Verwandter sei, und er blieb von der Schuld Dreyfus' überzeugt. Aber, und darüber entspinnt sich der Zwischenfall, in dem geheimen Dossier giebt es ein mit No. 96 bezeichnetes Stück, welches über diese Unterhaltung berichtet. Nur ist es hier völlig entstellt: während Hadamard erklärt hatte, er glaube an die Unschuld Dreyfus', hat der General Gonse in dem Stück des geheimen Dossiers geschrieben, daß „aus einer Unterhaltung zwischen Painlevé und Hadamard hervorging, daß die Familienmitglieder von Dreyfus selbst von der Schuld des Hauptmanns überzeugt wären."

Dem Generalstab fällt es eben nicht schwer, Beweise zu erhalten.

Aber Painlevé wurde benachrichtigt, daß dieses Schriftstück im Dossier Dreyfus enthalten sei. Er suchte den General Gonse auf und berichtigte vor ihm den begangenen Irrtum. Gonse-Pilatus ließ Painlevé wissen, daß das Stück aus dem Dossier herausgenommen werden würde; übrigens hätte man ihm keinerlei Bedeutung beigemessen. Aber Painlevé war erstaunt, noch heute dieses gefälschte Stück im geheimen Dossier zu sehen, um den unschuldigen Dreyfus zu erdrücken.

General Gonse, der Urheber dieser Fälschung, mußte sich darüber erklären. Man hätte ihn sehen müssen, den Jammervollen, niedergeschlagen, stammelnd, für mildernde Umstände plädierend und seinen guten Glauben betonend. Von drei Vierteln des Saales verhöhnt, kam er zu seiner Bank zurück, mit gesenktem Haupt, wie ein Angeklagter, während in seinen Ohren noch immer die harten und peitschenden Worte Laboris klangen.

Und endlich haben wir heute die Gewißheit von der Existenz des allergeheimsten Dossiers erhalten.

Die Kriegsbureaux, deren Cynismus vor nichts zurückschreckt, haben sich erlaubt, bis heute in ihren Fächern etwa fünfzehn geheime Schriftstücke, die gegen Dreyfus gerichtet sind, zu bewahren.

Diese Stücke sind dem Kassationshof während der Revisions-Untersuchung nicht mitgeteilt worden. Sie waren auch dem Kriegsgericht seit Beginn der Verhandlungen nicht ausgeliefert. Die Fälscher mußten bis in die letzten Schlupfwinkel getrieben werden, um die Reihe von Verleumdungen, die in diesem Dossier stehen, hervorzuholen, Verleumdungen, die mit der Absicht geschrieben und zu dem Zweck verfertigt sind, eine so hochstehende diplomatische oder politische Persönlichkeit bloßzustellen, daß man es nie wagen würde, sie in öffentlicher Verhandlung vorzubringen.

Unter diesen vom Kommandant Cuignet angekündigten Stücken, deren Prüfung man für morgen in geheimer Sitzung verlangt hat, ist ein Bericht, der beweisen soll, daß ein hochgestellter Diplomat gelegentlich ungeheuerlicher sexueller Ausschweifungen die Schuld des Dreyfus erklärt habe.

Man erkennt die Natur dieser schmutzigen Dokumente, die in letzter Stunde von dem verbrecherischen und rohen Generalstab geliefert werden.

Und alle anderen sind von gleichem Kaliber, damit sie das Licht der Oeffentlichkeit nicht erblicken können. Eine politische Persönlichkeit von großem Ruf wird in diesem Dossier bloßgestellt; Briefe zwischen Personen der hohen ausländischen Gesellschaft, welche Praktiken einer niedrigen Schweinerei, gleichzeitig aber auch die Schuld Dreyfus' zeigen, befinden sich in diesem Dossier.

Schmutz, Koth, Schweinerei, das ist das letzte Wort der Fälscher. Aber diese Unsauberkeiten werden vielleicht trotz allem eines Tages das Licht erblicken. Keine Macht würde sich durch die schmutzigen Offenbarungen der generalstäblerischen Niedertracht verletzt fühlen. Man möge aber diesen lügnerischen, schurkischen und landesverräterischen Offizieren ihren eigenen Schmutz um die Ohren schlagen, und jedermann wird hier wie außerhalb nur Genugthuung empfinden.

Je weiter wir kommen, um so mehr versinkt der Generalstab im Morast seiner Lügen und Fälschungen.

In Rennes.

Die **Mittwoch-Sitzung** wird um 6½ Uhr eröffnet, und die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. In der nichtöffentlichen Sitzung, die um 8½ Uhr schließt, wird **Cernuschi** vernommen und gewisse Stücke aus den Geheimakten werden nochmals geprüft. Um 8¾ Uhr wird die Oeffentlichkeit bei dichtgefülltem Saale wieder hergestellt.

Nochmals Trarieux.

Auf eine Anfrage Laboris führt **Trarieux** aus, er habe das **„Petit bleu"** geprüft und Vertrauen zu der Ehrenhaftigkeit Picquarts gehabt, als er ihn empfing. Es sei erwiesen, daß das „Petit bleu" echt sei, die Untersuchung habe gezeigt, daß die Radierung Picquart nicht zugeschrieben werden könne.

Major **Lauth** erklärt, er habe nichts dagegen einwenden können, als sein Vorgesetzter von ihm verlangte, die Spuren der Risse zu beseitigen. Erst als er gesehen habe, welchen Gebrauch man von dem „Petit bleu" machen wollte, habe er erzählt, was vorgefallen war.

Zurlinden über Picquart.

General **Zurlinden** erklärt, wie wir der „Voss. Ztg." entnehmen: Als Kriegsminister habe ihn das Treiben Picquarts in Sachen Esterhazys schwer beunruhigt. Henrys Fälschung sei durch dieses Treiben veranlaßt worden (Bewegung im Saale), das den Zweck verfolgte, Esterhazy für Dreyfus zu substituieren. Er habe Gonse, Henry, Lauth und Gribelin befragt, und diese trefflichen Offiziere hätten Picquart einstimmig angeklagt. Zeuge habe gefunden, es sei nicht zu dulden, daß ein Offizier, der noch die Uniform trug, öffentlich einer Fälschung bezichtigt werden könnte. Es müsse deshalb ein Gerichtsverfahren gegen ihn eingeleitet werden, um die Sache aufzuhellen. Er habe dem Justizminister geschrieben, er solle Picquart, der damals wegen Mitteilung von Geheimpapieren an Leblois vor dem bürgerlichen Untersuchungsrichter stand, auch wegen des verdächtigen Rohrpostbriefes verfolgen lassen. Sein Ministerkollege habe ihm geantwortet, wegen des Rohrpostbriefes könne er Picquart nicht verfolgen. Darauf habe er einen Befehl an den Pariser Militärgouverneur vorbereitet, Picquart verhaften zu lassen, wenn ihn die bürgerliche Strafgerechtigkeit aus der Untersuchungshaft entlasse. Dann habe er sein Ministerportefeuille niedergelegt und ein anderer Minister habe den Befehl ihm, der dann Militärgouverneur geworden sei, übermittelt. Aber die Angelegenheit habe in seinem Geiste eine ganz geringe Rolle gespielt, als er die Verfolgung Picquarts beschloß. Seinem Nachfolger Chanoine habe er, als er ihm das Ministerium übergab, den schweren Ernst der Picquart-Angelegenheit eingeschärft.

Labori will das Wort nehmen. Zwischen ihm und Oberst **Jouaust** entsteht ein Auftritt von unerhörter Heftigkeit.

Vorsitzender: Sie haben nicht das Wort über den Rohrpostbrief.

Labori: Ich fordere es und muß es bekommen.

Vorsitzender: Wir verhandeln über den Fall Dreyfus, nicht über den Fall Picquart.

Labori: Herr Präsident, wir behaupten, daß das „Petit bleu" an Esterhazy gerichtet war. Er betrifft also wohl die Affaire Dreyfus. Weiß Zurlinden, daß Graf Münster Minister Declassé **amtlich mitgeteilt hat, der Rohrpostbrief sei thatsächlich von Oberst Schwartzkoppen?**

Zurlinden schweigt.

Erklärung des Grafen Münster.

Paléologue, Vertreter des Ministeriums des Aeußern, aufgerufen, bekundet, Graf Münster habe im April 1899 Minister Declassé einen Brief Schwartzkoppens mitgeteilt, der bestätigt, **er habe thatsächlich verschiedene Rohrpostbriefe an Esterhazy gerichtet, darunter auch den, der in Picquarts Hände fiel.** (Große Bewegung.)

Das Esterhazy-Kriegsgericht und General Billot.

Trarieux verbreitet sich sodann des längeren über die gegen Picquart gerichtete Anklage, daß er ein Agent der Familie Dreyfus sein solle, und zwar, um den unschuldigen Esterhazy an die Stelle des schuldigen Dreyfus zu bringen. Trarieux verliest einen Auszug aus einem von ihm an Billot gerichteten Briefe, in welchem er gegen diese Lügen protestiert. Dieser Brief datiert vom 6. Januar 1898. Billot, erklärt Trarieux, antwortete nicht, ließ auch keinerlei Untersuchung einleiten. Als die Richter die dem Esterhazy zur Last gelegten Thatsachen prüften, wurden sie durch die vorgebrachten Entstellungen getäuscht. Das Gericht nahm alle Lügen Esterhazys entgegen. Dieser ist freigesprochen, seine Sache jedoch nicht abgeurteilt.

Der Vorsitzende protestiert gegen die Worte Trarieux, man dürfe nicht so über Richter sprechen.

Trarieux erwidert: Ich spreche nicht über die Richter, sondern nur über die abgeurteilte Sache, die man kritisieren kann, obgleich man sie respektiert.

Vorsitzender: Das ist keine Aussage, das ist ein wahrhaftes Plaidoyer. Sie haben die Rolle der Verteidiger übernommen.

Labori: Wir beklagen uns darüber nicht.

General Billot, dessen Stimme vor Bewegung unsicher ist, schließt sich dem Protest des Präsidenten gegen die Worte Trarieux' über die Richter Esterhazys an und übernimmt die Verantwortlichkeit für seine Handlungen als Minister; er erklärt, Picquart sei ein sehr verdienstvoller Offizier gewesen, er bedauere aber, daß er sein Vertrauen zu ihm nicht habe bewahren können. Billot sagt, er habe stets seinem Gewissen gehorcht und habe die abgeurteilte Sache vertreten und sich durch nichts, insbesondere nicht durch die Presse beeinflussen lassen. Billot verbreitet sich in längeren Ausführungen über die Affaire Esterhazy und spricht seine Ansicht dahin aus, daß, **wenn auch die Schuld Esterhazys festgestellt würde, Dreyfus deswegen noch nicht unschuldig sei.** In Spionage-Affären gäbe es oft mehrere Schuldige.

Lebhafter Zwischenfall.

Labori: Wenn ich recht gehört —

Vorsitzender (unterbrechend): Billot hat bereits eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Labori: Niemals hat man gesagt, daß Dreyfus ein Komplice Esterhazys war. Wir müssen wissen, ob die Anklage auf dieses Gebiet hinübergespielt werden soll.

Dreyfus ruft mit lauter Stimme: **Ich protestiere gegen diese gehässige Anklage!**

Vorsitzender fordert Labori auf, sich zu mäßigen.

Labori: Ich habe kein ungemäßigtes Wort gesagt.

Vorsitzender: Aber Ihr Ton war nicht maßvoll.

Labori: Meines Tones bin ich nicht Herr.

Vorsitzender: Wenn Sie desselben nicht Herr sind, entziehe ich Ihnen das Wort.

Labori: Ich füge mich, aber ich nehme Akt davon, daß man mir immer das Wort entzieht, wenn ich mich auf einen Boden begebe, auf dem man mir nicht mehr widerstehen kann. (Lebhafte Erregung im Zuhörerraum. Zeichen des Beifalls und Murren. Die Erregung ist sehr groß.)

Der **Präsident** droht, den Saal räumen zu lassen. Er fragt dann Labori, ob er Fragen stellen wolle.

Labori erwidert, da er die Fragen nicht stellen könne, die den Kern der Verhandlung bilden, so behalte er sich vor, die durch seine Verantwortlichkeit und durch das Recht der Verteidigung erforderte Haltung einzunehmen. **Präsident:** Setzen Sie sich! **Labori:** Ich setze mich, aber nicht auf Befehl! (Bewegung.)

In der vom Gerichtsschreiber verlesenen **Aussage du Paty de Clams** rechtfertigt sich dieser zunächst gegenüber den gegen ihn erhobenen Angriffen und beklagt sich über die gegen ihn gerichteten Verleumdungen, die Major Cuignet nicht habe beweisen können. Der Zweck dieser Verleumdungen sei gewesen, den Offizier der Gerichtspolizei von 1894 zu treffen. Er habe keinerlei Beziehungen zu Henry gehabt und habe den Artikeln des „Eclair" wie auch der Zustellung des „bekreidenden Dokuments" an Esterhazy völlig fernegestanden. Sodann giebt du Paty eine Wiederholung seiner Aussagen vor den Kassationshofe über seine Beziehungen zu Esterhazy. Er betont, an der Entdeckung des Bordereaus sei er nicht beteiligt gewesen und zur Uebernahme der Funktionen des Offiziers der Gerichtspolizei sei er verpflichtet gewesen. Danach erzählte du Paty de Clam, wie er von Gonse mit Abfassung eines Berichts über die Angelegenheit beauftragt wurde, und zählt die Feststellung auf, die er in einer seither verschwundenen, aber von Boisdeffre und Gonse gelesenen Note niedergelegt habe. Er berichtet, daß der Haftbefehl gegen Dreyfus vor dem Probediktat ergangen sei; er erzählt alsdann den Verlauf des Probediktats und weist auf die von Dreyfus gezeigte Unruhe hin, der sich beklagt habe, daß es ihn an den Fingern friere, und nervöse

Kieferbewegungen gezeigt habe. Dreyfus' Frau habe er, du Paty, stets mit der größten Rücksicht behandelt und es übernommen, ihr die Briefe des Angeklagten zuzustellen. Für das Datum des Bordereaus ist nach seiner Meinung die Zeit vom 15. bis zum 30. August 1894 anzunehmen. Du Paty leugnet alle Erklärungen, die ihm bezüglich der Depesche Panizzardis zugeschrieben werden; er berichtet, daß von ihm und Sandherr ein Geheimkommentar angefertigt wurde, der bestimmt war festzustellen, daß ein Offizier des Generalstabs Verrat übe und daß dies Hauptmann D. . . . war. Kein Schriftstück, welches dem Kommentar beigegeben war, bezog sich auf das Telegramm Panizzardi's noch auf die Herstellung eines Geschosses. Du Paty versichert, er habe die Rolle eines übermittelnden Agenten bei der Mitteilung der Geheimakten von 1894 gespielt; Dreyfus habe ihm niemals gesagt, „der Minister weiß, daß ich unschuldig bin". Dreyfus habe ihm niemals von einer Köderung durch minderwertige Schriftstücke gesprochen, er habe ihm gesagt, er wolle nicht auf mildernde Umstände plädieren; sein Advokat habe ihm versprochen, in drei Jahren, vielleicht auch in fünf oder sechs, werde seine Unschuld anerkannt werden. Dreyfus habe auch du Paty gesagt, daß er wisse, du Paty sei ein ehrenwerter Mann, aber man habe ihn getäuscht, er möge die Schuldigen suchen. Du Paty bestätigt das, was er in seinen früheren Aussagen bekundet hat. Schließlich wird noch ein zur Aussage du Paty gehöriges Schreiben der Frau Dreyfus verlesen, in welchem sie von dem höflichen Verkehr zwischen du Paty und ihr spricht. Darauf wird die Sitzung um 11 Uhr 50 Minuten geschlossen.

* * *

Die Ladung der Militärattachés.

Dem „Figaro" zufolge telegraphierte Oberst **Panizzardi** an seinen gegenwärtig in Rennes weilenden Arzt, er werde, falls seine Vorgesetzten es gestatteten, als Zeuge in Rennes erscheinen.

Daß die deutsche Regierung dem Oberst v. Schwarzkoppen die Zeugenaussage gestatten wird, muß als ausgeschlossen gelten. Die deutsche Regierung hat wiederholt in geradezu feierlicher Weise festgestellt, daß Herr v. Schwartzkoppen nichts mit Dreyfus zu thun gehabt hat. Wenn den französischen Richtern dies nicht genügt, so würde ihnen auch der Eid Schwartzkoppens nichts bedeuten.

* * *

Köln, 6. September. Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin: Bis heute mittag war bei der hiesigen deutschen Behörde keine französische Requisition eingegangen, weder durch die französische Botschaft noch auf einem andern Wege. Es ist selbstverständlich, daß in Ermangelung eines solchen Ansuchens keine Entschlüsse gefaßt werden können über Vorgänge und Anträge, welche man nur durch die Zeitungen kennt. Daß das Telegramm Labori's an den Kaiser Wilhelm eine solche Requisition vertreten könne, sei zweifelhaft. Welche Folgen man der Requisition, falls eine solche einträfe, geben würde, sei schwer zu sagen. Wir haben, so schreibt das Blatt, wiederholt auf die Bedenken hingewiesen, welche auf deutscher Seite gegen ein weiteres Hervortreten als bisher obwalten. Die Haltung, welche Italien einnehmen wird, ist hier nicht bekannt. Die Angaben, als ob die deutsche Handlungsweise Italien beeinflussen wolle, halten wir für unrichtig. Wir glauben vielmehr, daß hier jeder Staat lediglich nach seinen Interessen und seiner besonderen Auffassung die Entscheidung treffen wird.

Frankfurt a. M., 6. September. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Rennes: Es verlautet, Labori sei entschlossen, dem Zwischenfall, der sich heute zwischen ihm und dem Präsidenten ereignet hat, keine weitere Folge zu geben. Morgen werden im Anschluß an die Verlesung der Aussagen du Patys mehrere Generale auf die Frage der Verteidigung zu antworten haben. Vielleicht wird auch Cernuschi nochmals in öffentlicher Verhandlung vernommen.

Rom, 6. September. Panizzardi wurde telegraphisch hierher berufen. — In Turin soll heute unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrat stattfinden, in welchem darüber Beschluß gefaßt werden soll, ob Panizzardi die Aussage gestattet werden kann. Unterrichtetersseits glaubt man, der Ministerrat werde beschließen, sich vollständig der Haltung der deutschen Regierung anzuschließen.

Die Massenaussperrung in Dänemark.

Kopenhagen, den 5. September 1899.

Bei den gestern stattgefundenen Verhandlungen über die Beendigung der Aussperrung wurde sowohl vom Unternehmervereln als von den Vertrauensmännern sämtlicher Gewerkschaften eine Uebereinkunft getroffen, laut welcher die Aussperrung beendigt und die Arbeit Sonnabend, den 9. September, wieder aufgenommen wird.

Der Hauptinhalt des Uebereinkommens ist der, daß der Angriff des Kapitals auf unsere Organisation vollständig zurückgeschlagen worden ist. Die Absicht der Aussperrung war, unsere Organisation zu vernichten oder diese doch jedenfalls außer stande zu setzen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Nichts von alledem haben die Unternehmer erreicht. Wir haben unser Koalitionsrecht durchaus behauptet und unsere Organisationen stehen stärker und kampfbereiter da, als jemals. Dazu kommt, daß der Kampf, den wir über fünfzehn Wochen lang geführt haben und der nirgends in der Welt ein Seitenstück hat, in außerordentlichem Grade das Klassenbewußtsein der Arbeiter gestärkt und den Beweis geliefert hat, daß sie im stande sind, ihre Menschenrechte dem Kapital gegenüber zu behaupten.

Das Resultat des Kampfes ist also eine Niederlage für die Kapitalisten. Diese werden nicht sobald wieder daran denken, uns einen ähnlichen Kampf aufzuzwingen, und sollte im Auslande bei den Unternehmern die Lust geherrscht haben, auf ähnliche Weise vorzugehen, wird diese Lust jedenfalls vorläufig nicht zum Ausdruck kommen.

Wie schon erwähnt, wird die Arbeit nicht vor Sonnabend aufgenommen werden können. Infolgedessen müssen wir die Ausgesperrten auch noch diese Woche unterstützen. In der nächsten Zeit werden wir außerdem noch einen Teil Arbeitslose bekommen, welche ebenfalls unterstützt werden müssen, da ja die Arbeit nicht in ihrer vollen Ausdehnung auf allen Arbeitsplätzen aufgenommen werden kann.

Mit Rücksicht hierauf bitten wir unsere Brüder im Auslande, teils die schon eingesammelten Beiträge für unsere Ausgesperrten schleunigst einzusenden, und teils die Einsammlung noch eine kurze Zeit fortzusetzen, um uns in den Stand zu setzen, unsere Arbeitslosen zu unterstützen.

Die langwierige Aussperrung hat unsere Kassen selbstverständlich beinahe ganz geleert. Wir bitten deshalb unsere Brüder im Auslande, uns noch eine kurze Zeit lang die notwendige Hilfe zu senden.

Den siegreichen Ausgang unseres Kampfes schulden wir in erster Reihe der Opferfreudigkeit unserer ausländischen Brüder. Mit einem herzlichen Dank für die uns geleistete Unterstützung schließe ich deshalb mit einem

Hoch auf die internationale Solidarität!
Mit brüderlichem Gruß
Für die centralisierten Gewerkschafts-Verbände in Dänemark:
P. Knudsen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Kupferschmiede Berlins! Der Streik der Wiener Kupferschmiede ist zu Ungunsten der Gehilfen verlaufen. Die Kleinmeister, die gar keinen oder nur einen Gehilfen, dafür aber 3—6 Lehrlinge beschäftigen, haben sich den großen Meistern zur Verfügung gestellt und die streikenden Gehilfen ersetzt. Außerdem gelang es den Unternehmern, Ersatzkräfte aus Ungarn heranzuziehen. Von den 105 Ausständigen sind 30 ausgesperrt, darunter die Vorstandsmitglieder der Organisation. Um diese nicht wieder einstellen zu müssen, suchen die Unternehmer von allen Seiten Gehilfen heranzuziehen, weshalb um strengste Fernhaltung des Zuzuges gebeten wird. Der Arbeitsnachweis der Gehilfenorganisation befindet sich nach wie vor in Trübls Gasthaus, Wien, Bezirk V, Hundsturmplatz Nr. 2.

Gemäß dem Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung sind sich die Vertrauensmänner dahin schlüssig geworden, nach Beendigung des Wiener Streiks den wöchentlichen Beitrag zum Dispositionsfonds bis zur inkl. nächsten Woche auf 50 Pf. zu belassen und das Weitere der Versammlung zu überlassen. Wir erwarten deshalb, daß sämtliche Kollegen bis dahin einheitlich den Beschlüssen nachkommen.

Der Vertrauensmann.

Achtung, Ciseleure! Bei den Firmen Engel u. Hegewald, Lindenstraße 23, und Speck, Dresdenerstraße 36, sowie Gericke, in Firma Meyn u. Co., Sebastianstraße 20, haben die dort Beschäftigten die Arbeit eingestellt resp. gekündigt. Sie verlangen die Einführung des Neunstundentages mit 10 Proz. Lohn resp. Accordzuschlag. Zuzug nach Berlin ist zu vermeiden.

Die Kommission.

Deutsches Reich.

Geheime Vehme. Die Burger Tischlergesellen führen seit vielen Wochen einen hartnäckigen Kampf gegen die Meister. Wie wir berichteten, haben vor einigen Tagen Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien stattgefunden, die zunächst erfolglos geblieben sind. Vor vier Wochen, als die Meister von Unterhandlungen noch nichts wissen wollten, haben sie durch „vertrauliche" Cirkulare den Versuch gemacht, die Ausständigen von Werkstatt zu Werkstatt zu hetzen. Das Cirkular, das jetzt die Magdeburger „Volksstimme" zu veröffentlichen in der Lage ist, datiert vom 5. August. Darin werden die Meister aufgefordert:

1. Keinen der ausständigen Tischlergesellen in Arbeit zu nehmen;
2. den Frauen der ausständigen Gesellen keinerlei Beschäftigung geben zu wollen;
3. falls Sie bereits Ausständige beschäftigen sollten, dieselben sofort zu entlassen, und
4. mit allen Ihnen zu Gebote stehenden moralischen Mitteln auf die Ihnen in den Weg kommenden streikenden Tischlergesellen dahin zu wirken, daß sie zu ihren Meistern und in ihre früheren Werkstätten zurückkehren, woselbst sie ausreichende Beschäftigung und Verdienst finden.

Geächtet sind auf diese Weise 123 Personen, deren Namen einzeln aufgeführt sind. Daß die Herren Tischlermeister ihren Groll gegen die Gesellen auslassen, verstehen wir, daß sie aber auch noch deren Frauen ihren besonderen Haß fühlen lassen, bedarf der besonderen Hervorkehrung. Verweigert den Frauen der Streikenden Beschäftigung! Mit diesem Ruf glauben die Herren Tischlermeister die Gesellen mürbe zu kriegen — der Hunger ihrer Frauen und Kinder soll zur Nachgiebigkeit zwingen.

Und das wagt es, über den „Terrorismus der Gewerkschaften" zu jammern.

Die „christlichen" Gewerkschaften, die von den Kaplänen gegründet und geleitet werden, weniger, um den Arbeitern ihrer selbst willen zu dienen, sondern, um damit die Herrschaft über die Arbeiter zu behalten, lernen immer mehr einsehen, daß im wirtschaftlichen Kampfe nur ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiter zum Ziele führen kann. Nachdem die beiden Bergarbeiter-Organisationen ihre jahrelange Befehdung eingestellt haben und in Verfolgung bestimmter Ziele zusammengehen, sind, wie der „Frankf. Ztg." aus Aachen mitgeteilt wird, auch zwischen den Textilarbeitern beider Richtungen Verhandlungen im Gange, die ein gemeinsames Vorgehen in die Wege leiten sollen. Beide Richtungen wollen fernerhin für eine Regelung der Arbeitszeit, Beseitigung der Mißstände in den Betrieben, Hintansetzung des Zweistuhlsystems und für die Regelung der Lohnfrage gemeinsam eintreten.

Das ist sehr vernünftig. Damit ist aber auch die Existenzberechtigung besonderer „christlicher" Gewerkvereine ad absurdum gewiesen. Die „christlichen" Krefelder und Aachener Weber scheinen bei ihren Streiks doch etwas gelernt zu haben. —

Der Maurerstreik in Zwickau behördlich aufgelöst. Eine neue echt sächsische Polizeithat ist aus Zwickau zu melden. Dort streiken die Maurer seit Wochen. Der Streik ist von der Streikleitung nicht aufgehoben, es sind noch Streikende zu unterstützen und Hunderte von Maurern befinden sich des Streiks wegen noch immer auswärts, macht alles nichts — die Polizei hebt den Streik kurzer Hand auf. In einer Zuschrift an den gegenwärtigen Streikleiter Eckstein verfügt sie, daß er bei 100 M. Strafe weder Streikposten aufstellen, noch irgend welche Thätigkeit für den Streik entfalten dürfe.

Es heißt am Schlusse des Schreibens noch, daß die Einwendung eines Rechtsmittels die Vollstreckung der Strafe nicht aufhalten würde.

Der „Auflösung" des Streikbureaus der Maurer reiht sich aber eine zweite, ebenso — schöne Verfügung des Polizei-Stadtrats an.

Der Wirt des „Belvedere", Herr J. Seifert, hatte zugelassen, daß sich die Streikleiter in seinem Restaurant aufhalten und dort die Angelegenheiten den Streik betr. erledigen. Jetzt hat auch er eine Verfügung der Polizeibehörde erhalten, in welcher ihm der Beschluß der Polizeibehörde, das Streikbureau im Restaurant „Belvedere" aufzulösen, mitgeteilt wird, und heißt es dann wörtlich weiter:

„Sie werden hiervon in Kenntnis gesetzt mit dem Bemerken, daß Sie im Falle der ferneren Einräumung des von der bisherigen Streikleitung benutzten Lokals oder einer anderen Räumlichkeit in Ihrem Hausgrundstücke für Zwecke der Fortsetzung der Streikbewegung Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder Haft bis zu vierzehn Tagen zu gewärtigen haben."

Auf ein Gesetz, welches diese Verfügung rechtfertigt, hat sich die Polizeibehörde in beiden Fällen nicht bezogen, sie droht bloß an und verfügt.

Hiernach muß abgewartet werden, bis die Strafverfügungen wirklich eingehen, dann wird man gesetzmäßig erfahren müssen, worauf die Polizeibehörde ihren Eingriff in privatrechtliche Verhältnisse stützt.

Gerichts-Zeitung.

Vom Kampfe gegen die Streikposten. Daß das Ausstellen von Streikposten als eine Uebertretung der Polizeiverordnung betreffend die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung aufgefaßt werden muß, wurde gestern durch Urteil der fünften Ferien-Strafkammer des Landgerichts I bestätigt. Der Drechsler G. hatte sich an einem Apriltage vor der Fabrik aufgestellt, über welche kurz zuvor die Sperre verhängt worden war. Wie er zugab, wollte er „Arbeitswillige" fernhalten und außerdem kontrollieren, ob Ausständige, welche Streikgelder erhielten, dennoch arbeiteten. Ein Schutzmann wies ihn fort und brachte ihn zur Anzeige, als er wieder auf seinen Platz zurückkehrte. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Er legte Berufung ein und erhob im gestrigen Termine den Einwand, daß der Schutzmann nicht berechtigt gewesen wäre, ihn fortzuweisen, durch sein Stehen auf der Straße sei weder die öffentliche Ordnung gefährdet, noch eine Verkehrsstörung zu befürchten gewesen. Der Staatsanwalt suchte diesen Einwand zu widerlegen. Jedermann wisse, wie leicht es zwischen Streikposten und Arbeitswilligen zu Streit käme, und wenn der Beamte in der Voraussicht dieser Möglichkeit den Angeklagten fortwies, so war er hierzu vollauf berechtigt (!) und der Angeklagte mußte Folge leisten. — Der Gerichtshof trat dieser Anschauung bei und verwarf die Berufung.

Die Arbeiter werden sich auch fortan von der Ausübung ihrer kümmerlichen gesetzlichen Rechte nicht abhalten lassen.

Die Landräte gegen den Reichstags-Abgeordneten Pachnicke. Vor der Strafkammer des Landgerichts Stargard i. P. spielte sich am Dienstag in fast fünfstündiger Verhandlung ein interessanter politischer Prozeß ab. Auf der Anklagebank saß der Reichstags-Abgeordnete Dr. Pachnicke, welcher beschuldigt war, in einer am 23. Mai 1897 gehaltenen Wahlrede die adligen Landräte der Regierungsbezirke Stettin und Cöslin durch die Aeußerung beleidigt zu haben: „Die adligen Landräte begünstigen ja doch immer ihre Standesgenossen". Den Vorsitz führte Landgerichtspräsident Reichel selbst, die Anklage vertrat Assessor Zaucke. Der Angeklagte bestritt, die Aeußerung in dem von der Anklage behaupteten Sinne gethan zu haben, und behauptete, daß seine Aeußerung dahin gegangen sei: „daß bei Besetzung der Landratsstellen der Adel begünstigt werde", was er auch zahlenmäßig nachgewiesen habe. Interessant ist aus der Vorgeschichte dieses Prozesses, daß der in der fraglichen Wählerversammlung anwesend gewesene Landrat v. Döring aus Labes in seinem Bericht an den Regierungspräsidenten behauptet hatte, die Rede des Dr. Pachnicke sei in einen „unflätigen Angriff" gegen die Imker und den Adel ausgeklungen. Dr. Pachnicke hatte deswegen die Privatklage angestrengt, diese war jedoch auf Erhebung des Kompetenzkonflikts durch den Regierungspräsidenten seitens des Ober-Verwaltungsgerichts mit der Begründung eingestellt worden, der Ausdruck „unflätig" überschreite nicht die Schutzgrenzen des § 193 Str.-G.-B. — Unter den 18 vernommenen Zeugen befand sich der Landrat v. Döring, der konservative Landtags-Abgeordnete v. Eysenhardt-Roth und der frühere Reichstags-Abgeordnete Wilbrandt. Der einzige Zeuge, welcher die inkriminierte Aeußerung gehört haben wollte, war Landrat v. Döring, während insbesondere der Zeuge Wiebrandt auf das allerbestimmteste in Abrede stellte, daß die Aeußerung so gefallen sei, wie Landrat v. Döring behauptete. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung des Dr. Pachnicke zu **1000** Mark Geldstrafe eventuell 100 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof schloß sich jedoch dem Antrage der Verteidigung auf Freisprechung mit der Motivierung an, daß ein Irrtum in der Auffassung des Landrats v. Döring nicht ausgeschlossen und durch die Bekundungen der anderen Zeugen direkt nachgewiesen zu sein scheine. Außerdem müsse vom Angeklagten nach seinem ganzen Auftreten mit Sicherheit angenommen werden, daß er die Aeußerung, wenn er sie gethan, auch vertreten würde.

Die Frage, ob ein Gastwirt gegenüber den in seiner häuslichen Gemeinschaft lebenden Kellnerlehrlingen die Stellung eines „Lehrers" im Sinne des § 174 Nr. 1 des Str.-G.-B. einnimmt, kann nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts im 32. Bande der Entscheidungen nur nach den thatsächlichen Umständen des Einzelfalles entschieden werden. Die Kellnerlehrlinge sind nämlich trotz dieses Namens keineswegs in jedem Falle Lehrlinge im Sinne des § 126 der Gewerbe-Ordnung. Die thatsächlichen Verhältnisse können vielmehr bei ihnen so liegen, daß sie lediglich als jugendliche gewerbliche Arbeiter aufgefaßt werden dürfen. In kleinen Gast- und Schankwirtschaften haben sie nicht selten nur solche Arbeiten auszuführen, für die eine berufliche Ausbildung nicht erforderlich ist. Das Hin- und Hertragen gefüllter oder geleerter Trinkgefäße oder Speisegeschirre, die Hilfe beim Reinigen der Geschirre und ähnliche leichtere Hausarbeiten sind Verrichtungen, die eine besonders ausgebildete Geschicklichkeit nicht erfordern. Wo von den Kellnern keine darüber hinausgehenden Fähigkeiten gefordert werden, kann der Kellnerlehrling auch als jugendlicher Arbeiter angesehen werden. Besteht aber ein Lehrlingsverhältnis im Sinne der Gewerbe-Ordnung, so hat der Gastwirt nach §§ 126/127 dieses Gesetzes seinen Lehrlingen gegenüber die Stellung eines „Lehrers" inne und es kommt nicht darauf an, ob und in welchem Maße im einzelnen Falle der Lehrherr sich um die Ausbildung des Lehrlings kümmert oder sich dafür eignet.

Die Hauptverhandlung in der Spieleraffaire soll am Montag, 2. Oktober, vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I beginnen. Es ist eine ganze Woche für die Verhandlung, in der etwa hundert Zeugen geladen worden sind, vorgesehen. Die Sitzungen finden in Saal 64 statt und beginnen stets um 9 Uhr. Angeklagt sind Regierungsreferendar v. Kayser, Leutenant der Reserve v. Kröcher und Kaufmann v. Schachtmeyer.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 6. September. (W. H.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Konstantinopel: In einer **Unterredung mit dem Sultan** gab der Fürst von Montenegro seinem Wunsche, einen Streifen Landes, Berana am Lim, zu erhalten, Ausdruck, doch scheint der Sultan nicht geneigt zu sein, diesem Wunsche zu willfahren.

Frankfurt a. M., 6. September. (W. H.) Die „Frankf. Ztg." meldet aus New York: England wird seine Ansprüche bezüglich seiner Nikaraguakanal-Vertragsrechte für einen Hafen am Lynnkanal aufgeben.

Budapest, 6 September. (W. T. B.) Der nächste Verbandstag des internationalen Binnenschiffahrt-Kongresses findet im Jahre 1901 zu Breslau statt.

Belgrad, 6. September. (W. T. B.) Das Leichenbegängnis Ristitschs fand heute nachmittag unter Erweisung großer **Ehrenbezeugungen für den verstorbenen Ministerpräsidenten** statt. In dem Trauerzuge, welcher sich durch die dichtbesetzten Straßen inmitten der Spalier bildenden Truppen bewegte, befand sich König Milan sowie die Spitzen der Civil- und Militärbehörden. Der Trauerakt fand in der Kathedrale statt; König Milan und Ministerpräsident Georgiewitsch hielten hier dem Verstorbenen Nachrufe. Dem Doyen des in der Kathedrale vollzählig versammelten diplomatischen Korps ließ König Milan im Namen des Königs Alexander für die bewiesene Teilnahme danken.

Konstantinopel, 6. September. (W. H.) Drei hohe türkische Funktionäre, zwei Militärs und ein Civilbeamter, flüchteten in das Ausland, um sich den Jungtürken anzuschließen.

Prätoria, 6. September. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.") Die letzte **Depesche der Transvaal-Regierung,** die hier veröffentlicht worden ist, spricht das Bedauern aus, daß England die letzten Vorschläge Transvaals als unannehmbar bezeichnet habe. Transvaal bestreitet nicht die England gemäß der Konvention von 1884 zustehenden Rechte, und es giebt auch zu, daß England gemäß dem Völkerrecht für seine Staatsangehörigen eintritt. Transvaal lehnt es aber ab, die Souzeränetät Englands über die Südafrikanische Republik neuerdings zu bestätigen, und es erklärt sich zu einer Konferenz in Kapstadt bereit, auf der die Frage des Wahlrechts und der Vertretung der Uitlander im Volksraad erörtert werden soll.

Prätoria, 6. September. Die Meldung der „Agence Havas" besagt: Die **Antwort Transvaals** auf die letzte Depesche Chamberlains ist heute veröffentlicht worden. Die Vorschläge betreffend die zehn Vertreter der Uitlanders im Minendistrikte und fünfjährige Ansässigkeit im Lande werden zurückgezogen, da England die an dieselben geknüpften Bedingungen nicht annimmt. Transvaal erklärt sich einverstanden, das Gesetz über das Wahlrecht, wenn dies notwendig, zu verbessern und führt aus, er habe niemals die Absicht gehabt, England um die ihm durch die Konvention von London zugestandenen Rechte zu bringen, oder sich dessen internationalen Souzeränetätsrechte zu entziehen. Transvaal bezieht sich hierbei auf die Depesche vom 17. August 1898 über das Schiedsgericht und verlangt schließlich weit genauere Mitteilungen hinsichtlich des Wunsches Englands bezüglich des Zusammentrittes einer gemischten Kommission sowie Einzelheiten über den Zeitpunkt und den Ort der in Aussicht genommenen Konferenz.

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Nr. 209. 16. Jahrgang. 1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Donnerstag, 7. September 1899.

Die Berliner Parteigenossen und der Hannoversche Parteitag.

In sechs Versammlungen nahmen die Berliner Parteigenossen am Dienstagabend die Wahlen zum nächsten Parteitag vor. Ueber den Verlauf der einzelnen Versammlungen liegen uns heute noch folgende Berichte vor:

Die Parteigenossen des 1. Kreises hielten ihre Versammlung bei Herzberg, Alte Jakobstr., ab. Zunächst berichtete Schuster über die Thätigkeit der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, die, wie er ausführte, hauptsächlich in der Beforgung von Referenten, Verbreitung von Agitationsbroschüren und Flugblättern in den einzelnen Bezirken bestand. Obwohl sich die Verbreitung von Flugblättern bei bestimmten Gelegenheiten ganz gut bewährt habe, so werde sich doch eine Beschränkung in dieser Beziehung notwendig machen und zwar wesentlich deshalb, um nicht unnütz den Polizei- und Gerichtssäckel zu füllen, aber auch um den fortgesetzten Scherereien, die seitens der Behörden den Genossen gemacht werden, möglichst aus dem Wege zu gehen. In wiederholten Fällen sind wegen geringfügiger, oder richtiger gesagt, ohne jedwede Gründe, die nach dem Gesetz gerechtfertigt wären, infolge der Flugblattverbreitung mehrere hundert Mark Kosten verursacht worden. Um dies in Zukunft zu vermeiden, wird von der Kommission eine andere Taktik eingeschlagen werden. Der Redner erinnert im weiteren daran, daß von der Behörde versucht wird, die Kommission zu einem Verein zu stempeln, und wendet sich am Schluß seiner Ausführungen gegen den Beschluß der Teltower Kreiskonferenz, der der Agitationskommission das Recht abspricht, selbständig eine Zeitung für die Provinz herauszugeben.

Nachstehender Antrag an die Brandenburger Provinzial-Konferenz, der von Bohn und Täterow befürwortet wurde, gelangte hierauf einstimmig zur Annahme: „Die Vertrauenspersonen haben bei Schluß der Session, falls nicht außergewöhnliche Ereignisse dies früher zur Pflicht machen, in ihren Kreisen ein Flugblatt zur Verbreitung zu bringen, welches die Thätigkeit der Parteien resp. ihrer Vertreter in das richtige Licht stellt. Diese Gelegenheit ist auch zugleich zu benutzen, um Propaganda für die Arbeiterpresse zu machen."

Als Delegierte zur Konferenz für die Provinz Brandenburg wurden die Genossen Bohn, Oppel und Petermann gewählt.

Hierauf referierte Bohn über die Bedeutung des Parteitages in Hannover und dessen Tagesordnung. Auch der diesjährige Parteitag trete ebenso wie der vorjährige unter dem Zeichen der Zuchthausvorlage zusammen. Redner präcisiert sodann die Stellung der Socialdemokratie zum Militarismus und weist darauf hin, daß nur durch die Durchführung unserer alten Forderung: Volksheer an Stelle des stehenden Heeres, all die Schäden, die dem gegenwärtigen Militarismus in den verschiedensten Formen anhaften und unter dem das Volk schwer zu leiden hat, beseitigt werden können. Bohn erörtert hierauf in längeren Ausführungen die Grundanschauungen und die bisherige Taktik der Partei. Er erklärt sich mit dem Vorgehen der bayrischen Genossen bei der letzten Landtagswahl im allgemeinen einverstanden, wendet sich aber entschieden gegen den von Bernstein vertretenen Standpunkt. Die Annahme Bernsteins, daß sich Deutschland im Zustande der zunehmenden Demokratisierung befinde, sei eine ganz irrige. Von einem Zusammengehen der Socialdemokratie mit den bürgerlichen Elementen, deren reaktionärer Charakter bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck kommt, kann in dem von Berstein befürworteten Sinn gar keine Rede sein. Auch die wirtschaftliche und sociale Entwicklung nimmt im allgemeinen doch einen anderen Gang, als wie es von Bernstein geschildert wird. Die Konzentration des Kapitals einerseits und die Verelendung der Massen andererseits machen zweifellos große Fortschritte, wenn vielleicht auch nicht in der Weise, wie früher angenommen wurde. Die Partei hat also, wenn die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach allen Richtungen genau erwogen werden, nicht die geringste Ursache, von ihren Grundsätzen und ihrer bisherigen gutbewährten Taktik abzugehen.

In der hierauf folgenden Diskussion wendet sich Täterow in derselben Weise gegen die Auffassung von Bernstein und weist darauf hin, daß die Socialdemokratie infolge ihres bisherigen Vorgehens groß und stark geworden ist und daß sie als Arbeiterpartei den Kampf nach jeder Richtung zu führen hat und den Klassencharakter nicht aufgeben wird. Oppel, von dem das Verhalten der Genossen in Bayern gutgeheißen wird, wünscht, daß über die Bernsteinschen Vorschläge in einer anderen Versammlung verhandelt wird, um den Genossen eine eingehendere Diskussion hierüber zu ermöglichen. Ganser hält das Zusammengehen unserer Genossen bei den bayrischen Landtagswahlen mit dem Centrum aus taktischen und principiellen Gründen für unrichtig. In seinen weiteren Ausführungen bringt der Redner eine Beschwerde der lokalorganisierten Handelshilfsarbeiter gegen den „Vorwärts" vor, der zu Unrecht für den Centralverband der Handelshilfsarbeiter Partei ergriffen hätte. Von den Versammelten wird dem Redner anheim gegeben, sich an die Preßkommission zu wenden. Eine längere Debatte entspann sich hierauf über den folgenden Antrag:

„Der zweite Teil des § 17a des Organisationsstatuts ist von den Worten: „Einwände der Preßkommission" — bis — „ihre Ansicht einzuholen" zu streichen und an dieser Stelle zu setzen: „Diese erledigt mit dem Parteivorstand gemeinsam zu gleichen Rechten alle Angelegenheiten des Partei-Organs, insbesondere Anstellung und Entlassung des Personals."

Th. Metzner, der sich entschieden gegen den Antrag ausspricht und für Ablehnung plädiert, weist darauf hin, daß nur der Parteivorstand der Gesamtpartei gegenüber für das Centralorgan die Verantwortung zu tragen hat, hierdurch aber in seinen Befugnissen ohne ersichtlichen Grund erheblich beschränkt wird und außerdem jeder Zeit von der Preßkommission überstimmt werden kann. Täterow hält die gegenwärtigen Zustände für unhaltbar und eine Aenderung dahingehend für notwendig, daß der Preßkommission, die die gleichen Pflichten hat, die gleichen Rechte eingeräumt werden, zumal dieselbe die gesamten Berliner Parteigenossen und deren Wünsche zu vertreten hat. Die Kommission habe auch nur das einzige Bestreben, für das Organ und im Interesse der Genossen zu wirken, und auf ihre Veranlassung seien schon verschiedene gute Einrichtungen in Bezug auf den „Vorwärts" getroffen worden. Um das noch mehr zu ermöglichen, sei die Erweiterung der Befugnisse der Preßkommission durchaus erforderlich. Ueber den Abstimmungsmodus würde sich schon eine geeignete Form finden lassen. Bohn tritt ebenfalls für die Annahme des Antrages ein und weist darauf hin, daß die Berliner weit weniger Rechte auf ihr Organ besitzen, als die Genossen in der Provinz, die vollständig selbständig über ihre Presse verfügen. Nach einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen Th. Metzner und A. Täterow wurde schließlich der Antrag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Dieseler befürwortet in längeren Ausführungen sodann die Herausgabe eines Abendblattes mit dem Hinweis, daß dies nicht nur ein anerkanntes Bedürfnis sei, sondern daß auch verschiedenartige Vorteile daraus sich ergeben würden. Metzner teilt mit, daß der Parteivorstand sich schon eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat, aber zu dem Ergebnis gekommen ist, daß der Plan nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus verschiedenen anderen Gründen nicht durchführbar ist. Folgender Antrag gelangte mit großer Majorität zur Annahme: „Die Parteigenossen des 1. Berliner Reichstages beantragen, der Parteitag in Hannover wolle veranlassen, daß das Centralorgan, der „Vorwärts" zweimal täglich, morgens und abends, erscheint." Außerdem wurde folgender Antrag beschlossen:

„In Erwägung, daß Punkt 7 der Tagesordnung am besten unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage erörtert wird, beantragen die Parteigenossen des 1. Kreises, diesen Punkt der Tagesordnung als Punkt 6 und Punkt 6 als 7 zu behandeln."

Ferner wurde beschlossen, daß der oben angeführte Antrag, wonach nach Schluß der Reichstagssession in allen Kreisen Flugblätter zu verbreiten sind, auch dem Parteitag in Hannover unterbreitet werden soll. Als Delegierte zum Parteitage wurden A. Täterow und Frau Wengels gewählt. Zum Schluß gab Fellgentreff bekannt, daß am Dienstag, den 19. September, in den „Arminhallen" eine Wahlvereins-Versammlung stattfindet, zu der Rechtsanwalt Karl Liebknecht das Referat übernommen hat.

Die Genossen des 2. Wahlkreises versammelten sich im Friedrichstädtischen Kasino. Zubeil leitete die Versammlung. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die bevorstehende Provinzial-Konferenz und wurde, da Anträge nicht vorlagen, schnell erledigt. Zu Delegierten für die Konferenz wurden die Genossen Coblenzer, Brunzel und Glashagen gewählt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Parteitag in Hannover", hatte der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Genosse Richard Fischer das Referat übernommen. Er führte etwa aus:

Wir stehen wieder vor unserem Parteitag und müssen uns mit den Gegenständen beschäftigen, die auf seine Tagesordnung gesetzt sind. Unsere Parteitage sind ja keine großen Demonstrationen, keine Paraden, auf denen wie in anderen Parteien die Paradepferde vorgeritten werden, es sind Zusammenkünfte, wo sachlich diskutiert und die Einheit der Partei nach außen hin dargethan werden soll, wo aber auch die Gegensätze, die im Laufe des Jahres in die Erscheinung getreten sind, ausgefochten werden müssen. Zwei Punkte der Tagesordnung werden voraussichtlich besonderen Diskussionsstoff bieten und sie will ich auch hier nur erörtern. Es ist dies die Frage der Taktik und die Frage, wie wir zum Punkt 3 unseres Programms, der unsere Stellung zum Militarismus 2c. skizzirt, stehen. Ich gestehe ganz aufrichtig, es ist mir nicht klar, welche zwingende Notwendigkeit vorgelegen hat, den zuletzt erwähnten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ueber unsere strikt ablehnende Stellung zum Militarismus besteht doch absolut keine Meinungsverschiedenheit innerhalb der Partei. Es ist ja über den Militarismus oft gesprochen worden. Eine kleine Kontroverse entstand auf dem Hamburger Parteitag, als Schippel eine Aeußerung that, die dahin hinauslief, daß es bei der letzten Artillerievorlage nicht angezeigt gewesen sei, eine große Agitation dagegen einzuleiten. Auch die Heinesche Kompensationspolitik ist darum Gegenstand einer Diskussion geworden, weil man Worte Heines fälschlich so ausgelegt hatte, als ob dieser Kanonen gegen gewisse Volksrechte einzutauschen bereit sei. Vielleicht denkt man auch an den Ausspruch Auers, man könne die Soldaten doch nicht mit Lederwürsten ausgerüstet ins Feld schicken, vielleicht auch an Bebels Aeußerung, daß er dunkle Uniformen ohne blanke Knöpfe für die Soldaten vielleicht bewilligen würde, oder an das andere Wort Bebels, in einem Kriege gegen Rußland würden auch die Socialdemokraten ihre Schuldigkeit thun. Aus allen diesen Aeußerungen und Vorkommnissen entnehme ich aber keinen Anlaß, unsere Stellung zum Militarismus auf dem Parteitage zu diskutieren; für mich bieten selbst die Jägrimm-Artikel keine Handhabe dazu, in denen bekanntlich Genosse Schippel die Frage des Milizsystems etwas näher beleuchtet und Untersuchungen darüber angestellt hat, ob ein stehendes Heer bei möglichster Reducierung der Dienstzeit nicht vorteilhafter als das Milizsystem sei. Diese letzte Frage ist zu sehr abhängig von der Entwicklung, als daß sie ohne weiteres entschieden werden könnte. Ich meine, der ganze Punkt der Tagesordnung kann uns außerordentlich kühl lassen. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit über unsere grundsätzliche Stellung zum Militarismus. Genossen Schippel hat man angegriffen, weil man seine Absichten entstellt hat.

Viel eingehender wird sich die Diskussion über die Bernsteinschen Vorschläge gestalten. Das Schwergewicht in den Bernsteinschen Ausführungen liegt auf theoretischem Gebiete, also in Dingen, die beständig im Fluß sind. Die Hauptfrage ist: Sind Bernsteins Vorschläge derart, daß sie eine Aenderung des Programms und der Taktik bedingen, hat Bernstein bezweckt, die Partei auf Abwege zu bringen, oder wollte er nicht vielmehr Klarheit über theoretische Anschauungen schaffen? Er hat gerade in den letzten Tagen seine Anschauungen kurz zusammengefaßt. Das war sehr dankenswert. Nun wird niemand in der Partei alles unterschreiben, was er in dem letzten „Vorwärts"-Artikel sagt. Sehr Viele aber werden es ihm danken, daß er zur Diskussion darüber angeregt hat, ob alle Punkte des Programms in ihrer apoditischen Sicherheit noch völlige Geltung beanspruchen können. Wer Bernstein gerecht werden will, der darf nur das aus seinen Artikeln herauslesen, was er selber hineingelegt wissen will, nicht etwas, wogegen er sich verwahrt. Seine Kritiker, besonders Rosa Luxemburg, Parvus, Zetkin und Ledebour, haben ihm aber vieles untergeschoben, so bei dem bekannten Satze: „die Bewegung ist mir alles, das Endziel nichts", den er später in ganz anderer Weise aufgeklärt hat, als die Gegner angenommen hatten. Was Bernstein über die dialektische Methode, die Werttheorie, gesagt hat, kann in einer so großen Parteiversammlung nicht erörtert werden. Das sind wissenschaftliche Dinge, für die den meisten die nötige Vorbildung fehlt. Ich meine auch, mit seinen Ausführungen über die materialistische Geschichtsauffassung rennt Bernstein nur offene Thüren ein. Was er aber über die Krisentheorie, die Verelendungstheorie gesagt hat, das erfordert gründliches Nachdenken. Es ist doch gar kein Zweifel, daß die heutige Gesellschaft aus Selbsterhaltungstrieb dazu gekommen, die notwendigen Wirkungen der kapitalistischen Ordnung abzuschwächen. Wie wären sonst die socialpolitischen Gesetze entstanden? Und wenn Bernstein vor dem Glauben warnt, daß die Bourgeoisie von heute auf morgen zusammenbricht, so erwirbt er sich damit ein Verdienst. Die Elendstheorie ist schon früher von Schoenlank in der Form, wie sie Marx ausgesprochen hat, angefochten worden. Unsere ganze Gewerkschaftsbewegung ist ein Beweis gegen die Verelendungstheorie in der nackten Form. Damit freilich ist nicht aus der Welt gesetzt, daß die Gegensätze sich immer mehr verschärfen, daß die Tendenz der immer größeren Konzentration des Kapitals vorhanden ist. Streitig aber ist, in welcher Progression dieser Entwicklungsgang vor sich geht. Man braucht gar nicht die Bernsteinschen Zahlen anziehen, um diese Frage als streitig zu erkennen. Was die landwirtschaftliche Entwicklung anlangt, so scheinen die Thatsachen Bernstein recht zu geben. Wenn nun Bernstein das Programm angreift, so ist das noch kein Angriff auf die Partei. Wir haben Programm-Aenderungen oft vorgenommen. Wir haben z. B. das eherne Lohngesetz preisgegeben. Am Wesen der Partei hat sich deshalb nichts geändert. Im Gothaer Programm stand der Satz, daß die Arbeit die Quelle allen Reichtums sei, was den schärfsten Widerspruch von Karl Marx hervorgerufen hat. Der Buchstabe ist überhaupt nicht so wichtig, die Hauptsache ist der Geist. Früher hieß es Entscheidung über Krieg durch das Volk, jetzt durch die Volksvertretung.

Man wirft Bernstein vor, er leugne den Klassenkampf. Bernstein denkt nicht daran, er sagt nur, je größer die Bethätigung, der Einfluß unserer Partei wird, desto humanisierter muß der Klassenkampf werden. Es spielen dabei eine Reihe Fanfaren aus den bürgerlichen Kreisen mit, die nicht unberücksichtigt bleiben können. Als zweiten Vorwurf unterstellt man Bernstein die Neigung zu opportunistischem Paktieren. Er soll Verrat üben an den revolutionären Grundsätzen der Partei. Aber Bernstein rät uns an, was wir seit Jahren geübt haben, gewiß geübt haben, nicht ohne Widerspruch zu erfahren, nicht ohne Rückfälle. Bernstein verwirft die rein mechanische Umsturztheorie, wie sie noch das kommunistische Manifest festhält. Aber man bedenke doch, daß dieses in der Zeit der 48er Revolution wurzelt. Heute ist die Theorie vom gewaltsamen Umsturz bei uns doch aufgegeben, nur zur Zeit des Socialistengesetzes bekam sie wieder Anhänger. Seit der Aufhebung geht die thatsächliche Taktik der Partei dahin, daß wir uns auf den Boden der bürgerlichen Gleichberechtigung stellen. Niemand denkt den rein mechanisch revolutionären Weg zu gehen. Jeder weiß, daß wirtschaftliche Zustände nicht durch gewaltsame Revolutionen geändert werden können, daß dazu eine ökonomische Entwicklung nötig ist, die heute ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat.

Ich gebe zu, Bernstein hat in seinen Schriften oft die Annahme von Mißverständnissen selbst verschuldet. Schuld daran ist sein Leben in der Verbannung, das er nun schon 20 Jahre lang führen muß. Daraus resultiert auch die falsche Schätzung, die er dem heutigen Liberalismus angedeihen läßt. Daraus resultiert auch der Satz, in dem er die Socialdemokratie eine demokratisch-socialistische Reformpartei nennt. Objektiv genommen, ist gegen diese Definition nichts einzuwenden, aber Bernstein übersieht, daß in Deutschland der Ausdruck Reformpartei einen so üblen Klang hat, weil sich alle möglichen Schwindelparteien diese Bezeichnung beigelegt haben. Die Socialdemokratie kann sich mit Reformen in dem bei uns landläufigen Sinne des Wortes nicht begnügen. Ihr Endziel muß die Beseitigung des Lohnsystems sein, die Ueberführung der Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz. Wenn wir also diesen Vorschlag der Namensänderung entschieden ablehnen müssen, so haben wir doch auch die Pflicht, Bernsteins gute Absicht anzuerkennen und namentlich allen Bestrebungen entgegenzutreten, welche in der Partei eine Scheidung zwischen Radikalen und Opportunisten vornehmen möchten. Solche Bestrebungen verfolgt die Genossin Luxemburg. Wo sind denn die Opportunisten? Wo sind die Belege der Genossin Luxemburg für ihre Behauptung, daß der Opportunismus schon seit Jahrzehnten in der Partei sein Unwesen treibt? Sie führt die alten Kamellen, die Vollmarschen Agrarvorschläge, natürlich auch die Heinesche Kompensationspolitik und die Debatten über den Militarismus auf dem Hamburger Parteitag an, weiter nichts. Auch Genosse Ledebour wirft Bernstein Opportunismus vor. Zufällig hat er selbst neulich seinen eigenen revolutionären Standpunkt dargelegt. In einer Versammlung im Pirnaischen Wahlkreis entwickelte Ledebour nach dem Bericht in seinem eigenen Blatt auf die Frage eines Gegners, ob die Socialdemokratie sich zur Revolution bekenne: „Jawohl, wir nennen uns eine revolutionäre Partei, weil wir die vollständige Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft erstreben. Wir hüten uns aber, uns zu irgend welchen Putschen provozieren zu lassen. Die Durchführung unserer Ziele werden wir in die Hand nehmen, wenn wir durch unablässige Propaganda die Mehrheit des Volkes dafür gewonnen haben. Mittlerweile schafft die wirtschaftliche Entwicklung die Grundlagen für die socialistischen Einrichtungen." Ich möchte sagen, so revolutionär ist Bernstein auch. Ledebour greift Bernstein wegen seiner bedingten Befürwortung der deutschen Chinapolitik an. Er sagt, ja, wenn es noch irgendwo unoccupiertes Land gäbe, wenn wir es wie die Engländer mit Amerika und Australien machen könnten, dann ließe sich darüber reden. Was ist aber der Unterschied, ob man den Indianern oder den Chinesen die Gurgel abschneidet? Wo giebt es überhaupt unoccupiertes Land. Waren nicht in Amerika auch die Indianer die Besitzer?

Genossin Zetkin geht soweit zu sagen, Bernstein sei ins bürgerliche Lager abgeschwenkt, sie spricht von Possibilismus in der Partei, den außer Bernstein auch Auer, Schippel, Heine und Vollmar betreiben. Bei ihrem lebhaften Temperament spricht sie von reinlicher Scheidung, sie will also, daß alle diese Genossen aus der Partei hinausfliegen. Wie steht's denn aber nun mit Bebel und seiner Breslauer Agrarrede? Was Schippel recht, müßte doch Bebel billig sein. Und wenn dann niemand mehr übrig bleibt in der Partei als Genossin Zetkin selbst, wie steht's dann mit ihrer Stellung zur Beteiligung an den Landtagswahlen, die sie bei den Berliner Genossen gewiß sehr verdächtig macht? (Große Heiterkeit.)

Wohin soll man in der Partei mit einem solchen Sektirergeist kommen? Wir sind doch keine kleine Religionsgesellschaft, wir schnattern doch unser Programm nicht gleich einem Glaubensbekenntnis her. Je größer wir werden, je mehr Einfluß wir gewinnen, desto schwieriger und verwickelter sind die Fragen, die wir zu lösen haben. Stehst du auf dem Standpunkt des Klassenkampfes, bist du für Abschaffung des heutigen Lohnsystems? Das sind die Hauptfragen, im übrigen muß freie Meinungsäußerung, freie Kritik erlaubt sein. Dieser Standpunkt ist doppelt angebracht Bernstein gegenüber, dessen ganze Vergangenheit für seine ehrenhafte Gesinnung bürgt. Bernstein ist kein Apostat, der die Socialdemokratie der bürgerlichen Gesellschaft ausliefern will. Um so unwürdiger waren die persönlichen Angriffe, die er erdulden mußte. Hat man ihn, den ausgezeichneten Redacteur des „Socialdemokrat", doch als Strohmann hingestellt, hat man ihm doch seine wissenschaftliche Befähigung abgesprochen, ihm, der die Werke Lassalles dem Volke zugänglich gemacht hat, ihm, den Engels zu seinem Testamentsvollstrecker und Herausgeber seines Nachlasses ernannt hat! Es ist unsere Aufgabe, all den Versuchen Widerstand entgegen zu setzen, die Bernstein die sociale Existenz in der Partei untergraben wollen. Wir müssen Delegierte wählen, die bei voller freier Prüfung der Vorschläge Bernsteins für das Recht der Kritik und theoretischen Untersuchung eintreten. Gegen Bernsteins Ansicht von der friedlichen Entwicklung hat man die Einbringung der Zuchthausvorlage angeführt. Gerade das Verhalten zahlreicher Parteien im bürgerlichen Lager spricht zu Gunsten der Bernsteinschen Auffassung. Wer die Parteischablone vertritt, ist nicht immer der beste Parteigenosse. Ich hoffe, daß die Versammlung mit meinen Ausführungen einverstanden ist und nur solche Delegierte nach Hannover schicken wird, die gewillt sind, zu den schwebenden Fragen in dem von mir gegebenen Sinne Stellung zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Diskussion.

Grohmann: Meine Vermutung, daß Bernstein in Fischer einen Beschützer finden würde, ist eingetroffen. Ich stehe ganz auf dem Standpunkt der Genossin Zetkin. Bernstein kommt mir vor wie ein alter 48er Demokrat. Als Parteigenosse kann er nicht mehr in Betracht gezogen werden. Fischer hat Kautsky mit keinem Wort erwähnt, dafür hat er sich für Schippel ins Zeug gelegt, der bekanntlich den Militarismus für eine Frage der Sachverständigen erklärt hat. (Widerspruch.) Bebels Aeußerung über Uniformbewilligung war wohl so zu verstehen, daß er mehr Fühlung des Militärs mit dem Civil wünschte. Schippel hat schon in Breslau gezeigt, was er wert ist. Nun hat er unter „Jägrimm" geschrieben, weil er selbst weiß, was er ist. (Heiterkeit.) Wenn man ihn gewähren läßt, wird der Schippel immer dreister werden. In der Landtagswahlfrage bin ich nach wie vor Gegner der Beteiligung. Nach dem Ausfall der Wahlen werden wohl auch die meisten Freunde der Beteiligung bekehrt sein. Selbstverständlich verurteile ich auch den bayrischen Kuhhandel.

Zubeil: Ich bin ganz anderer Meinung wie Fischer. Auf den Fall Heine will ich nicht eingehen. In Hannover wird der Fall Schippel die größere Rolle spielen. Es muß die Frage gestellt werden, ob jemand, der eine Vertrauensstellung in der Partei einnimmt, solche Artikel wie den „Jägrimm"-Artikel in gegnerischen Blättern unter einem Pseudonym ablagern darf. Warum hat er nicht den Mut gehabt, Schippel darunter zu setzen? In betreffs Bernstein hätte ich gewünscht, daß Fischer seine Anschauungen darüber etwas deutlicher zum besten gegeben hätte. Seine Pflicht wäre es gewesen, dies auch schriftlich im „Vorwärts" zu thun. Wenn ich so schreiben könnte, hätte ich es längst gethan. Statt dessen hat Fischer hier verdiente Genossen, wie die Zetkin und Luxemburg, angegriffen. Einen Verteidiger braucht Bernstein nicht, ihm stehen die vornehmsten Parteiorgane zur Verfügung. Warum also die Gegner Bernsteins in den Staub ziehen? Ich teile Fischers Ansicht über Bernstein nicht. Mit meinem gewöhnlichen Arbeiterverstande verstehe ich Bernstein ganz anders. Ich bin gegen

Kompromisse. Unsere Partei hat sich stets davon ferngehalten. Wir unterstützen wohl andere Parteien als das kleinere Uebel, aber wir haben immer darauf gehalten, Wahlerfolge aus eigener Kraft zu erringen; eine einzige Ausnahme macht der elende bayrische Kuhhandel, über den der Parteitag auch noch ein Wörtchen zu reden haben wird. Fischer hat die Stellung der Genossin Zetkin hervorgehoben. Ich halte heute noch diese Stellung von Bebel und der Zetkin für eine Verirrung. Die Parteigenossen Berlins haben sich ja auch nicht gescheut, ihrem altbewährten Führer in dieser Frage entgegenzutreten. Bebel und seine Gesinnungsgenossen werden gewiß bald von ihrer jetzigen Ueberzeugung zurücktreten. Der Klassenkampf ist in Europa nicht milder geworden, nicht einmal in England, dort nehmen die Kämpfe eine immer größere Schärfe an und die Arbeiter sehen allmählich ein, daß ihre hundertjährigen Errungenschaften bedroht sind, wenn sie sich nicht im Parlament eine größere Macht schaffen. Fischer führte die Zuchthausvorlage für Bernstein ins Feld. Er kann gar nicht sagen, wie es im Herbst damit wird. Ich halte die Gefahr, daß sie Gesetz wird, für sehr groß. Der Parteitag hat das letzte Wort in der Bernstein-Frage zu sprechen. Wenn ich mir die Parteipresse ansehe, bin ich nicht zweifelhaft, wie die Entscheidung ausfallen wird. Fast allgemein wird Bernstein verurteilt, nur Leute in der Presse, die noch vor kurzem im bürgerlichem Lager standen, treten für ihn ein. Unseren Delegierten können wir kein gebundenes Mandat geben. Sie werden wissen, welche Stellung sie den Grundanschauungen unserer Partei gegenüber einzunehmen haben. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Die ganze Rede Fischers machte allerdings den Eindruck einer Verteidigungsrede für Bernstein gegen einen Antrag, Bernstein aus der Partei auszuschließen. Einem solchen Antrag würde ich ebenso feindlich gegenüberstehen, wie ich glaube, die ganze Versammlung. Mag man über die Ansichten Bernsteins denken was man will, er hat nur die Absicht gehabt, die Arbeitersache zu fördern, der Partei zu nützen und es darf deshalb kein Ausschließungsantrag erfolgen. Sonst sähe es wirklich so aus, als seien wir Socialdemokraten Sektirer, als könnten wir die aufrichtige Ansicht von Zweiflern nicht vertragen, als wären wir eine konservativ stehen gebliebene Partei. Bernstein will einige Aenderungen des Programms, auch einige Aenderungen der Taktik. Verschiedenheiten der Ansichten sind ja immer zu Tage getreten, so über den Wert der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und andere Dinge. Wer eine abweichende Ansicht ausspricht, muß die Richtigkeit auch beweisen. Bernstein ist mir diesen Beweis schuldig geblieben. Ich sehe keinen Anlaß, unsere Grundanschauungen und unsere Taktik zu ändern, trotz Bernstein. Es ist in dem ganzen Streit viel Wortklauberei getrieben worden auf beiden Seiten. Auch Unfug mit Worten und Begriffen, so mit dem Wort Kompromiß. Bernstein nennt unsere Zustimmung zur Invaliditäts-Novelle im letzten „Vorwärts“ ein Kompromiß. Hier wie anderswo ist mir Bernstein mit seiner Feststellung von Begriffen rätselhaft geblieben. Mit unserer Zustimmung haben wir nichts anderes gethan, als was wir immer gethan haben, wenn uns ein Gesetz eine Verbesserung des bisherigen Zustandes darzustellen schien. Fischer sagt, wir haben das eherne Lohngesetz preisgegeben. Wir fungieren aber doch noch mit ihm, wenn auch nicht in dem früheren Sinne vom Lohn des einzelnen Arbeiters, aber wir nehmen doch heute noch an, daß die Arbeiterklasse in der kapitalistischen Welt keinen höheren Lohn erhält, als zu ihrer Aufrechterhaltung als Arbeiterklasse gerade nötig ist. Bernsteins Auffassung von der materialistischen Geschichtsauffassung teile ich nicht. Völlig irrig ist seine Ansicht über die Zusammenbruchs- und Elendstheorie. Wir haben nie daran gedacht, daß der Einzelne immer elender wird, sondern stets nur angenommen, daß der Einzelne im Verhältnisse zur Gesamtheit, im Verhältnisse zur gesteigerten Kultur immer elender wird, also nur eine relative Verelendung. Die Einbringung des Zuchthausgesetzes spricht gegen Bernstein. Denn es wird darin ein Recht genommen, das noch gar nicht einmal vollgegeben ist, das aber eine Grundlage der heutigen, von freien Arbeitern geübten Produktion bildet. Zubeil hatte recht, wenn er sagte, wie die Abstimmung im Herbst sein wird, kann heute noch niemand sagen. Der Klassenkampf-Charakter plattet nicht ab, sondern spitzt sich immer mehr zu, Urteile, wie das Essener, das Löbtauer, wären noch vor 10 Jahren unmöglich gewesen. Es ist gar nicht wahr, daß wir jetzt in einem milderen Kurs segeln. Die Richtung, welche unser Endziel sozusagen in den Silberschrank stellen will, ist deshalb ganz verkehrt. Wir müssen für unser Endziel noch mehr Begeisterung zu erwecken versuchen, als dies jetzt in der Presse geschieht. Wir sehen ja dort die besten Wahlerfolge, wo die Fahne des Endziels hochgehalten worden ist. Wollten wir eine Reformpartei werden, so wäre das gleichbedeutend mit dem Aufstecken unserer revolutionären Taktik. Ich bitte Sie, zu beschließen: „Die Versammelten sehen keine Veranlassung, in den Grundanschauungen der Partei und unserer Taktik eine Aenderung eintreten zu lassen.“

Nach einem kurzen Schlußwort Fischers, in welchem er einige unrichtige Behauptungen der Vorredner richtig stellte, wurde der Antrag Stadthagen angenommen.

In der weiteren Diskussion stellte Ewald im Auftrage der Preßkommission den auch in den übrigen Wahlkreisen gestellten Antrag, welcher auf Erweiterung der Rechte der Preßkommission abzielt und diese mit dem Vorstand gleichstellen soll. Redner meinte, wenn auch der Vorstand nur fünf Mitglieder zähle, die Preßkommission aber 16, so sei doch eine Majorisierung des Vorstandes nicht zu befürchten, da Einstimmigkeit unter den Mitgliedern der Preßkommission noch selten geherrscht, sich ein Teil der Preßkommission vielmehr gleich von vornherein auf Seiten des Vorstandes geschlagen habe. Der „Vorwärts“ habe nur etwa 3000 nicht in Berlin oder den Vororten ansässige Abonnenten, die Berliner Genossen müßten also eine Einwirkung auf das Blatt haben. Jetzt seien Sie aber Nullen. Wie weit es gekommen sei, beweise die Thatsache, daß ein Redacteur des „Vorwärts“ sich erdreisten konnte zu sagen: Die Preßkommission mag beschließen was sie will, wir machen doch, was wir wollen. Die übrigen Kollegen dieses Herrn hätten das ruhig mit angehört, ohne Remedur eintreten zu lassen. Erst acht Tage später in der nächsten Sitzung habe ein anderer Redacteur die Aeußerung für eine Privatäußerung des Betreffenden erklärt, mit der sich die übrigen Redacteure nicht identifizierten. Bei einem anderen Streitfall, der eine Krankenkasse betraf, sei eine ähnliche Aeußerung gefallen. Da habe ein Redacteur gesagt: „Und wenn sich sämtliche fünfzig Kassenvorstände an die Preßkommission wenden sollten, da bleibe es doch so wie bisher!“) Wenn das so weiter geht, schloß Ewald, mag Preßkommissions-Mitglied sein, wer will, wir machen nicht mehr mit. (Beifall.)

Uthes: Der „Vorwärts“ genüge den Berliner Genossen nach verschiedenen Richtungen nicht. Er freut sich deshalb, daß sich die Preßkommission endlich einmal energisch aufraffe. Es handelte sich da besonders um den Streit zwischen central- und lokalorganisierten Gewerkschaften. Bei solchen Zwistigkeiten sei es Pflicht des „Vorwärts“, den Streit nicht noch durch Aufnahme persönlicher Angriffe zu verschärfen. Er sei angegriffen worden, als er aber in gleichem Tone habe erwidern wollen, habe das der „Vorwärts“ nicht aufgenommen.

Stadthagen hätte nichts dagegen, wenn der „Vorwärts“ gänzlich in die Hände der Berliner Genossen käme. Solange das aber nicht gehe, dürfe der Parteivorstand nicht durch die Preßkommission majorisiert werden. Er fasse den Antrag Ewald so auf, daß der Vorstand als solcher und die Preßkommission als solche je eine Stimme haben sollen. Nun könnten ja diese beiden Instanzen sich einmal nicht einigen. Für solche Fälle beantrage er, daß die Parteicontroleure die Oberinstanz bilden sollen.

Ricelt spricht gegen den Antrag Ewald. Ueber die Befähigung von Redacteuren zu urteilen, überlasse man besser dem Parteivorstand, der in solchen Fragen besser unterrichtet sei als die Preßkommission.

Ewald wendet sich gegen das Amendement Stadthagen, es sei nicht praktisch und auch zu kostspielig, die Controleure aus allen Teilen des Reiches bei einem solchen Streitfall zu berufen.

Hierauf wurde die Diskussion geschlossen.

Zu Parteitags-Delegierten wurden Ewald, Koblenzer und Gustav Schmid, als Ersatzmann Zwanzig gewählt.

Nachdem noch, wie schon mitgeteilt, die Revisoren des Vertrauensmannes gewählt waren, schloß Zubeil die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

Die Versammlung des **dritten Wahlkreises** fand in den Arminhallen unter dem Vorsitz des Vertrauensmannes Fritz statt. Zum ersten Tagesordnungspunkt: „Die Parteikonferenz der Provinz Brandenburg“, erinnerte der Referent, Genosse Dimmick, an die polizeiliche Aktion gegen die Agitationskommission, die jetzt als Verein betrachtet werden und Mitgliederverzeichnisse, Statuten 2c. einreichen soll. Dimmick hat schließlich dem Polizeipräsidium ein leeres Blatt Papier eingereicht, weil er nichts anderes sonst hatte. Das Polizeipräsidium hat darauf eine Strafe von 150 M. angedroht, wogegen Beschwerde erhoben worden ist. Der Redner erläutert im weiteren die festgesetzte Tagesordnung der Provinzialkonferenz, auch den Plan der Agitations-Kommission, für die ländlichen Arbeiter der Provinz Brandenburg ein monatlich erscheinendes Agitationsblatt erscheinen zu lassen.

Zu dem Antrag der Frauen, alljährlich in jedem Wahlkreise mindestens zwei Frauenversammlungen stattfinden zu lassen, spricht ebenfalls Dimmick und rät, den Antrag als zwecklos abzulehnen. Der Antrag sei nicht ausführbar, schon deswegen, weil es an den nötigen weiblichen Referenten fehlt. Genosse Wilhelm spricht für den Antrag. Vor allem müßte in ländlichen Kreisen der Wahn gebrochen werden, als ob Frauen Versammlungen nicht besuchen dürfen. Die Hauptsache ist seiner Meinung nach, daß Versammlungen für Frauen einberufen werden. In diesen könnten dann, wenn es an weiblichen Referenten mangelt, ebensogut Männer wie Frauen referieren.

Jahn meint, daß die Versammlungen in der Provinz vor allem deswegen von Frauen wenig besucht werden, weil sie häufig die Geldausgabe für die Tellersammlung scheuen. Den Glauben, daß Frauen überhaupt die Versammlungen nicht besuchen dürfen, hat er weniger gefunden. Wünschenswert sei es dagegen, so weit es die vorhandenen Kräfte erlauben, Frauen in die Agitation hinaus zu schicken.

Der Antrag der Frauen wird darauf abgelehnt.

Der Antrag des Genossen Dimmick auf principielle Zustimmung zur Herausgabe einer Monatsschrift wird angenommen.

Genosse Schweizer beantragt, die Kommission zu beauftragen, so viel wie möglich in den ländlichen Bezirken allgemeine Volksversammlungen mit weiblichen Referenten abzuhalten. Der Antrag wird angenommen.

Man kommt nunmehr zur Delegiertenwahl für die Brandenburger Delegiertenkonferenz. Aus der Wahl gehen hervor Hermann Lehmann, A. Harndt und Brückner.

Zum Tagesordnungspunkt „Der Parteitag in Hannover“ erläutert Fritz die festgesetzte Tagesordnung. Er drückt am Schluß seiner Ausführungen die Hoffnung aus, daß die Delegierten auf dem Parteitag alles ablehnen werden, was den Klassenkampfcharakter der Partei verwischen könnte. Aber die Freiheit der theoretischen Untersuchungen müsse gewahrt bleiben. Er schlägt der Versammlung die Annahme folgender Resolution vor:

Die am 5. September in den „Arminhallen“ tagende Versammlung des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises erklärt:

Die Festhaltung unseres Endziels der socialistischen Gesellschaft ist für die Arbeiterklasse eine politische Notwendigkeit.

Die Freiheit theoretischer Untersuchungen über die zu diesem Ziele einzuschlagenden Wege muß jedem gewahrt bleiben.

Die Versammlung entnimmt jedoch aus den zur Zeit gepflogenen Erörterungen keinen Grund, die theoretischen Grundlagen oder die erprobte praktische Stellung der Partei zu ändern.

Der Abgeordnete des Kreises, Rechtsanwalt Heine, geht etwas näher auf die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion ein. Drei Gegenstände seien es gewesen, die die besondere Aufmerksamkeit der Fraktion erheischt hätten: der Löbtauer Landfriedensbruch-Prozeß, die Zuchthausvorlage und das Invalidenversicherungs-Gesetz. Ueber die ersten beiden Gegenstände habe der Redner bereits in zwei gesonderten Versammlungen referiert; über das Invalidenversicherungs-Gesetz behalte er sich noch eine ausführliche Berichterstattung an seine Wähler vor. Gegenüber dem Zuchthausgesetz habe es nur eins gegeben: die glatte Ablehnung. Da aber die Vorlage nun doch noch im Herbst in die zweite und dritte Lesung komme, so werde die socialdemokratische Reichstagsfraktion zu diesen Verhandlungen mit positiven Anträgen zu dem Gesetz hervortreten, die den wirksamen Schutz der Koalitionsfreiheit bezwecken. Der Redner empfiehlt schließlich noch die Annahme der von Fritz gestellten Resolution.

Wilhelm bemängelt, daß der Geschäftsbericht des Vorstandes nicht schon den Versammlungen vorliege, in denen die Delegierten gewählt werden.

Auch Thieme ist dieser Meinung. Den Genossen müsse vor den Wahlen Einblick in die Thätigkeit des Vorstandes gegeben werden.

Jahn bemängelt, daß von der Reichstagsfraktion nicht der Strafvollzug in den Gefängnissen genügend vor das Forum des Reichstags gezogen worden ist. Der Genosse klagt besonders über die ihm in Tegel widerfahrene Behandlung. Es müsse gegen diese Zustände seitens der Fraktion thatkräftig vorgegangen werden.

Heine konstatiert, daß der Strafvollzug im allgemeinen und speciell der Fall Jahn im Reichstag mehrmals behandelt worden seien und damit alles geschehen sei, was die Fraktion gegenwärtig thun könne.

Zum Tagesordnungspunkt „Angriffe auf die Grundanschauungen der Partei“ führt Jahn aus, man dürfe diese Fragen nicht den Theoretikern überlassen. Die Gesamtheit der Genossen müsse ihre Meinung zu der zu befolgenden Taktik äußern. Die Diskussion über die Bernsteinsche Broschüre sei in den anderen großen Parteiblättern („Sächsische Arbeiter-Zeitung“, „Leipziger Volkszeitung“, „Hamburger Echo“) weit besser und ausführlicher geführt worden, als im Zentral-Organ. Jahn polemisiert gegen die „liberalen“ Neigungen Bernsteins. Verlassen wir uns mit Bernstein auf das Genossenschaftswesen, dann sei unsere dreißigjährige Agitationsarbeit umsonst gethan. Die Freiheit der Kritik müsse auch den Gegnern der Bernsteinschen Anschauungen gewahrt bleiben.

Dr. Rosa Luxemburg führt aus, die Theorien dürften keineswegs nur den Wissenschaftlern überlassen bleiben, weil es sich bei diesen Fragen um die eigene Haut der Arbeiter handle. Es gelte, durch die eigene Beschäftigung der Genossen mit diesen Fragen die Partei vor der Versumpfung im Opportunismus zu bewahren. Uebrigens seien diese „theoretischen“ Fragen von außerordentlicher praktischer Bedeutung für das Parteileben. Die Rednerin erinnert an die bekannte bayrische Budgetabstimmung, diese Frucht vom Baume Bernsteinscher Theorien, an den Gedanken, Kanonen gegen Volksrechte auszutauschen. Diese Dinge seien für die Partei sehr praktisch und nicht theoretisch.

Auf die von Fritz gestellte Resolution näher eingehend, meint die Rednerin, die Resolution spreche in ihrem ersten Teil etwas aus, womit jeder revolutionäre Socialdemokrat einverstanden sein könne. Die Frage sei jedoch nicht so zu stellen; wollen wir die socialistische Gesellschaft? sondern: auf welchem Wege diese Gesellschaft erreicht werden könne. Bernstein und sein Anhang glauben, man könne sich durch Genossenschaften, langsame Vermehrung demokratischer Einrichtungen und so weiter in die socialistische Gesellschaft hineinschmuggeln. Richtig sei jedoch, daß die Eroberung der politischen Macht der einzige Weg sei, auf dem die Arbeiterklasse vorwärts kommen könne.

Mit dem Teil der Resolution, der von der Freiheit theoretischer Untersuchungen handelt, sei gesagt, daß die Partei damit einverstanden sein müsse, wenn ein Teil der Genossen rechts und ein anderer links gehe, wenn Wege eingeschlagen werden, die von der bisherigen Praxis der Partei weitab führen. Die Partei sei jedoch kein Diskutierklub, sondern eine Kampfpartei, die geschlossen vorgehen müsse. Wer in der Partei stehen wolle, der müsse sich auch der eingeführten Taktik fügen. Wer mit uns nicht auf demselben Boden stehe, der möge hinausgehen und eine eigene Partei gründen. Die Rednerin schlägt vor, in der Resolution einen Zusatz zu machen, wonach die Freiheit theoretischer Untersuchungen gewahrt bleibt, „sofern diese Untersuchungen auf den Grundlagen der bisherigen praktischen und theoretischen Auffassung der Partei stehen.“

Rechtsanwalt Heine wendet sich gegen die Ausführungen der Gen. Luxemburg. Die Einschaltung, wonach die Eroberung der politischen Macht nötig ist, sei überflüssig, da sie etwas von niemandem Bestrittenes ausspreche. Es sei selbstverständlich und von niemand, auch von Bernstein nicht bestritten, daß wir nicht eher die socialistische Gesellschaft vollenden könnten, als bis wir die politische Macht dazu hätten. Indessen habe er aus diesem Grunde auch nichts gegen den Zusatz. Die Annahme des zum zweiten Absatz gestellten Amendements müsse er jedoch widerraten, da der Wissenschaft die volle Freiheit gewahrt bleiben müsse. In der praktischen Parteibethätigung müsse freilich Disciplin und eine volle Einmütigkeit herrschen. Da seien Majoritätsbeschlüsse am Platze und da müsse sich jeder fügen. Wenn z. B. seiner Zeit die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen beschlossen worden wäre, dann würden sich auch die Gegner dieser Beteiligung in den Dienst der Agitation zur Landtagswahl gestellt haben, — ebenso wie nun nach dem gegenteiligen Beschluß sich die Freunde der Beteiligung gefügt haben. An diesen Grundsätzen und an dem bisher befolgten taktischen Vorgehen der Partei etwas zu ändern, sei aber von niemandem verlangt worden, und auch er, der Redner, stehe vollkommen auf dem Boden der bisherigen Parteitaktik.

Anders sei es mit der Wissenschaft. Es gebe schwierige wissenschaftliche Theorien und Systeme, etwa die Marxsche Werttheorie, über deren Richtigkeit nicht in Volksversammlungen abgestimmt werden könne. Ueber solche Fragen möge sich auch Redner kein Urteil an. Hier müsse sich die große Masse bescheiden und die Diskussion den berufenen Männern der Fachwissenschaft überlassen. Selbstverständlich sei, daß aus den wissenschaftlichen Diskussionen jeder Parteigenosse lerne, so daß die von der Mehrheit zu fassenden Beschlüsse über die Parteitaktik von dem Gehörten und Gelernten befruchtet und beeinflußt werden. — Jedenfalls müsse aber die Wissenschaft und die Theorie wirklich frei sein. Die wissenschaftliche Forschung habe keine Grenzen, und wenn man ihr gebieten wolle, sich nur auf dem Boden der bisherigen Anschauungen zu bewegen, so sei das Dogmatismus, genau wie der kirchliche Dogmatismus, aber nicht Wissenschaft. — Der Redner ersucht demnach, den Zusatzantrag zum zweiten Teil der Resolution abzulehnen.

Heine wendets sich noch gegen die Ausführungen der Frau Dr. Luxemburg über den Opportunismus und die Versumpfung. Er wisse aus der Leipziger Rede der Genossin, daß sie ihn auch zu den verbrecherischen Opportunisten rechne, wenn er auch aus ihren Ausführungen nicht entnommen habe, was sie unter dem inhaltsleeren Worte verstünde. Frau Luxemburg suchte es offen darauf hinzutreiben, alle Leute, die nicht ihren Standpunkt einnähmen, aus der Partei hinauszutreiben, wobei sie von der nie versagenden Zuversicht geleitet werde, daß allein ihr Standpunkt der des „Fortschritts“ sei. Redner, und sein Standpunkt sei den Genossen des Kreises ja bekannt, und sie würden wissen, was sie von den Angriffen der Frau Luxemburg zu halten hätten, die trotz seiner Reden in Stuttgart noch immer nicht wisse, daß es ihm nicht eingefallen sei, der Partei eine neue Taktik aufreden zu wollen.

Nachdem Fritz einige Mißverständnisse seiner Ausführungen auf seiten der Frau Luxemburg richtiggestellt und diese letztere sowie Heine noch einmal ihren Standpunkt vertreten haben, werden die Zusatzanträge der Frau Luxemburg mit großer Majorität abgelehnt und die Resolution Fritz wird angenommen.

Wartenberg empfiehlt danach den Antrag der Preßkommission zur Annahme, durch den die Rechte der Preßkommission dem Vorstand und der Redaktion gegenüber gehoben werden sollen. Mein beschwert sich über die Berichterstattung des „Vorwärts“ aus den Gewerkschafts-Versammlungen. Besonders die lokalorganisierten Hausdiener hätten sich hierüber zu beklagen. Auch Börner schließt sich diesen Beschwerden über die Berichterstattung an. Der Antrag der Preßkommission wird danach angenommen. Der zum § 9 des Organisationsstatuts von den Frauen gestellte Antrag wird abgelehnt.

Man kommt zur Wahl der Delegierten für den Hannoverschen Parteitag. Fritz schlägt vor, in diesem Jahre nur zwei Vertreter des dritten Wahlkreises zu entsenden. Jahn ist dafür, auch diesmal drei Genossen zu wählen, um gegenüber den Süddeutschen, die vielfach der opportunistischen Taktik zuneigen, nicht in der Minderheit zu bleiben. Wartenberg spricht für die Wahl zweier Delegierten. Die Versammlung schließt sich diesem Vorschlage an. Aus der Wahl gehen sodann die Genossen W. Hinz und G. Wagner als Delegierte für den Parteitag hervor. Die Versammlung erreichte erst kurz vor 1 Uhr nachts ihr Ende.

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises waren in Stecherts Saal versammelt. Wajewitz leitete die Verhandlungen ein durch ein Referat über die Bedeutung der Agitation in der Provinz. Er erwähnte dabei eines Antrages zur Provinzialkonferenz, den der Kreis Sorau-Forst gestellt hat. Dieser Antrag fordert die Herausgabe eines Thätigkeitsberichts der Reichstagsfraktion, welcher in den Wahlkreisen der Provinz verbreitet werden soll, um die Bevölkerung, die durch die Kreisblätter ein falsches Bild von der Socialdemokratie bekommt, über die parlamentarische Wirksamkeit unserer Partei aufzuklären. Ferner gedachte der Referent eines Antrages des Kreises Königsberg i. N., wonach die „Neue Welt“ der „Märkischen Volksstimme“ beigelegt werden soll. Ottilie Baader stellte und begründete den bereits bekannten Antrag, welcher der Agitations-Kommission eine planmäßige Agitation unter den Frauen der Provinz zur Pflicht macht. Die Rednerin führte aus, für die Frauen in der Provinz sei bisher zu wenig geschehen. Da wir aber die Frauen in unserer Bewegung ebenso notwendig brauchen, wie die Männer, so sei es Pflicht der Agitationskommission, für Aufklärung der Frauen Sorge zu tragen. — Der Antrag fand einstimmige Annahme, auch den vom Referenten erwähnten Anträgen stimmte die Versammlung zu. Zur Provinzialkonferenz wurden Ottilie Baader, Bär und Quinting delegiert.

Für den Parteitag in Hannover lag der Antrag vor, welcher besagt, daß der letzte Satz im § 17a des Organisationsstatuts lauten soll: Die Preßkommission erledigt mit dem Parteivorstand zu gleichen Rechten alle Angelegenheiten des „Vorwärts“, insbesondere Anstellungen und Entlassungen im Personal. — Adolf Hoffmann führte zur Begründung des Antrages aus: Was der Antrag wolle, das werde im allgemeinen schon heute durchgeführt, es handle sich nur darum, daß die der Preßkommission eingeräumten Rechte auch im Statut festgelegt werden. Böhm sprach gegen den Antrag. Die Preßkommission verfüge über 16, der Parteivorstand aber nur über 5 Stimmen, letzterer sei also unter allen Umständen in der Minderheit, und das sei doch keine Gleichberechtigung. Der Parteivorstand habe die Rechte und Interessen, welche die Berliner Genossen an ihrem Organ haben, stets berücksichtigt. Man müsse doch anerkennen, daß der „Vorwärts“ in seiner jetzigen Gestalt auch den weitgehendsten Ansprüchen genüge. Mit dem vorliegenden Antrage würden sich die Berliner Genossen vor dem Parteitage der Lächerlichkeit preisgeben. Adolf Hoffmann verwahrte die Antragsteller vor der letzteren Bemerkung des Vorredners und führte aus, es handle sich nicht um das Stimmenverhältnis, sondern darum, daß beiden Körperschaften die gleichen Rechte eingeräumt werden. Wenn der „Vorwärts“ heute

*) Was die beiden Fälle angeblicher redaktioneller Erdreistung anlangt, so muß unser Berichterstatter im ersten Falle den Genossen Ewald mißverstanden haben, da der Hergang der Sache völlig anders war. Von der zweiten Anschuldigung hört der betreffende Redakteur zum erstenmal aus diesem Versammlungsbericht ein Wort, er ist also sehr überrascht, über eine Angelegenheit öffentlich gerügt zu werden, über die sich zu äußern ihm bisher keine Gelegenheit gegeben worden ist, von der er übrigens auch nichts weiß.

besser ausgestaltet sei wie früher, so habe daran die Preßkommission redlich mitgewirkt. Der Antrag verlange etwas so Selbstverständliches, daß er vor Socialdemokraten nicht erst begründet werden brauchte. Singer bemerkte zu dem Antrage, er wolle hier nicht die Ansicht des Parteivorstandes vertreten, sondern nur den Wunsch ausdrücken, man möge dem Antrage eine solche Form geben, daß ihn der Parteitag annehmen kann. In der vorliegenden Fassung werde der Antrag wohl keine Annahme finden. Hoffmann habe ja anerkannt, daß der Parteivorstand der Preßkommission thatsächlich die gleichen Rechte eingeräumt hat. Vorgekommene Differenzen seien auch stets zu aller Zufriedenheit erledigt worden. Wenn die Preßkommission eine statutarische Festlegung ihrer Rechte verlangt, so lasse sich nichts dagegen sagen. Andererseits müsse aber auch der Vorstand gegen eine Majorisierung durch die Preßkommission — was ja nach dem Antrage möglich, wenn auch gewiß nicht beabsichtigt sei — gesichert sein. Deshalb schlage Redner vor, zu sagen, daß bei Differenzen zwischen Parteivorstand und Preßkommission die Kontrolleure zu entscheiden haben. Gegen diesen Vorschlag wandte Hoffmann ein, die Einsetzung der Kontrolleure als Oberinstanz sei nicht angebracht. In Differenzfällen könne ja der Parteitag entscheiden. Dagegen bemerkte Singer, es gehe doch nicht an, daß Streitfälle, die eine schnelle Erledigung erheischen, erst auf dem Parteitage zum Austrag gebracht werden. — In der weiteren Debatte sprachen die meisten Redner für den Antrag der Preßkommission. Derselbe wurde auch mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf sprach Singer über die dem Parteitage vorliegende Tagesordnung. Als wichtigsten Punkt bezeichnete der Redner die zu erwartenden Auseinandersetzungen über die Grundanschauungen der Partei. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß der Parteitag weder der von Bernstein empfohlenen Taktik, noch der von diesem in seinem letzten „Vorwärts"-Artikel vertretenen Ansicht zustimmen werde, daß unsere Partei vielmehr auf dem bisher verfolgten Wege weiter schreiten müsse. Die Versammlung werde hoffentlich solche Delegierte nach dem Parteitag senden, die dafür eintreten, daß an der seitherigen Parteitaktik nicht gerüttelt wird. (Beifall.) Eine von den Ausführungen Singers abweichende Meinung machte sich nicht bemerkbar. — Als Delegierte zum Parteitag wurden Adolf Hoffmann, Franke und Menzel gewählt.

Zum Schluß gedachte Scholz des verstorbenen Genossen Jacobey, dessen Andenken die Versammlung durch Erheben von den Plätzen ehrte.

Im Schweizergarten hatten sich die Genossen des **fünften Wahlkreises** zahlreich versammelt. Referent Koyke besprach zunächst die Agitationsfrage und schlug vor, die Landagitation durch eine Schrift nach Art der sehr verbreiteten Hülseschen Flugschriften zu unterstützen. Von Frl. Haase lag der Antrag vor, die Agitationskommission zu beauftragen, mehr als bisher für die Frauenagitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zwecke jährlich mindestens zwei Frauenversammlungen in jedem Kreise zu veranstalten. Der Antrag wird angenommen; hierauf werden Liepmann und Roth und Frl. Haase zu Delegierten für die brandenburgische Konferenz gewählt.

Zum Parteitage in Hannover lagen folgende Anträge vor:

1. Herabsetzung des Abonnementspreises des „Vorwärts" auf eine Mark, eventuell Gratisbeilage der Zetkin'schen Frauen-Zeitschrift „Gleichheit". Ein anderer Antrag verlangt eine Abendausgabe des „Vorwärts". Erstere Anträge werden nach längerer Debatte abgelehnt; der Antrag auf eine Abendausgabe wird angenommen.

2. Am 1. Mai ein Flugblatt über die Bedeutung des Arbeiter-Feiertages in ganz Deutschland zu verbreiten; der Antrag wird abgelehnt.

3. Antrag von Fräulein Haase, die Bestimmung über die Wahl von Delegierten in besonderen Frauenversammlungen zu streichen; derselbe wird angenommen.

Der Antrag der Preßkommission auf Erweiterung ihrer Befugnisse wird einstimmig angenommen. Nunmehr wendet sich die Versammlung ihrer wichtigsten Aufgabe, der Delegiertenwahl für den Parteitag in Hannover und der Besprechung der großen, dort zur Erörterung kommenden Fragen zu.

Genosse Wels betont, daß durch die Kompromisse mit bürgerlichen Parteien das Parteigewissen und der Charakter der Bewegung verloren gingen. Die bayrischen Genossen seien wegen ihrer eigenartigen Haltung schon verschiedentlich ohne Erfolg zur Rechenschaft gezogen worden. Das System habe leider in Norddeutschland Schule gemacht, er erinnere an Auer, Bebel und Heine, die den Opportunismus vertraten. Um den Standpunkt der Berliner Genossen schärfer zum Ausdruck zu bringen, beantrage er die Wahl von zwei Delegierten.

Koyke: Der Kuhhandel in Bayern kann nicht gebilligt werden; es liegt dort wie bei den preußischen Landtagswahlen. Die große Masse der Arbeiter ist nicht taktfest genug, um der Verwirrung zu widerstehen. Wir dürfen den bürgerlichen Parteien keinen Schimmer von Berechtigung zugestehen, als ob sie ernsthaft für die Lage der Arbeiterklasse sich bemühten. Im Parlament wird die soziale Frage nie gelöst und eine uns zusagende Gesellschaftsform begründet werden. Wir wäre es lieber, wenn Genosse Liebknecht das Referat geben würde, als Bebel, der in den letzten Jahren keine feste Haltung mehr bewahrt hat. Bernstein, der mit einem Male als eine Leuchte der Wissenschaft hingestellt wird, irrt sich, wenn er glaubt, einen Marx mit wenigen Worten vernichten zu können. Die Verelendungstheorie besteht auch heute noch; sie ist in relativem Sinne zu nehmen. Wir Berliner haben die Pflicht, gegen einzelne Theoretiker entschieden Stellung zu nehmen und das zu schützen, was uns bisher groß und stark gemacht hat. Die Befreiung der Arbeiterklasse muß ein Werk der Arbeiter bleiben. (Beifall.)

Folgende Resolution ist eingegangen: „Die Versammlung erklärt: Unser Kampf um Erringung der politischen Macht und Aenderung der privatkapitalistischen Produktionsweise ist ein Kampf der Arbeiterklasse, die alle Erfolge, die nicht aus eigener Kraft errungen sind, verwirft. Kompromisse schädigen das politische Bewußtsein und sind als schädlich zu verwerfen".

Liepmann begründet die Resolution. Einen Dienst hat Bernstein der Partei jedenfalls nicht erwiesen. Die süddeutschen Genossen könnten doch etwas höflicher sein, sie sind dann immer noch grob genug. Die bayrischen Genossen hätten es in der Hand gehabt, im Landtag das Zünglein an der Wage zu bleiben, statt dem Centrum zur Uebermacht zu verhelfen. Das ist ein warnendes Beispiel, wohin man gelangt, wenn man den Boden der bewährten Taktik verläßt. Der Starke ist am mächtigsten allein. Nur aus eigener Kraft dürfen wir das Ziel zu erreichen suchen und niemand schicken, der nicht auf dem Boden der Erfurter Resolutionen steht.

Robert Schmidt: Es ist bedauerlich, daß wir so spät zu dieser Debatte kommen und die Zeit vorher mit nebensächlichen Dingen vertrödelt haben. Ich habe Ihnen folgende Resolution vorzuschlagen:

„Die Versammlung ist der Meinung, daß die von einigen Genossen angeregten theoretischen Erörterungen nicht der Partei zum Nachteil gereichen können, sie erachtet vielmehr die weitgehendste Diskussionsfreiheit innerhalb der Partei für notwendig und ist weit entfernt, Maßregeln zuzustimmen, die dahin gehen könnten, dem Genossen Bernstein die Zugehörigkeit zur Partei abzuerkennen. Wir wünschen, daß die Partei auf dem Boden des Klassenkampfes weiter ihr Endziel verfolgt, dabei wird sie nach wie vor die politische Situation zu Gunsten der Arbeiterklasse ausnützen müssen, um an den praktischen Aufgaben auf allen Gebieten des politischen Lebens mitzuwirken, soweit dies ohne Verleugnung eines prinzipiellen Grundsatzes möglich ist.

Unsere Stellung zum Militarismus kann nur gegen das heutige System eine ablehnende sein. Wir halten die Organisation eines Milizheeres für die Arbeiterklasse in jeder Beziehung für vorteilhafter als das System des heutigen Militarismus. Insofern wünscht auch die Versammlung, daß der Parteitag an dem Punkt 3 unseres Programms festhält."

Redner wendet sich gegen die Ausführungen der Vorredner. Bernstein habe vieles in Bezug auf theoretische und taktische Fragen gesagt, was längst von der Partei anerkannt und befolgt wird. Bernstein stellt deshalb wiederholt Voraussetzungen, die gar nicht vorhanden sind und polemisiert über Dinge, die als selbstverständliche gelten. Nicht überall wird man ihm folgen können, so besonders in der Annahme, daß eine Konzentration des Kapitals nicht eintrete und in seiner Ueberschätzung des Liberalismus in Deutschland. Seine weiteren theoretischen Auseinandersetzungen über materialistische Geschichtsauffassung und über die Werttheorie, ganz abgesehen, ob man sie in allem gutheißen kann, können die Partei in ihren ganzen Daseinsbedingungen nicht erschüttern, was natürlich Bernstein auch gar nicht gewollt hat. Es wird gut sein, wenn man in taktischen Fragen auf die jeweiligen politischen Verhältnisse Rücksicht nimmt und sich an kein Dogma hält. Der Grundsatz: Der Starke ist am mächtigsten allein, ist mir in unserem Parteileben neu und wenig angebracht, da wir ja immer das Zusammenschließen der Kräfte, die Aktion der Massen propagieren. Ueberrascht dürfte es die Versammlung haben, daß nach Meinung der Vorredner auch Bebel keinen Anspruch auf Prinzipienreinheit erheben kann, und schließlich Liebknecht nur der einzige ist, der Vertrauen genießt. Ich würde nur bedauern, wenn Liebknecht so isoliert in der Partei stünde. Redner wendete sich dann der bayrischen Landtagswahl zu. Er ist Gegner dieser Landtagswahl-Taktik, und zwar scheint sie ihm aus politischer Klugheit nicht empfehlenswert. Man dürfe eine Taktik nicht unterstützen, die dem Gegner die Majorität giebt. Anders steht die Frage, ob man überhaupt mit bürgerlichen Parteien Wahlkompromisse treffen soll. Wenn der Gegner nicht verlangt, daß wir bei der Aktion gegen unser Programm gerichtete prinzipielle Forderungen aufgeben, dann sehe ich keinen Grund ein, weshalb nicht unter günstigen Umständen bestimmte Vereinbarungen getroffen werden können. Es giebt im ganzen Auslande keine einigermaßen bedeutende sozialistische Partei, die nicht Kompromisse oder richtiger gesagt taktische Vereinbarungen mit den Gegnern abschließt, oder abgeschlossen hat. Und in Deutschland sieht es nicht besser aus. Sehen sie unseren Genossen Parvus, ein non plus ultra an Radikalismus, er ist ein begeisterter Befürworter des bayrischen Kartells. Auch die Genossin Zetkin, deren Prinzipientreue über allen Zweifel erhaben ist, empfahl bei der Wahl eines Bürgermeisters in Stuttgart die Stimmenabgabe für einen bürgerlichen Kandidaten, und zwar ohne daß von der Partei ein eigener Kandidat aufgestellt wurde. Wenn das alles nach Meinung der Berliner Parteigenossen opportunistische Taktik ist, dann ist der Opportunismus allgemein. Das beweist aber nur, daß bei der Beurteilung solcher Fragen sehr oft über die Stränge gehauen wird. Es ist nicht richtig, hier in ein gemäßigt und radikal zu scheiden.

Meine Resolution abstrahiert allerdings von Phrasen und Schlagworten. (Sehr gut!) Wenn man über die Dinge urteilt, wie es z. B. in einem anderen Berliner Wahlkreis von einigen Genossen geschehen ist, daß man sagt: „Wir haben das Buch von Bernstein nicht gelesen, aber unrecht hat er doch", — dann kann man nicht Anspruch erheben, diesem Urteil Wert beizumessen. (Sehr richtig!) Wir wollen also mit Freimut und ohne Schärfe diskutieren, und ich wünsche und hoffe, daß es der Partei nicht zum Schaden, sondern zum Vorteil gereichen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Vertagung der Diskussion wird angenommen und Genosse Robert Schmidt mit geringer Mehrheit zum Delegierten für den Parteitag in Hannover gewählt. Vorgeschlagen waren außerdem die Genossen Koyke, Dr. Weil und Munk. Die Versammlung ehrte noch das Andenken der verstorbenen Genossen Jacobey und Treu durch Erheben von den Plätzen, und schloß um 12½ Uhr mit einem Hoch auf die Socialdemokratie.

Im 6. Wahlkreis hatten sich die Genossen im „Kösliner Hof" zusammengefunden. Zunächst forderte der Vorsitzende Ernst die Anwesenden auf, sich zu Ehren des verstorbenen Genossen Jacobey von den Plätzen zu erheben. Da der Referent Glocke noch in einer anderen Versammlung sprechen mußte, wurde der zweite Punkt: „Der Parteitag in Hannover" als erster auf die Tagesordnung gestellt. Glocke führte aus, daß von einer Erörterung der geschäftlichen Angelegenheiten, die auf dem Parteitag wie alljährlich auf der Tagesordnung stehen, in der Versammlung abgesehen werden könne. Was aber die übrigen Punkte anbelangt, so sind es namentlich zwei, die uns interessieren, nämlich die Erörterung über den Punkt 3 des Programms und die Angriffe gegen die Taktik der Partei, über welche Angelegenheit Bebel referieren soll. Die Erörterung über den Punkt 3 des Programms ist hervorgerufen durch den Angriff Schippels auf die Forderung einer Volkswehr. Redner ist der Ueberzeugung, daß gar keine Ursache vorliegt, diesen Programmpunkt zu ändern. Mehr als Schippels Angriff auf das Programm dürften jedoch die Bernsteinschen Erörterungen den Parteitag beschäftigen, da Bernstein thatsächlich an den Grundlagen des Socialismus rüttelt. Wir sind der Ueberzeugung, daß die fortschreitende ökonomische Entwickelung den Mittelstand auffaugt und ihn in der Hauptsache dem Proletariat, zum Teile nur den kapitalistischen Kreisen zuführt. Bernstein versucht an der Hand von Statistiken den Nachweis zu führen, daß eine solche Auffassung des Mittelstandes nicht stattfindet, und wo dies wirklich der Fall ist, durch Bildung neuer Berufe, Vermehrung des Beamtenheeres ꝛc. Ersatz geschaffen werde. Redner ist der Ueberzeugung, daß Bernstein sich durch die andauernde günstige Konjunktur und die ihn umgebenden englischen Verhältnisse hat täuschen lassen. Was aber besonders zurückgewiesen werden muß, das ist die Ansicht Bernsteins über unsere Endziele. Wenn er beispielsweise von der kommenden Expropriation der Expropriateure als einer verwerflichen revolutionären Phrase spreche, die nur geeignet sei, nur nahestehende bürgerliche Elemente zurückzuschrecken, so muß demgegenüber betont werden, daß es sich dabei um keine Phrase, sondern um die Ankündigung einer kommenden Thatsache handele und daß das Verschweigen oder die Verleugnung derselben eine Verwischung der Klassengegensätze bedeute. Redner ist auch hier der Ueberzeugung, daß kein Anlaß vorliegt, die Grundlagen des Programms zu ändern, er spricht sich jedoch entschieden gegen ein Vorgehen gegen die Andersdenkenden in Form von Ausschlüssen aus der Partei aus. Der Referent spricht sich dann gegen die Augenblickspolitik der Bayern aus und erörtert schließlich noch kurz die Maifeierfrage.

Von den Genossinnen Berlins ist ein Antrag eingegangen auf Streichung des im § 9 vorkommenden Satzes, wonach in den Kreisen, in denen sich Frauen unter den gewählten Vertretern nicht befinden, solche in besondern Frauenversammlungen gewählt werden können. Der Antrag wird von der Genossin Mesch aus Gründen der Gleichberechtigung vertreten und darauf hingewiesen, daß die Ursache, welche seiner Zeit zur Annahme dieses Satzes zwang (die süddeutsche Vereinsgesetzgebung) inzwischen eine Aenderung erfahren hat. Nachdem noch einige Redner im Sinne des Referenten gesprochen haben, wird der Antrag der Frauen angenommen. Als Delegierte zum Parteitag in Hannover werden dann gewählt Ernst, Leid und Rieß.

Kiesel referiert alsdann über die bevorstehende Konferenz für die Provinz Brandenburg. Derselbe schildert die Wichtigkeit der Konferenz für die Agitation in dem ländlichen Teile der Provinz Brandenburg. Er bittet die Anwesenden, den Delegierten ihre Meinung über die beste Art und Weise mit auf den Weg zu geben, wie diese Agitation zu treiben ist. Auch hierzu liegt folgender Antrag der Genossinnen vor: „Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg ist zu beauftragen, für systematische Frauenagitation in der Provinz zu sorgen und zu diesem Zweck in jedem Kreise mindestens zwei Frauenversammlungen im Jahre zu veranlassen."

Frau Mesch beklagt, daß dieser Antrag, der im vorigen Jahre der Kommission in Brandenburg zur „Berücksichtigung" überwiesen worden sei, damit sein Begräbnis gefunden habe. Die Rednerin betont dann die Wichtigkeit der Gewinnung auch der Frauen für unsere Ideen namentlich im Interesse weiterer Agitation. Genosse Ernst hält den Antrag trotz seiner löblichen Tendenz für undurchführbar, da es an vielen Orten gar nicht einmal möglich sei, überhaupt Versammlungen einzuberufen. Redner befürchtet außerdem, daß die Einberufung besonderer Frauenversammlungen, zu denen dieselben Leute wie in den Volksversammlungen kommen, nach außen den Anschein erwecken könnte, als hätten wir eine besondere socialdemokratische Frauen- und eine socialdemokratische Männer-Bewegung. Redner bittet um Ablehnung des Antrages. Auch die folgenden Redner sprechen sich meist gegen den Antrag aus und nehmen die Agitationskommission gegen die ihr von Frau Mesch gemachten Vorwürfe in Schutz. Der Antrag wird abgelehnt. Auch für die Provinzial-Konferenz werden drei Delegierte gewählt und zwar Grolle, Gahmann und Schröder. Mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie wird die Versammlung geschlossen.

Lokales.

Der Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis unternimmt am Sonntag, den 10. September, einen Familienausflug nach Grünau bei Lindenhayn, Friedrichstr. 1—2. Treffpunkt daselbst vormittags 10 Uhr. Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule. Wir machen die Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß die Bibliothek von heute ab jeden Donnerstagabend von 8—9 Uhr geöffnet ist. Dieselbe befindet sich im „Englischen Hof", Neue Roßstr. 3, Hof links 2 Treppen. Die Unterrichtskurse (Nationalökonomie, Naturerkenntnis und Geschichte) beginnen in demselben Hause Mitte Oktober. Der Vorstand.

Freie Volksbühne. Sonntagnachmittag 3½ Uhr, findet im Lessing-Theater für die II. Abteilung (blaue Karten) die Vorstellung von Gustav Freitags „Journalisten" statt. Das Lustspiel wurde vom Oberregisseur A. Steinert neu inszeniert und liegen die Hauptrollen in Händen der Herren Guthery, Jarno, Waldow, Schönfeld, Pagay, Grunwald ꝛc. Die Mitglieder werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen und nur die Vorstellung ihrer Abteilung zu besuchen. Um jede Ueberfüllung der Abteilungen zu vermeiden, müssen die Mitgliedskarten aus den Zahlstellen abgeholt werden. Am Sonntag, den 17. September, III. Abteilung: „Die Journalisten". Die zweite Serie im Ostend-Theater, Goethes „Faust" beginnt für die I. Abteilung Sonntag, den 24. September, 3½ Uhr. Meldungen neuer Mitglieder werden noch in allen Zahlstellen entgegengenommen. (Siehe heutiges Inserat.)

Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Die Fraktion der socialdemokratischen Stadtverordneten hat der Stadtverordneten-Versammlung gestern zwei Anträge zur Beschlußfassung unterbreitet. Der erste Antrag behandelt die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder und lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die infolge des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 16. Dezember 1897 stattfindenden kommissarischen Verhandlungen mit dem königl. Polizeipräsidium, betr. die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder nunmehr zum Abschluß zu bringen und das kgl. Polizeipräsidium zu veranlassen, noch vor Beginn des Winters eine Polizeiverordnung zu erlassen, durch welche in Berlin verboten wird:

1. Die gewerbliche Beschäftigung von Schulkindern vor Beginn der Schulzeit und nach 6 Uhr abends; 2. das Feilbieten und der Verkauf von Waren aller Art (insbesondere von Blumen, Streichhölzern ꝛc.) auf der Straße; 3. die Verwendung von Schulkindern zu Schaustellungen in Theatern und sonstigen Lokalen; endlich 4. das Austragen von Milch, Backwaren und Zeitungen."

Der zweite Antrag, der sich mit der Frage der Sonntagsruhe der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen befaßt, hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

In Gemäßheit des § 105b Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung ein Ortsstatut zu erlassen, durch welches für Berlin

1. Die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Fabrik-, Speditions-, Bank- und Engrosgeschäften gänzlich untersagt wird.

2. Die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Detailgeschäften und sonstigen Verkaufsstellen auf drei Stunden eingeschränkt wird, mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung vormittags 10 Uhr beendet sein muß."

* * *

Ueber die Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder hat die städtische Schuldeputation in ihrer gestrigen unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirschner stattgehabten Sitzung auf Antrag ihrer für diese Angelegenheit zur Vorberatung eingesetzten Kommission beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, beim königl. Polizeipräsidium den Erlaß einer Polizeiverordnung zu bewirken, daß Kinder unter neun Jahren überhaupt nicht erwerbsthätig beschäftigt werden dürfen. Kinder von 9—14 Jahren im Sommer nicht vor 5½ Uhr, im Winter nicht vor 6½ morgens und abends nicht nach 8 Uhr. Selbstverständlich sind die Schulstunden überhaupt ausgeschlossen. Verantwortliche für diese Anordnungen sollen die Erziehungsverpflichteten und die Unternehmer sein.

Wir sind gespannt, wie sich die Stadtverordneten-Versammlung in der Wahl zwischen dem socialdemokratischen Antrag und dem lahmen Antrag des Magistrats verhalten wird.

Die städtische Hochbaudeputation hielt gestern unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramslau ihre erste Sitzung nach den Ferien ab. Stadtbaurat Hoffmann legte eine Reihe specieller Entwürfe oder Vorentwürfe zu größeren städtischen Hochbauten vor, so u. a. die Entwürfe zu den Schulgebäuden in der Wiclef-, der Rigaer-, Waldenser- und Waldemarstraße, den Entwurf für den Neubau eines Pflegehauses für Ehepaare auf dem Grundstück der städtischen Siechenanstalt in der Prenzlauer Allee, für den Erweiterungsbau des Feuerwachgebäudes in der Keibelstraße, für den großen Hallenbau im Friedrichshain, den Neubau eines Straßenreinigungsdepots im Köllnischen Park ꝛc. Zugleich erstattete Baurat Hoffmann eingehendst Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bauausführungsarbeiten; wir entnehmen dem interessanten Bericht das Folgende:

Die von den städtischen Behörden genehmigten Entwürfe zu größeren Bauten befinden sich sämtlich in der Ausführung; es sind dies die Gebäude für vierzehn Schulen mit 16 150 Schülern (in Doppel-Schulgebäuden), die Volksbadeanstalten, die Feuerwache und das Standesamt in der Fischerstraße, das Kinderasyl, das Märkische Museum, die Erweiterungsbauten in den Krankenhäusern am Friedrichshain, am Urban, in Moabit, das neue Krankenhaus an der Seestraße und die Erweiterungsbauten auf dem Schlachthof. Von den Schulen sind die Gebäude für vier Schulen mit 4320 Schülern (in Doppel-Schulgebäuden) vollständig fertig eingedeckt; auf einem Gebäude für zwei Schulen mit 1880 Schülern ist der Dachstuhl bereits gerichtet, die Gebäude für vier Schulen mit 4320 Schülern (in Doppel-Schulgebäuden) sind bis nahe zur Dachgleiche gemauert, der Rest befindet sich im Anfangsstadium der Bauausführung. Die Ausführung der Schulbauten ist trotz des Streiks bereits soweit gediehen, daß zweifellos im Laufe des nächsten Jahres die Gebäude für 10 Schulen mit 10 500 Kindern (in Doppel-Schulhäusern) dem Betriebe übergeben werden können. Bei dem vierten städtischen Krankenhause in der Seestraße sind die im Frühjahr genehmigten Entwürfe zu den Gebäuden für die inneren und chirurgischen Krankheiten damals sogleich in Angriff genommen worden; hierbei wurden bis jetzt nahezu 4 Millionen Steine vermauert. Bei den Ausführungsarbeiten des Märkischen Museumsbaues verursacht der schlechte Baugrund noch große Schwierigkeiten; beim Bau des Kinderasyls ist der Dachstuhl bereits aufgebracht worden.

Inselperron in der Rosenthalerstraße. Die städtische Tiefbau-Deputation hat unter Vorsitz des Stadtrats Friedel beschlossen, zur besseren Regulierung des äußerst lebhaften Verkehrs auf dem Platze am Rosenthaler Thor, der dem Verkehr auf dem Potsdamer Platze nahezu gleichkommt, in der Rosenthalerstraße einen Inselperron nach Art der auf dem Potsdamer Platze in jüngster Zeit angelegten Perrons herzustellen. Hierdurch soll dem Publikum das Ein- und Aussteigen in die bezüglich aus den dort sich bewegenden

Straßenbahnen, welches unter den jetzigen Verhältnissen oft mit Lebensgefahr verknüpft ist, erheblich erleichtert werden.

Berliner Verkehr. Die Große Berliner Straßenbahn hat im Jahre 1898 13 300 000 Personen mehr befördert als im Vorjahre, nämlich 172 000 000 Personen im Jahre 1898 gegen 158 700 000 im Jahre 1897, die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn weist ein Mehr von 2 335 561 Personen auf, hier stehen 7 954 439 Personen 10 290 000 im Vorjahre gegenüber. Auch die Neue Berliner Pferdebahn hat ein Mehr von 1 975 000 Personen zu verzeichnen, indem hier gegenüber 22 775 000 Personen im Jahre 1897 24 750 000 im Vorjahre befördert sind. Stadt- und Ringbahn-Verkehr (einschließlich Station Grunewald) zeigen eine Steigerung von 4 044 726 Personen (91 791 640 Personen 1898 gegen 87 746 914 1897), die elektrische Straßenbahn von Siemens u. Halske beförderte 1898 5 900 112 Personen gegen 4 737 054 1897, also 1 163 058 mehr. Die Westliche Berliner Vorortbahn (bis 30. September 1898 Dampf-Straßenbahn) hat ein Mehr von 244 081 Personen zu verzeichnen, indem sie 1898 4 045 712 Personen gegen 3 801 681 im Jahre 1897 beförderte. Die Omnibuslinien haben zusammen 9 546 759 Personen mehr befördert, nämlich 53 817 422 Personen gegen 44 270 663 im vorhergegangenen Jahre. Hiervon entfallen auf die „Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft“ 26 612 298 im Jahre 1898 gegen 24 920 324 im Jahre 1897 (mehr 1 691 974), auf die „Neue Berliner Omnibus-Gesellschaft“ 24 040 634 gegen 17 406 311 (mehr 6 634 323), „Berliner Spediteurverein“ (bis 4. April 1898 Omnibus-Gesellschaft „Reform“) 1 908 386 gegen 855 900 (mehr 1 052 486), auf die „Omnibus-Kompagnie Berlin“ 1 012 642 gegen 882 150 (mehr 130 432), „Berliner Omnibus-Gesellschaft“ 201 883 gegen 205 978 (weniger 4095), die „Berliner Nacht-Omnibus-Linie“ besteht seit 31. Oktober 1898 und hat in den beiden Monaten 41 579 Personen befördert. Es sind also von allen Verkehrslinien zusammen 362 594 886 gegen 329 985 751 im Jahre 1897 befördert worden, also 32 609 135 mehr, oder im Tagesdurchschnitt 993 410 d. h. 89 340 Personen täglich mehr als 1897.

Mühlendämlicher Antisemitismus. Folgende zwei Briefkasten-Notizen stehen in der „Staatsbürger-Zeitung“ vom Mittwochmorgen:

Sch., Strehlen. — Für diesen Monat ist die Zusendung nicht mehr rückgängig zu machen. Sie werden auch in der Staatsb.-Ztg.“ manches finden, was Ihre Zeitung nicht bringt, und werden sich daher wohl gern die Zeit nehmen, in diesem Monat beide Zeitungen zu lesen.

W. L., Halberstadt. — „Trotz alledem“ hätten Sie uns freundlichst antworten sollen, als wir uns gestatteten, an Sie zu schreiben. „Die Ankunft auch nur eines Exemplars“ läßt sich unsererseits jetzt nicht mehr vermeiden. Lesen Sie die Zeitung nur, dümmer werden Sie nicht. „Trotz alledem mit deutschem Gruß!“

Es liegt ja in der Natur der Sache, daß die Antisemiten von ihren Feinden zu lernen sich bestreben. Aber man darf die Anreißerei nicht zu dumm anfangen. Denn es liegen Gerichtsentscheidungen vor, wonach niemand für Gegenstände, die ihm ohne voraufgegangene Bestellung ins Haus gesandt werden, eine Verantwortung zu übernehmen braucht.

Ein Milderungsgrund für das Gebahren der „Staatsbürger-Ztg.“ kann aber am Ende in folgender Briefkastennotiz des Blattes gefunden werden.

R. Fichtenau: Alles Geschäft! Was bringt die Furcht vor den Juden nicht alles fertig!

Mit dem elektrischen Omnibus scheint es noch bedenklich zu hapern. Am Dienstag in der siebenten Abendstunde hatte er an der Ecke der Charlotten- und Dorotheenstraße einen Zusammenstoß mit einem elektrischen Straßenbahnwagen, der ihm das Schutzblech der Plattform zertrümmerte. Das widerfährt freilich oft genug auch anderen Wagen und hat vielleicht mit seiner besonderen Einrichtung nichts zu thun. An dieser aber erlitt er zwei Stunden später einen Schaden, der ihn betriebsunfähig machte. Wie es heißt, brannten einige Drähte der Treibvorrichtung durch. Mit Mühe schleppte man den schweren Wagen zur Ladestelle in der Borsigstraße 2. Gestern morgen war er so weit wieder hergestellt, daß er wieder fahren konnte. Gegen 4 Uhr nachmittags aber geriet am Motor wieder etwas in Unordnung, so daß das Gefährt abermals außer Betrieb gesetzt werden mußte. Hoffentlich überwindet jedoch der „Elektrische“ diese Kinderkrankheiten recht bald.

Die erste öffentliche Ladestelle für elektrisch betriebene Omnibusse ist im Laufe der vergangenen Nacht auf dem Askanischen Platz am Anhalter Bahnhof eingerichtet worden. Gegenüber der Ausfahrtshalle sind zwei Trägermasten aufgestellt worden, die mit elektrischen Kabeln in Verbindung stehen. Von diesen aus wird mittels des Siemensschen Bügels die Ladung der elektrischen Omnibusse erfolgen, die von der Allgemeinen Omnibusgesellschaft in der nächsten Zeit im Anschluß an den bereits im Betrieb befindlichen elektrischen Omnibus Kreuzberg-Stettiner Bahnhof dem Verkehr übergeben werden sollen.

Das neue Kraftwerk der elektrischen Hochbahn an der Trebbinerstraße ist schon bis fast zur vollen Höhe emporgeführt. Augenblicklich wird im Innern des Gebäudes die große Kesselanlage hergestellt, bei der ganz besonders starke Eisenträger zur Verwendung gelangen, da sie das kolossale Gewicht der mächtigen Kessel auszuhalten haben. Unmittelbar an dem Kraftwerk vorbei werden sich über das bereits niedergelegte Grundstück Tempelhofer Ufer 30 hinweg, das an der Ecke der Trebbinerstraße liegt, die Viadukte der elektrischen Hochbahn entlangziehen, so daß die Wagen direkt von dem Kraftwerk aus mit neuer Ladung versehen werden können.

Ein Todesfall und mehrere Erkrankungen durch Fischgift beschäftigen die Behörden. Der 35 Jahre alte Töpfer Rudolf Schlodder aus der Holzmarktstraße 35 besuchte am Sonntag früh mit Frau und Kind seine Schwiegermutter, die Produktenhändlerin Frau Priemann in der Langestraße 107. Da er Appetit auf Fische hatte, veranlaßte er seine Frau, aus der Markthalle in der Andreasstraße frische Flundern zu holen. Frau Priemann reinigte die Flundern, salzte sie gehörig und kochte sie zu Mittag in frischer Butter. Bald nach dem Essen erkrankten zunächst Frau Priemann und ihre Tochter, während Schlodder erst später Beschwerden fühlte, aber auch dann nicht besonders große, obwohl er viel mehr gegessen hatte, als die beiden Frauen. Das Kind, das von den Flundern nichts gegessen hatte, blieb gesund. Die Frauen bekamen Erbrechen und mit Frau Schlodder wurde es recht schlimm. Obwohl ihm selbst unwohl geworden war, verzehrte Schlodder am nächsten Tage, am Montagabend, auch noch den Rest der Flundern, der vom Sonntag noch stehen geblieben war. Bald darauf stellte sich auch bei ihm Erbrechen ein, und zwar noch viel heftiger als am Sonntag bei den Frauen. Erst jetzt sprach Frau Priemann über die Erkrankung zu den Nachbarn und sorgte für ärztliche Hilfe. Der Arzt wandte sofort alle Mittel an, die nur noch bei den beiden Frauen anschlugen. Schlodder starb noch an demselben Abend. Seine Frau befindet sich auch heute noch ziemlich schlecht, der Frau Priemann aber geht es besser. Die Leiche des Verstorbenen hat die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Mehrere Eimer Fische sind in der Markthalle beschlagnahmt worden.

Dem Drogenhändler Hermann Meyer, Oderbergerstraße 2 wohnhaft, ist nach Mitteilung des Polizeipräsidiums durch rechtskräftiges Erkenntnis des hiesigen Bezirksausschusses vom 4. Juli d. J. die Erlaubnis zum Handel mit Giften entzogen worden.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des 77 Jahre alten früheren Kaufmannes Theodor Schlieper aus der Pappel-Allee 2. Schlieper erhielt seit acht Jahren Armenunterstützung und wohnte bei einer verheirateten Tochter. Am Donnerstag voriger Woche ging er nachmittags um 5 Uhr spazieren. Zwei Stunden später brachten ihn zwei unbekannte Männer bis auf den Hof des Grundstücks, auf dem er im ersten Stock des Quergebäudes wohnte. Sie hatten ihn in der Schönhauser Allee getroffen und sich seiner angenommen, weil es schien, als ob er ein Glas Bier zu viel getrunken hätte. Bei dem Versuche, die Wendeltreppe zu seiner Wohnung hinaufzugehen, bekam der alte Mann, wie es ihm schon öfter ergangen war, einen Schwindelanfall und stürzte die Treppe hinab in den Hausflur. Aeußerlich nur unbedeutend am Kopfe verletzt, mußte der Verunglückte doch das Bett hüten. Am Freitung stellte sich eine Lungenentzündung ein, die schon am Sonnabendnachmittag zum Tode führte.

Von der Polizei wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß in dem Rindviehbestande des Molkereibesitzers Wilhelm Lindecke, Neue Königstraße 91 die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist.

Die Waldemarstraße vom Mariannenplatz bis zur Manteuffelstraße einschließlich der Kreuzdämme am Mariannenplatz wird wegen Asphaltierung bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Mit dem Leben davonzukommen scheint der Metallarbeiter Paul Wende, der am Sonnabend auf dem Hofe des Hauses Alte Jakobstraße 20 beim Spielen mit einem Revolver von dem Werkmeister Büttner angeschossen wurde. Im Krankenhaus „Bethanien“ ist ihm die Kugel aus dem Hinterkopfe herausgeschnitten worden. Büttner, den die Revierpolizei dem Präsidium zugeführt hatte, hat die Kriminalpolizei nach Feststellung des Thatbestandes noch am selben Abend um 11 Uhr wieder auf freien Fuß gesetzt.

Degradation eines Garde-Feldwebels. Der etatsmäßige Feldwebel Kolonko von der 12. Compagnie des Garde-Füsilier-Regiments wurde vor längerer Zeit in Untersuchungsarrest abgeführt, weil er verdächtig war, mehrfache Unterschlagungen in seiner Eigenschaft als Compagnie-Feldwebel seinen Untergebenen gegenüber durch widerrechtliche Einbehaltung von Löhnungsbeträgen 2c. begangen zu haben. Durch die kriegsgerichtliche Untersuchung hat dieser Verdacht seine volle Bestätigung gefunden; denn dieser Tage wurde der untreue Feldwebel durch kriegsgerichtliches Urteil wegen der ihm zur Last gelegten Vergehen unter Degradation zum Gemeinen und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes (Verlust der Kokarden und der Gardelitzen) zu zwei Jahren Festungsgefängnis verurteilt. K. ist bereits zur Verbüßung seiner Strafe in das Festungsgefängnis bei Spandau eingeliefert worden.

Der Turnverein Fichte hat unter dem Titel „Frei Heil“ vor kurzem ein stattliches Liederbuch herausgegeben. Neben den eigentlichen Turnerliedern enthält es eine sorgfältige Auswahl von Trink- und Volksliedern, unter denen auch die bekanntesten Arbeiterlieder nicht fehlen. Das alles ist hübsch und geschmackvoll zusammengestellt, so daß keine Tendenz in aufdringlicher Weise den Gebrauch des Büchleins verleidet. Ueber seine Entstehung giebt ein Vorwort der Liederbuch-Kommission des Vereins Fichte Auskunft: „Der Anstoß und die zwingende Notwendigkeit unsres Vorhabens war, das kann an dieser Stelle ungescheut ausgesprochen werden, der Umstand, daß die zur Zeit herausgegebene dritte Auflage des Bundesliederbuches wie schon früher so auch diesmal unsere Erwartungen täuschte. In erster Linie erschien uns der Inhalt nicht reichhaltig genug, auch war hinsichtlich der Auswahl der Texte unseren Anschauungen in keiner Weise genügend Rechnung getragen, eine bedeutende Anzahl Singweisen war uns gänzlich unbekannt und nicht zuletzt ließen Einteilung und Ausstattung das Praktische, welches auch wir bei solchem Werke gern beachten, arg vermissen.“

Wir wollen hier nicht untersuchen, ob und inwieweit die Liederbuch-Kommission mit ihren Vorwürfen im Recht ist. Doch glauben wir, daß dank der Stärke der Arbeiter-Turnerschaft beide Arten von Liederbüchern es schon nebeneinander aushalten können.

Bei der Lassallefeier auf dem Gesundbrunnen ist am Sonntag eine Cigarrentasche gefunden worden, die bei Raschke, Hochstr. 32b, abgeholt werden kann.

Der Cirkus Busch wird am Sonnabend, den 16. September, eröffnet. In Hamburg hat Direktor Franz Renz seinen Cirkus kürzlich an Direktor Busch verkauft.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Der Vergnügungsverein Schöneberg und Friedenau feiert am Sonnabend sein Stiftungsfest bei Hilgert am Wannseebahnhof. Dieses Lokal sieht der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung. Die Lokalkommission von Schöneberg.

Knabenstreiche. Ein achtjähriger Knabe hatte in Gemeinschaft mit seinem älteren Bruder es unternommen, die Ladenkasse des Papierwarenhändlers Baraus in der Kaiser Friedrichstraße zu Schöneberg zu bestehlen. In einem unbewachten Augenblick schlich er sich hinter den Ladentisch und entwendete aus der Kasse einen Thaler. Der Diebstahl wurde so rechtzeitig bemerkt, daß der kleine Schlingel ergriffen werden konnte, während sein älterer Bruder mit dem gestohlenen Geldstück entkam. Laut schreiend mußte der Knirps den Weg zum Polizeibureau antreten. Hoffentlich vertreibt der Vater, ein Tapezierer in der Colbystraße, seinen Söhnen ein für allemal die gefährliche Neigung.

Schöneberg. Die Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission, deren Vorsitzender Erster Bürgermeister Wilde ist, besteht nach den vorgestern vorgenommenen Wahlen aus neun Mitgliedern und ebenso vielen Stellvertretern. — Zum Bezirksvorsteher für den dritten Stadtbezirk ist der Rentier Nickeley, Goltzstr. 19 wohnhaft, gewählt worden.

Ein Salto mortale durchs Rathausfenster. Weil er in seiner Wohnung tobte und seiner Umgebung gefährlich zu werden drohte, wurde am Montagabend der geisteskranke Arbeiter Krause in der Riethenstraße zu Rixdorf nach dem Rathaus gebracht, wo er vom Polizeiarzt Dr. Zimmer im Centralbureau auf seinen Geisteszustand untersucht wurde. Das Centralbureau liegt im Hochparterre des Rathauses und ist mit Doppelfenstern nach der Berlinerstraße zu versehen. Plötzlich machte Krause, allen Anwesenden unerwartet, einen gewaltigen Satz in die Höhe und sprang, den Kopf voran, durch eines der geschlossenen Doppelfenster, so daß die zerschlagenen Scheiben hinter ihm her klirrten. Auf der Straße rannte er sofort davon, doch wurde er verfolgt und gestellt. Wie durch ein Wunder hatte Krause, abgesehen von einer unbedeutenden Verletzung an der linken Hand, keinerlei Schaden genommen.

In Pankow ist der seit mehreren Monaten steckbrieflich verfolgte Arbeiter Gottlieb Urban verhaftet und in das Gerichtsgefängnis abgeliefert worden. Urban wurde seiner Zeit beschuldigt, dem Gastwirt Goldacker in Reinickendorf, seinem Arbeitgeber, mit einem Spaten den Schädel zertrümmert zu haben. Goldacker erlag kurze Zeit danach seinen Verletzungen. Aber auch der herzleidenden Ehefrau Goldackers, welche das Verbrechen vom Fenster aus hatte mit ansehen müssen, kostete die gräßliche Unthat das Leben; infolge des ausgestandenen Schreckes verstarb sie an einem Herzschlage. Der verhaftete Urban trug sowohl bei seiner Festnahme als auch während des Transportes den größten Gleichmut zur Schau.

Absturz. Beim Abbruch eines Hauses in der Albrechtstraße zu Steglitz stürzte am Dienstag aus der Höhe von drei Metern der Berliner Maurer August F. von dem ins Wanken gekommenen Mauerwerk ab und wurde unter ihm begraben. Als der Verschüttete freigelegt werden konnte, war er bereits tot.

Versammlungen.

Mit der Lohnbewegung der Posamentiere beschäftigte sich am Dienstag eine gut besuchte öffentliche Versammlung aller in der Posamentenbranche thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Dem von Klau erstatteten Bericht der Lohnkommission ist folgendes zu entnehmen: Am Freitage der vorigen Woche haben die Unternehmer in einer Versammlung zu den bereits veröffentlichten Forderungen Stellung genommen. Ueber die Art ihres Verhaltens waren sie verschiedener Meinung. Einzelne verhielten sich schroff ablehnend, andere erklärten, mit den Gehilfen verhandeln zu wollen. Schließlich wählten sie eine Kommission und beauftragten diese, mit der Gehilfenvertretung zu unterhandeln. Inzwischen sind nun schon bei der Lohnkommission die Unterschriften dreier Firmen eingelaufen, die bewilligt haben. Ferner haben einige andere Fabrikanten die Forderungen gleichfalls bewilligt, aber noch nicht ihre Unterschrift gegeben. Redner schilderte die augenblickliche Geschäftslage als eine äußerst günstige und erklärte es für durchaus notwendig, daß bei Bewilligungen auf die Abgabe der Unterschrift gedrungen werde. Es entspann sich eine sehr lebhafte Debatte. Alle Redner, ausgenommen einer, verlangten auf das bestimmteste, daß entsprechend einem früheren Beschlusse überall da, wo am Sonnabend die Forderungen nicht bewilligt würden, sofort die Arbeit niederzulegen sei. Alschner wünschte dagegen, daß die Lohnkommission mit der Kommission der Meister in Verbindung treten solle. Er ist der Meinung, daß protokollarische Festsetzungen beider Kommissionen eine größere Garantie böten, wie die Unterschriften der einzelnen Unternehmer. Seinem Vorschlage wurde allseitig widersprochen. Man betonte, daß die günstige Situation jetzt ausgenutzt werden müsse und daß es nach der Arbeitsniederlegung noch Zeit sei, mit der Kommission der Arbeitgeber zu verhandeln. G. Berger, Fr. Berger und andere gaben der Hoffnung Ausdruck, daß bei korrektem Vorgehen am Sonnabend die Bewegung binnen kürzester Zeit siegreich beendet sein werde. Nach den Ausführungen mehrerer Redner ist bei einer ganzen Reihe von Fabrikanten Neigung vorhanden, die Hauptforderungen: die neunstündige Arbeitszeit und 27 Mark Lohn, zu bewilligen. Fr. Berger teilte mit, daß Unterstützungsgelder genügend vorhanden seien. Die Streikenden würden gleich von der ersten Woche ab mit 2 M. pro Tag unterstützt und für jedes Kind gebe es pro Tag 25 Pf. mehr. — Die Versammlung hielt den Beschluß aufrecht, welcher die arbeitenden Kollegen verpflichtet, während des Streiks wöchentlich 3 M. an die Streikkasse zu zahlen. Weiter wurde beschlossen, auch die Arbeiterinnen der Firma Prinz zu unterstützen, wenn sie in den Streik eintreten sollten, vorausgesetzt, daß sie ebenfalls die neunstündige Arbeitszeit fordern. Mit einem begeisternden Hoch auf die Posamentierbewegung trennte man sich. — Am Sonntag ist wieder eine Versammlung.

Vermischtes.

Lebendig begraben. Ein entsetzliches Verbrechen wurde vor einigen Tagen von einer Frauensperson in Oberlag beim Wienerberger Ziegelwerk verübt. Die 24jährige Tagelöhnerin Elisabeth Kozicka wurde wegen Kindermordes verhaftet. Die unnatürliche Mutter giebt an, sie habe das Kind in einen Graben gelegt und mit Schilfrohr zugedeckt. Dann wartete sie in der Nähe, bis das Kind erstickt war. Eine halbe Stunde lang hatte sie das Wimmern des Kindes mit angehört. Dann war es unter dem Schilfe still geworden. Elisabeth Kozicka war dann im Freien eingeschlafen. Erwacht, trat sie zur Grube heran, hob das Schilf ein wenig in die Höhe und überzeugte sich, daß das arme, kleine Wurm ausgelitten hatte. Dann begab sie sich nach Favoriten, wo sie wohnt.

Eine neue Tropfsteinhöhle wurde dieser Tage, wie aus Brünn berichtet wird, bei Sloup entdeckt. Es wurden dort, der „Silesia“ zufolge, u. a. Knochenreste sowie ein Geweih aus prähistorischer Zeit gefunden.

Im geophysikalischen Institut zu Göttingen wurde Montag ein Erdbeben registriert. Der Erdboden schwankte um mehr als 1 Millimeter, die Lotlinie um 3 Bogensekunden. Das Centrum ist vermutlich in der Entfernung Japans oder Westindiens.

Eisenbahnunglück in Spanien. Aus Bilbao meldet der Telegraph: Gestern sind bei Ordunna zwei Eisenbahnzüge zusammengestoßen. Fünfzehn Personen wurden verletzt.

In Genf ist eine Dame in der elektrischen Straßenbahn verbrannt. Die Gemahlin des Genfer Chirurgen Kummer stieg mit ihren zwei Kindern in einen elektrisch betriebenen Wagen und nahm auf dem Sitze der vorderen Plattform Platz. Während der Fahrt erfolgte unter dem Boden des Sitzes eine heftige Detonation. Der Wagen wurde angehalten. Die Kinder voran und die Dame flüchteten von der gefahrdrohenden Stelle. Aber das Unglück war geschehen. Die Frau brannte lichterloh. Trotz der sofortigen Bemühungen, die Flammen zu ersticken, erfolgte eine so ausgedehnte und tiefgehende Verbrennung, daß Frau Kummer nach unsäglichen Schmerzen zwei Tage später gestorben ist. Der betreffende Wagen stammte ganz aus dem Anfang der Zeit, da in Genf der elektrische Betrieb eingeführt wurde. Der Wagen litt, wie die Untersuchung ergeben hat, an einem Konstruktionsfehler.

Marktpreise von Berlin am 5. September 1899

nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen	D.-Ctr.	15,40	14,60	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
*) Roggen	„	14,90	13,90	Kalbfleisch	„	1,60	1,—
Futter-Gerste	„	13,20	12,60	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Hafer gut	„	15,20	14,60	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,50	13,90	Eier	60 Stück	4,—	2,40
„ gering	„	13,80	13,30	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
Richtstroh	„	4,50	3,82	Aale	„	2,80	1,20
Heu	„	6,60	3,80	Zander	„	2,60	1,20
†) Erbsen	„	40,—	25,—	Hechte	„	2,40	1,20
†) Speisebohnen	„	50,—	25,—	Barsche	„	1,80	0,80
†) Linsen	„	70,—	30,—	Schleie	„	2,50	1,20
Kartoffeln, neue	„	7,—	5,—	Bleie	„	1,40	0,80
Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20	Krebse	per Schock	12,—	2,—
do. Bauch	„	1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 6. September. Das Angebot vom Inlande war ziemlich stark, namentlich in Weizen. Laut Kanalliste schwammen auf Berlin etwa 3000 Tonnen Roggen, über welche aber bereits zumeist disponiert ist. Der Terminmarkt verlief fast still, Abschlüsse wurden nicht bekannt. Bei äußerst schwachem Geschäftsgang notierten Brotfrüchte um 0,25 M. niedriger. Hafer und Mais verkehrten still. Rüböl für Mai-Lieferung besser beachtet und 20 Pf. höher. — Die Kauflust am Spiritusmarkt war rege und konnten die angebotenen 25 000 Liter 70er Locoware mit 43,80 M. (+ 0,30 M.) leicht begeben werden. Termine fast geschäftslos. — September notierte 47,40 M.

Kartoffelfabrikate. Berlin, 6. Septbr. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. 20 M., do. Supra 20,50 M., do. Secunda 14,50—17 M. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 20 M., do. Supra 20,50 M., do. Secunda 14,50—18,00 M. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. 11 M. nominell.

Städtischer Schlachtviehmarkt vom 6. September 1899. Zum Verkauf standen: 653 Rinder, 1975 Kälber, 2004 Schafe, 10 517 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Schlachtgewicht: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt — —, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete — —, c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere — —, d) gering genährte jeden Alters — —. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes — —, b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere — —, c) gering genährte 47—50. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts — —, b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren — —, c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen — —, d) mäßig genährte Kühe und Färsen 48—50, e) gering genährte Kühe und Färsen 45—47. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 71—73, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 67—69, c) geringe Saugkälber 64—66, d) ältere, gering genährte Kälber (Fresser) 40—44. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 61—63, b) ältere Masthammel 55—60, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 47—53, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 25—30. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 48—50, b) Käser 46—47, c) fleischige 46—47, d) gering entwickelte 44—45, e) Sauen 41—43.

Vom Rinderauftriebe wurde nur gut die Hälfte verkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fanden ungefähr 400 Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam und wurde nicht ganz geräumt.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. September 1899.

Etwas kühler, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redacteur: Robert Schmidt in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Berlin). Die Bautischler hörten in der Vertrauensmänner-Versammlung am Montag den Bericht über die Lohnbewegung ihrer Branche. Maaß gab denselben und führte aus, daß am 14. August früh die Forderungen den Meistern vorgelegt wurden und daß sich ca. 2000 Bautischler der Bewegung angeschlossen haben. Ein großer Teil erhielt sofort bewilligt und jetzt nach vierzehn Tagen ist alles zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt. Im Ausstand befinden sich nur noch ein paar Kollegen bei Raabe (Usedomstraße). Um die Minimallöhne zu erreichen, mußte in einzelnen Werkstätten 20 bis 30 Proz. Aufschlag gefordert werden. Die Meister haben die Forderungen an sich als berechtigte anerkennen müssen, ob aber überall das gegebene Wort oder die Unterschrift gehalten wird, das wird erst die Zukunft lehren. Versucht werde schon jetzt, das Versprechen zu hintergehen, wie z. B. der Meister Stellmatzick in der Wrangelstraße 56, der sein Wort nicht halten kann oder will, so daß die Kollegen gezwungen waren, nochmals die Arbeit dort niederzulegen. Geeinigt haben sie sich jetzt wieder, aber die Versammlung zweifelt daran, daß es lange dauern wird. Bei einzelnen Werkstätten handelte es sich nur um die Abschlagszahlung. Es hat sich auch im Laufe der letzten Woche überall, wo nicht gleich bewilligt wurde, eine Einigung herbeiführen lassen.

Die Einsetzer haben sich nicht so der Bewegung angeschlossen, wie es gewünscht wurde. Die Meldungen sind nur spärlich eingelaufen. Redner fordert die Werkstattgesellen auf, sich mehr mit den auf dem Bau Beschäftigten bekannt zu machen, damit die Einsetzer auch daran denken, wenigstens etwas ihre Lage zu verbessern. Zur Unterstützung wurden während der zweiten Woche 4150 M. gezahlt. Mit dem Appell, fest an der Organisation zu halten, schloß Maaß seinen Bericht. In der Diskussion wurde das Verhalten einzelner Gesellen sowohl als Meister getadelt. Mit der Aufforderung weiter im Sinne der Organisation zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Lese- und Diskutierklubs. Donnerstag. „Neue Zeit", Giebel, Boyenstr. 40. — „Süd-Ost", Tolkedorf, Sorauer- u. Görlitzerstraßen-Ecke. — „Klub der Freunde", Bachgänger, Swinemünderstr. 96. — „Socialist. Lese- und Diskutierkl.", Reichenbergerstr. 157. — „August Geib", Streit, Naunynstr. 87. — „Ost", Schumann, Tilsiterstr. 85 (jeden Donnerstag vor dem 1. und 15.). — „Morgenrot", Wilke, Liebenwalderstr. 43 (jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.). — „Brüderlichkeit", Haseloff, Landsbergerstr. 8 (jeden Donnerstag nach dem 1. und 15.). — „Friedrich Engels II", Thäder, Görlitzerstr. 40. — „Gleiches Recht", Lange, Reichenbergerstr. 83. — „Freies Wort", (jeden Donnerstag nach dem 1. u. 15. im Monat), Franke, Passidastr. 9. — „Emancipation", Spät, Weinstr. 28. — „Johann Jacoby", Lietzke, Schwedterstr. 33.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vors.: Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Lausitzerstraße 33. **Donnerstag.** Abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor „St. Urban", Protz, Annenstraße 9. — „Vorwärts II", Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. — „Süd-Ost I", Becker, Köpnickerstr. 191. — „Flöter'scher Gesangv.", Wiedemann, Friedenstr. 67. — „Gesangv. Berliner Kürschner", Feind, Weinstr. 11. — „Einigkeit I", Gr.-Lichterfelde, Pagel, Chausseestr. 104. — „Liederlust I", Fürstenwalde a. d. Spree, Henkel, Schloßkellerei. — „Morgenroth II", Köpenick, Stippekohl, Schönerlinderstr. 5. — „Zukunft II", Pelten i. d. M., Grunow, Wilhelmstr. 19. — „Fröhlich", Rummelsburg, Schröter, Mozartstr. 7. — „Vineta", Schmidt, Swinemünderstraße 65. — „Alpenröslein", Hilgenfeld, Bergstr. 60 — „Alpenrose", Kunze, Forsterstr. 36. — „Deutsche Eiche II", Brandenburg a. H., Winkels Salon, Hauptstraße. — „Freiheit III", Neu-Weißensee, Köntgchaussee 38. — „Loreley", Schumann, Hochstr. 32a. — „Sangestreue", Brandenburg a. H., Wollenweberstraße 3. — „Kornblume", Gold, Gr. Frankfurterstraße 133. — „Liederd-Echo", Drathschmidt, Stalitzerstr. 102. — „Oberon", Gründer, Köpnickerstr. 100. — „Sorgenfrei", Möhring, Admiralstr. 18a. — „Morgengrauen" (Bäcker), Neumann, Brunnenstr. 150 (nachm. 4—6 Uhr). — „Süd-Ost II", Ludwig, Wrangelstr. 86. — „Möbelpolirer", Kautsch, Fruchtstr. 61. — „Gerstenähre", Sommer, Grünstr. 21. — „Waldklapelle", Ladewig, Kommandantenstr. 65. — „Liederlust II", Rempler, Moabit, Beusselstr. 25. — „Oranienburger Vorstadt", Diete, Ackerstr. 123. — Arbeiter-Gesangverein „Freiheit IV", Bernau, Elysium, Berliner Thor. — „Steinnelke", Sachs, Lindowerstr. 26. — „Sängerlust", Werder a. H., Martin, Kugelweg 58. — „Hoffnung III", Friedrichsberg, Böter, Friedrich Karlstr. 34. — „Semefelder II", Brandenburg a. H., Lehmann, Kl. Gartenstr. 1a. — „Felsenburg", Scheere, Blumenstr. 38. — „Rüüli", Friedenau, Grube, Sinbenrauchstraße und Kaiser-Allee Ecke. — „Solidarität II" (Maurer), Potsdam, Voigts Blumengarten, Spandauerstr. 33. — „Melodia I", Rixdorf, Münzer, Bergstr. 7. — „Freiheit West", Werner, Bülowstr. 59. — „Grüne Eiche", Rixdorf, Dick, Hermannstr. 116. — „Sangeslust I", Reimann, Pankuserstr. 30.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Raschke, Rixdorf, Mahlowerstraße 1, IV. **Donnerstag:** „Mehr Licht", Weißensee, Sorrer, Straßburgstr. 56. — „Columbus", Conrad, Kamphausenstraße 3. — „Glühlicht II", Purmann, Liebenwalderstr. 27. — „Kamerun", Müller, Weidenweg 97. — „Glühlicht I", Neu-Weißensee, Stegemann, Streustr. 3. — „Unverzagt I", Lehmann, Koppenstr. 17. — „Grüner Hain", Heide, Elbingerstr. 14. — „Veronika", Weber, Görlitzerstr. 35b. — „Feste Brüder", Rixdorf, Schöntag, Hermannstraße 232.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Geselliger Verein „Unter Uns", Fischer, Beusselstr. 66. — Orchesterverein „Allegro", Richter, Dresdenerstr. 116. — Rauchkl. „Süd-West", Michaelis, Simeonstraße 13. — Rauchkl. „Kernspitze", Böhl, Rüdersdorferstr. 8. — Skatklub „Unter Uns", Bauer, Eisenbahnstr. 7. — Orchesterchor „Vorwärts", Rixdorf, Victoria-Säle, Hermannstr. — Skatkl. „Süd", Krebs, Boeckhstr. 21. — Gesangv. „Sängerkreis" (Musikinstrumenten-Arbeiter), Raabe, Fichtestr. 29. — Rudervr. „Vorwärts", Stralau, Klubhaus, Verlängerte Dorfstraße. — Skatkl. „Gemüthl. Ramsch", Jonas, Blumenstr. 21a. — Skatkl. „Grand-Schwarz", Dincke, Winsstraße 56. — Gesangv. „Eintracht", Mauß, Schönhauser Allee 139. — Rauchklub „Ohnesorge", Münsberg, Louisenufer 52. — Gesangv. „Ritterhof", Zubeil, Lindenstr. 106. — Pflanzerv. „Veilchen", Rixdorf. Jeden Donnerstag nach dem 15. Elsenstr. 73. — Tanzkl. „Union", jed. Donnerstag nach dem 1. u. 15. Perlebergerstr. 23. — Schachkl. „Nordstern", Fennstr. 3. — „Berliner Schachverein", Kommandantenstr. 20. — Musikv. „Kosack'scher Bläserchor", Genz, Kolbergerstr. 2. — Skatkl. „Karo Sieben", Kürsten, Koppenstr. 28. — Gesangv. „Hoffnung", Friedrichsberg, Frey, Friedrich-Karlstr. 34. — Theaterverein „Edelweiß", Altmann, Neue Hochstr. 49. — Vergnügungsv. „Glocke", Benhardy, Justerburgerstr. 6. — Vergnügungs-Verein „Waldesgrün", Hoppe, Schleiermacherstr. 40. — Geselliger Verein „Nordstern", Vogt, Fennstr. 4a. — „Zitherklub Menzenhauer", gem. Chor, Neue Königstr. 26. — „Berliner Vergnügungsverein", Gartenstr. 13/14.

Arbeiter-Turnerbund. Donnerstag: Turnv. „Fichte", Berlin, abends von 8—10 Uhr: 7. Männer-Abt., Reichenbergerstr. 131; 2. Damen-Abteilung, Ackerstr. 67; 7. Lehrlings-Abt., Wasserthorstr. 31. — Turnverein „Eiche", Köpenick, Damen-Abt. von ½8—½10 Uhr, Hotel Klein, Wilhelmshof.

Arbeiter-Stenographenverein „Stolze" (Einigungssystem), Bezirk Süden, Gräfestr. 82, bei Jahn, abends 8½ Uhr. — Bezirk Nord-West, Moabiter Klubhaus, Beusselstr. 9, abends 8½ Uhr.

Centralverein Stenotachygraphie (Bezirksverein „Süd-Ost") eröffnet am Freitag, den 8. d. M., einen unentgeltlichen Unterrichtskursus in der vereinfachten deutschen Stenotachygraphie. Unterrichtsmittel gratis. Beginn abends 9 Uhr im Restaurant Spielberg, Köpnickerstr. 62.

Stuccateure. Heute abend Deputierten-Versammlung in den Armin-hallen. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 7. September.

Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Cavalleria rusticana. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Post festum. Der verwunschene Prinz. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Kollege Crampton. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Genossin. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die Badesaison. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Zwei glückliche Tage. Anfang 8 Uhr.
Neues. Kiwito. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen-Conducteur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Mikado. Anf. 7½ Uhr.
Luisen. Bunte Kreise. Vorher: All Heil! Anfang 8 Uhr.
Central. Der Heiratsmarkt. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Germinal oder: Der Streik der Bergarbeiter. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Um tausend Mark. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin lacht. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Specialitäten-Vorstellung. Anfang ½8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Reiseskizzen aus dem Orient (Jerusalem). Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Zwei glückliche Tage.** Schwank in 4 Akten von Franz von Schönthan und Gustav Kadelburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Iphigenie auf Tauris.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmale! **Die Ehre.** Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstraße 132.
Täglich:
Um tausend Mark.
Novität! Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Im Theater: Sonntagnachmittag kl. Preise: **Die Kubanerin.** Anfang 5 Uhr. — Im Garten: Gr. Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 4 Uhr.

Friedrich-Wilhelmst. Theater

Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Zum 33. Male: Letzte Woche! Letzte Woche!
Germinal oder: Der Streik der Bergarbeiter.
Sensationsstück in 5 Aufzügen nach dem gleichnamigen Roman v. Emile Zola.
In Vorbereitung: Novität! **Die Reise nach der Teufelsinsel.** Burleske Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.
Sonntagnachmittag 4 Uhr zu kl. Preisen: **Der Glöckner von Notre-Dame.** Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr:
Reiseskizzen aus dem Orient (Jerusalem).
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Hippels Stettiner Quartett- u. Humoristen-Ensemble.

CASTANS PANOPTICUM

Die sensationellen **lebenden Photographien!** in Lebensgrösse.
Die russische Damenkapelle **„Mignon"** in moskowitischen Kostümen.
Viele neue plastische Gruppen und Figuren.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72—73.
Telephon: Amt IVa No. 6440.
Eröffnungs-Vorstellung am 9. September.
Novität! Der Novität!
Platzmajor.
Gesangsposse in 3 Akten von Jean Kren und Alfred Schönfeld.
Musik von Gustav Wanda.
Hauptrollen: Emil Thomas, Guido Thielscher, Fritz Hielmerding, Hans Junkermann, Gerda Walde, Margarete Arasp, Nelly Roland, Johanna Junker-Schatz.
Neue Ausstattung.
Vor der Vorstellung:
Konzert der Theater-Kapelle im Tunnel.
Billet-Bestellungen im Theaterbureau. Vorverkauf an der Tageskasse 10 bis 2 vormittags und 5 bis 7 nachmittags.

Victoria-Brauerei

Lützowstraße 111/112.
Im Naturgarten oder Saal:
Täglich
Humoristische Soiree der **Norddeutschen Sänger**

(Führmann, Horst, Walde). Auf. Sonntags präc. 7, wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverk. 10 Pf. Familienbillets 3 = 1 M. Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Freie Volksbühne.

II. Abteilung (blaue Karten): Sonntag, 10. Sept., 2½ Lessing-Theater: **Die Journalisten.**
Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre neuen Mitgliedskarten aus den Zahlstellen abzuholen. 230/17
Neue Mitglieder zur 6. Abteilung können sich täglich in allen Zahlstellen zur Aufnahme melden.
Die 2. Serie beginnt am 24. September im Ostend-Theater mit Goethes Faust (I. Teil) unter Mitwirkung hervorragender Gäste. **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Central-Theater

Direktion: José Forenczy.
— **Lustspiel-Ensemble.** —
Wegen Beginn der Operetten-Saison letzte Woche!
Der Heiratsmarkt.
Schwank in 3 Akten v. G. Okonkowski.
Anfang 8 Uhr.
Morgen bis incl. Sonnabend: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag: Eröffnung der Winter-Saison. **Die Geisha,** oder: Eine japanische Theehausgeschichte.
Anfang 7½ Uhr.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Direktion: **Richard Schulz.**
Jane Plerny.
Alice Bonheur.
Fleury Raybaud-Trio.
The 6 Daineff.
Berlin lacht!
und das sensationelle Specialitäten-Programm.
Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Das Rauchen ist in sämtlichen Räumen gestattet.

Palast-Theater

früher
Feen-Palast, Burgstraße 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Wiederholung der phänomenalen
Eröffnungs-Vorstellung
in den durchweg wunderbar renovierten
Riesen-Prachträumen.
Neu! Novität! Neu!
Spree-Lottchen!
Berliner Original-Posse in 2 Akten.
Hauptrollen:
Erdmann, Rentier — Rich. Winkler.
Herzchen, Gerichtsvollzieher — Wilh. Fröbel.
Spree-Lottchen — Helene Voß.
Grosses Specialitäten-Programm. [7278]*
Sensationsnummer:
Das lebende Karussell.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Kassenöffnung 1 Stunde vor Anfang. Billet-Vorverkauf vorm. v. 11—1 Uhr.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
Der Herzverführer.
Operette in 1 Akt v. Leopold Elp.
Brothers Runge. Frères Alexandré. Franziska Held. Else Messer. Trude Bürgel. Gustav Eulenburg. Paul Frey etc.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Vorzugskarten an Wochentagen gültig.

Alcazar-Theater

Variété I. Ranges
Dresdenerstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut erstklassigen Specialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree:
Wochentags 20 Pf. Sonntags 30 Pf.
2368*] **Die Direktion:** Richard Winkler.

Apollo-Theater.

— Stürmischer Erfolg! —
Abends 9 Uhr:
Frau Luna
Ferner:
Otto Reutter, Yumata Tiero, Paulette Darty
etc. etc. etc.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank", Unter den Linden 69.

Reichshallen.

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader).
Zum Schluß neu:
Stuckes Pfingstfahrt.
Ensemble von Meysel.
Tenor Böckmann
(Wachtel rédivivus).
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11—1 Uhr.
Die Plätze zu den numerierten Sitzen sind stets 8 Tage vorher zu haben!

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.
Täglich: Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Das Nachtlager in der Jungfernheide.
Posse mit Gesang in 1 Akt von Robert Linderer. Musik von Michaelis.
Berliner Leben.
Burleske mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gericke. Musik von Schmidt.
Im Saale: Tanzkränzchen.

R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen"

Konzertgarten u. Prachtsäle
Badstr. 16. Gesundbrunnen, Badstr. 16.
Täglich:
Gr. Promenaden-Konzert.
Jeden Donnerstag:
Elite-Streich-Konzert.
Sonntags: **Großer Ball** im neuerbauten Saal.
Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

CIRKUS BUSCH.

Vorläufige Anzeige!

Hierdurch gestatte ich mir ganz ergebenst bekannt zu geben, dass ich meine fünfte Saison in der Reichshauptstadt am

Sonnabend, den 16. September, abends 7½ Uhr,

mit einer

Gala-Premiere

eröffnen werde.

Ich war mir wohl bewusst, dass ich nach den beispiellosen Erfolgen, welche ich in den vergangenen vier Jahren in meiner Vaterstadt Berlin errungen habe, weder in meinen Anstrengungen ermüden, noch in meinem Eifer erlahmen dürfe, um die erste Stellung, welche mein Institut bisher behauptet hat, nicht allein zu befestigen, sondern unerschütterlich zu machen. Deshalb habe ich auch keine Opfer gescheut, um den Cyklus meiner Vorstellungen im Winter 1899/1900 so zu gestalten, dass die hervorragenden erstklassigen Leistungen auf meinem Gebiet eines Weltinstituts in der Reichshauptstadt würdig sind.

Indem ich dem hochverehrten Publikum für das mir bisher bewiesene Wohlwollen danke, bitte ich, mir dasselbe auch ferner zu erhalten und zeichne

Hochachtungsvoll 110/20
P. Busch, Direktor.

P. S. Der Billet-Verkauf findet, wie gewöhnlich, im „Invalidendank" und an der Kasse am Freitag, den 15. September, von 11 Uhr vormittags an ununterbrochen statt.
Preise wie immer:

Logen	Mk. 5,—	I. Platz	Mk. 1,50
Sperrsitz	„ 3,—	II. Platz	„ 1,—
Balkon	„ 2,—	Galerie	„ 0,50.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 181. Coulante Zahl.-Bed. H. & M. Lewent. Beamten ohne Anzahl.

Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Fernsp. VII 1711.
Direkt.: V. Bausenwein u. C. Emmerich.
Eröffnungsvorstellung am 9. Septemb.
Anfang ½8 Uhr. Zum 1. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:
Novität! **Die weisse Henne.** Novität!
(La poule blanche).
Vaudeville in 3 Akten von Hennequin und Marx. Deutsch v. Bolten-Bäckers. Musik v. B. Roger. In Paris mit Sensat. Erfolge über 500 Mal gegeben.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Anfang wochentags 8 Uhr.
Entree (Vorverkauf) 30 u. 50 Pf. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 u. 75 Pf.
Donnerstag und Sonntag nach der Soiree:
Tanz-Kränzchen.

Ich wohne jetzt:
Königgrätzerstr. 27 I
Sprechst. 9—1, 4—7. [24292*
Dr. med. Schaper,
homöop. Arzt und Special-Arzt für
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Poliklinik: Friedrichstr. 114 I.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Rüdersdorfer Straße 71,
am Küstriner Platz.
Täglich: Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrsitz Nachzahl. 20 Pf.
Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrsitz Nachzahl. 10 Pf.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger.
Hermann Imbs, Direktor.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: **In Freud und Leid.** Volksstück mit Gesang und Tanz von Hugo Schulz. Musik von A. Kersten. Kostümsoubrette Fräul. Lucie Sarow. Gebr. Milardo, Grot. Duett. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schönbrunns, humoristisches Bilderbuch. Little Parkins und Miss Lizzie, Musikal. Excentrics. Vendaro-Trio, Exercitien am Hand-Trapez.
Konzert und Ball.
Eintritt Sonntags und wochentags 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau,
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstraße, empfiehlt sein großes Lager aller Arten Lederwaren und Schmucksachen.
Gesangbücher von 1,25 Mk. an.
Ferner: Broschen, Ohrringe, Armbänder, Colliers, Ringe, Uhrketten, Kämme 2c. zu den billigsten Preisen.

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, den 7. Sept., abends 8½ Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstr. 20–21:

Grosse Versammlung

der Mitglieder der Zahlstelle Berlin II des Central-Verbandes deutscher Maurer.

Tages-Ordnung:

1. Ziele und Praktiken der Unternehmer-Organisationen. Referent Kollege **Fritzsch.** 2. Verschiedene Anträge und Gewerkschaftliches. 137/8

Guten Besuch erwartet

Der Vorstand. J. A.: **Karl Panser.**

Achtung! Former. Achtung!

Donnerstag, 7. September, abends 8½ Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Große öffentliche Versammlung

der Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Gewerkschaftskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Delegierten. 4. Der Leipziger Formerstreik und seine Folgen. Referent Kollege **Grenz** aus Leipzig. 5. Diskussion. 61/14

Pflicht eines jeden Formers und Berufsgenossen ist es, der wichtigen Sache halber in der Versammlung zu erscheinen.

Der Einberufer.

Achtung! Bügler, Stepper, Zuschneider u. Mäntelnäherinnen des Wedding.

Sonntag, den 10. September, abends 7 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Verbands-Versammlung des **Central-Verbandes deutscher Schneider und Schneiderinnen.**

Tagesordnung: 1. Licht- und Schattenseiten der Damenmäntel-Konfektion. Referent Kollege **Zander.** 2. Diskussion. 2406b

Nach dem Vortrag: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**

Steinarbeiter.

Donnerstag, 7. September, abends 7 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: 174/9

1. Stellungnahme zur Aussperrung der Kollegen in Sachsen. 2. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Die Lohnkommission.

Achtung! Rabitz-Spanner und -Träger.

Sonntag, den 10. September, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Zubeil, Lindenstraße 106:

Mitglieder-Versammlung

der Zahlstelle Berlin V.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung mitgeteilt. Um zahlreiches Erscheinen bittet 261/4

Der Vorstand.

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche

ausschließlich eigenes Fabrikat. — Specialität: **Arbeiter-Berufskleidung:** Blau Köper-Jacken M. 1,65, steigend je nach Größe um 10 Pf., blau Köper-Hosen, in allen Längen, M. 1,65. **Arbeiterhemden, Blusen, Malerkittel u. Monteurhemden.** **D. Warzel & Co.,** Brangelstr. 17.

W. Noacks Festsäle,

Brunnenstr. 16.

Empfehle meine neu renovierten Säle Vereinen und Gewerkschaften unter coulantesten Bedingungen.

Auch sind noch einige **Sonnabende** frei. 2073b

H. Grupes Tanz-Institut,

Annenstr. 16 (früher Klubhaus).

Sonntags-Kursus per Monat 3 M., Dienstagabend-Kursus p. Monat 4 M. Säle und Vereinszimmer für Versammlungen u. Festlichkeiten. [2327b

Großer Möbelverkauf

In meinem großen Möbelspeicher,

Neue Königstr. 59,

sollen viele Einrichtungen verliehen gewesener und neuer Möbel billig verkauft werden. Teilzahlung unter den coulantesten Bedingungen gestattet, Beamten ohne Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verliehen gewesener und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Massen-Einkäufe und Ersparung der teuren Ladenmiete bin ich im stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen für 100, 200, 300 bis 400, hocheleganter von 500–5000 Mark zu liefern. Kleiderspind 14, Küchenspind 12, Kommode 10, Waschtoilette, Sofa 18, Spiegel 6, Muschelkleiderspind 35, Bettstelle mit Matratze 18, ohne Matratze 8 Mark, Stühle 2, Nußbaum- und Mahagoni fournierte Kleiderspinden, Vertikows 32 Mark, Muschelbettstelle mit Sprungfeder-Matratze 33, elegante Stuhltrumeaux 45, Salongarnituren 50, 90 und 105 Mark, seidene Garnituren, sehr wenig gebraucht, spottbillig. Eigene Tapezier- und Dekorations-Werkstatt. Paneelsofas mit Satteltaschen, Herrenschreibtische, ganze Speisezimmer und Schlafzimmer.

Achtung! Textilarbeiter.

Donnerstag, den 7. September, abends 8½ Uhr, im Saale des Herrn Stechert (fr. Joel), Andreasstr. 21:

Oeffentliche Versammlung

aller in der Textilindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die gegenwärtige Lohnbewegung der Berliner Teppichweber. Referent **F. Kotzke-Berlin.** 2. Verschiedenes. 272/7

Zu obiger Versammlung sind besonders eingeladen, die Arbeiter der Firmen: Becker u. Hofbauer, Pantz, Baader, Benjamin und Feibisch, außerdem die bei obigen Firmen in der Hausindustrie beschäftigten Portieren- und Deckenweber.

Wir ersuchen die Fabrik-Vertrauensleute, für zahlreichen Besuch zu dieser Versammlung, Propaganda zu machen.

Das Agitationskomitee der Textilarbeiter und Arbeiterinnen der Provinz Brandenburg.

Achtung! Putzer. Achtung!

Am Freitag, den 8. September, abends 6 Uhr, im Lokale „Arminhallen", Kommandantenstraße 20:

Baudeputierten-Sitzung,

wozu die Kollegen eingeladen werden. Jeder Bau muß durch einen Deputierten vertreten sein; die Formulare zur Unterschrift werden für jeden Bau verteilt werden. 191/6

Die Lohnkommission.

Soeben erschien im Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung":

Stenogramm der Verhandlungen im Prozeß Dreyfus

vor dem Kriegsgericht in Rennes.

Lieferung 1 und 2. Lieferung 3 erscheint Ende dieser Woche.

64 Seiten 8°. Preis: 20 Pfg. 238/12

Zu beziehen durch alle Kolporteure und die

Buchhandlung Vorwärts.

Cohns Festsäle, Beuthstrasse 20

Amt I, 1722.

Empfehle meine Festsäle mit Bühne, von 100–1000 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten. 2283b*

Sonnabende und Sonntage im September und Oktober noch zu haben.

B. Niefs 1000 Pers. faß. **Flora-Säle, Weberstr. 17.**

Sonnabende und Sonntage frei. [2472b*

Vereinszimmer 20–150 Personen. — Versammlungen 2c. 2c.

Gänse-Artikel!

Täglich frische Gänseklein 70 Pf.

Gänsefleisch a Pfd. 40 Pf., Keulenfleisch a Pfd. 60 Pf., Spickgans, Gänseleberm, Gänsekeulen, Gänsefliesen, Gänsehaut und Gänsegrieben, Gänseschmalz, Gänseleberwurst und Gänseleber-Würstchen Dyd. 1 M.

Hermann Leißner, Berlin C.,

Kaiser Wilhelmstr. 11 (Ecke Klosterstraße) und **Klosterstr. 94.**

23775 Central-Markthalle: Stand Nr. 26.

Möbel an Teilzahlung. **J. Kellermann, Prinzenstr. 97, parterre.** Eingang vom Flur. [*

Bruch-Preßkohlen Ctr. 75 Pf. sowie sämtliche anderen Brennmaterialien sind billig zu haben bei **Schulz, Urbanstr. 171.** 2411b

Typographia.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege

Max Knack

am Dienstag verstorben ist.

Die Beerdigung findet am **Freitag nachmittag 6 Uhr auf dem Alten Elisabeth-Kirchhof in der Ackerstraße** statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Für die uns bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters

Franz Treu

gegebenen Beweise aufrichtiger Teilnahme, sowie für die zahlreiche Beteiligung und große Blumenspende sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank. 2400b

Louise Treu geb. **Bumke.**
Paul Treu.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maler

Gustav Fraatz,

Pankow, Brehmestraße 61a, am Montag verstorben ist.

Sein Andenken hält in Ehren die Filiale II (Berlin) der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag um 3½ Uhr vom Trauerhause aus statt. 124/7

Arbeiter-Verein für Pankow u. Umgeg.

Todes-Anzeige.

Am 5. d. M. verstarb unser Mitglied

Robert Manke.

Wir werden denselben ein allzeit ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Freitag, den 8. d. M., nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhause, Kaiser Friedrichstr. 71, aus statt. 1/3

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Hirtes Festsäle.

Empfehle den Vereinen meinen renovierten Saal und Nebenräume für Sonnabend und Sonntag zu Festlichkeiten. Auch sind Vereinszimmer sowie 2 Kegelbahnen zu vergeben. 2470b*

Elisabethkirchstr. 14.

KONDOR RÄDER gut & billig

Filiale: 51 Brunnenstr. 105

Reparateur OTTO MÜNDNER

III 2223

Reparaturen jeden Systems!

Transporträder. 2897b

Leichtes Turenrad	**Mk.**	**160**
Damenrad	„	**170**
Laufmäntel	„	**6,50**
Schläuche	„	**4,—**
Laufglocken	„	**1,60**
Cyclometer	„	**8,—**

NEU! Trinkt vom Fass! NEU!

Goldklares Weissbier

aus der Weißbier-Brauerei „Friedrichstadt" 2480b*

Julius Borsdorf, Neue Königstraße 31/32.

Es ist das **beste Weißbier** und wird **stets ohne Wasserzusatz** verkauft!

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 2 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Angeschmutzte Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Reisemuster, sonst tadellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhosen mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei- u. Wäschefabrik Donig, Alexanderstraße 30, Vorderhaus I. [1228*

Möbelverkauf. Oranienstraße 73, zwischen Moritzplatz und Alexandrinenstraße, in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Specialgeschäft für Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein größtes Musterbuch gratis und franco. Durch größere Massen-Einkäufe und Ersparung der teuren Ladenmiete bin ich im stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 150, 200, 300, 400 Mark, hocheleganter von 500 bis 10000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Teilzahlung unter den coulantesten Bedingungen. Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorateurwerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderspind 20, Waschtoilette, Küchenspind 18, Kommode 15, Spiegel 7, Muschel-Kleiderspind 35, Sofa 30, Bettstelle mit Matratze 18 Mark, Nußbaum und Mahagoni fournierte Kleiderspinden, Vertikow 32 Mark, Muschelbettstelle mit Sprungfederboden 40, elegante Trumeaux 45 Mark, Salon-Garnitur 60, 75 und 105 Mark, Paneelsofas mit Satteltaschen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschnitztes Büffett 100 Mark. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte verliehen gewesener, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher und feiner Möbel. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.

Großer Möbelverkauf, Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße. Ich führe nur gediegene Möbel und liefere billiger als jeder Händler; da ich meine eigenen Tischlereien und Tapezier-Werkstätten habe, so bin ich im stande, schon hübsche und geschmackvolle Einrichtungen für 150 bis 300, elegante 400 bis 4000 Mark zu liefern. Jede Garantie übernehme. Ganz besonders zu empfehlen sind die verliehenen und zurückgesetzten Möbel, die wie neu sind, zu ganz ermäßigtem Preise abgegeben werden. Darunter Salon, Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, große Posten Garnituren und einzelne Sofas, Schreibtische, Kleiderspinden, Vertikow, Garderoben- und Anklideschränke, Bücherspind, Trumeaux, sowie viele andere Möbel. Auch gebe ich an sichere Leute auf Teilzahlung. Gekaufte Möbel werden durch eigenes Gespann in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch nach außerhalb. 1138*

Strickmaschinen, bestes Fabrikat, auch auf Teilzahlung. **Gustav Bredereck,** Engel-Ufer 20. [†13*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Bestellungen Postkarte. Wanderer, Lortzingstr. 16. [†60*

Gaskocher, Sparsystem, Zweiloch 6,00, Dreiloch 10,00, Gasplättofen sehr billig. Gasbratöfen 10,00 M. Teilzahlung. Mohlauer, Wallnertheater-Straße 26/27. (Kein Laden.) [2349b*

Wohnungs-Einrichtung, neu, wegen Auswanderung billig zu verkaufen. Wilhelmstraße 122a, Hof II. Aufgang 1 Treppe links. [2402b

Möbelspeicher. Möbelverkauf Oranienstraße 2a, Nußbaum fournierte Kleiderspinden mit Muschelaufsatz 36,00, Ruhebetten, Küchenspinden 18,00, Rohrlehnstühle 5,00, Paneelsofas 75,00, Auszugtische, Verbindungstische 12,00, Marmortoiletten 25,00, Muschelbetten, Säulentrumeaux 35,00, Plüschgarnituren 95,00, eventuell Teilzahlung.

Töpfer-Lederluch spottbillig. Fischer, Friedenstraße 104. 2413b

Nußbaummöbel-Einrichtung spottbillig, auch einzeln. **Gartenstraße 32A** I links. †75*

Bäckereifiliale sofort verkäuflich. Fidicinstraße 44. 2380b

Altes Grünkramgeschäft, Verkauf, Rolle, zu verkaufen. Verzug nach außerhalb. Hirtenstraße 5a. [2415b

Gardinen, Teppiche, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Sofastoffreste. Große Frankfurterstr. 9, parterre. †44*

Wegen Räumung meines Geschäftslokals am 15. September verkaufe spottbillig komplette Wasch-Kasten, ebenso einzelne Möbel gebraucht und neu. Wunderschöne Muschel-, Taschen- und Stoffsofas, Säulentrumeau, Säulenspinden 48, Muschelspinden, Muschelbetten 18. Alle Arten Küchenmöbel. Hirschowitz, Mariannenstraße 7.

Ein Ladenspind verkauft Sorauerstraße 25. †38

Halbrenner, gut erhalten, 100 M., Oranienstraße 188, III. Hof, 1 Treppe links. 2406b

Drehpiano mit Walze zu verkaufen, Preis 50 Mark. Aug. Kessler, SO. Lausitzerstraße 52. 2394b

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, wegen Wegzugs spottbillig Waldemarstraße 68, I. links. 90K*

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsbergerstraße. 1378*

Vermischte Anzeigen.

Gebrauchte Möbel kauft Lazarus, Auktionator, Rosenthalerstraße 20. 2290b

Vereinszimmer, 40 Personen fassend, frei. Gustav Ladewig, Kommandantenstraße 65, nahe Alte Jakobstraße. 1328*

Elektra, Prinzenstraße 55. Neuer Abendkursus. Gediegene praktische und theoretische Ausbildung für Elektrotechniker, Installateure, alle Metallgewerbe, Kaufleute. Keine Vorkenntnisse. Diplomzeugnis. Stellungsnachweis. Lehrplan gratis. Anmeldung täglich, auch Sonntagsvormittag.

Nebenverdienst sucht Kaufmann. B. 999, Postamt Waldemarstraße. [†13

Schriftliche Arbeiten jeder Art werden von einem gebildeten Manne prompt ausgeführt. Kaminski, Parochialstraße 11, Hof parterre. [2412b

Elektra, Prinzenstraße 55, Neues Praktikum für Elektrotechnik. Aufnahme jederzeit.

Saal für Vereinszwecke zu vergeben Invalidenstraße 146 bei Weiß.

Aufpolsterung, Sofa 6, Matratze 4,50, Baum, Rheinsbergerstr. 18. 2410b

Vermietungen.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn. Wittwe Suter, Weidenweg 5, vorn 3 Treppen. †44

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Tüchtige Schriftmaler verlangt Hedert, Prinzenstraße 32. 142K*

Versilberer verlangt Barnimstraße 2. [2404b

Tüchtiger Farbigmacher, der selbständig arbeitet, zu sofort gesucht. Rosenow, Schmidstraße 6. [2407b

Gesangsdirigent gesucht, der der polnischen Sprache mächtig ist. Baldige Meldung erwünscht. Krausenstraße 61, Hof 3 Treppen links bei Grimm.

Erfahrener Maschinenmeister für Steindruck-Schnellpresse (Faber und Schleicher) zum möglichst baldigen Antritt bei hohem Wochenlohn gesucht. Nur prima Kräfte finden Berücksichtigung. Offerten mit bisheriger Thätigkeit und Zeugnisabschriften sub V. 3 an die Expedition des „Vorwärts". [2401b

Für Berlin sofort 1 Monteur auf Fantasieringe, 2 Reparateure und 1 auf Neuarbeit. — Nach Breslau 1 Ciseleur und 1 Bestecksarbeiter. [71/12 Arbeitsnachweis, Holzmarktstraße 8.

Sattler- und Tapezierer-Lehrling sofort oder 1. Oktober nach Vorort verlangt. Näheres Berlin, Ramlerstraße 37, Hof I, Müller. †85

Versilberer verlangt Admiralstraße 7. [110/19

Tapezier-Lehrling sucht Tischler, Oranienstraße 74. 2382b

Vergolder, zwei Farbigmacher, tüchtige Vergolderin verlangt sofort Hergarten, König-Chaussee 39a. †27

Lehrmädchen bei sofortigem Verdienst verlangen Gutmann & Meyer, Greifswalderstraße 4. 145/14*

Kartonnarbeiterin, auch Lehrmädchen verlangt Grellner Weg 104. *

Hosen- und Röckenäherin verlangt Haase, Ackerstraße 132, Hof 5, 2 Tr.

Arbeiterinnen auf Mädchenjacken verlangt Steinuff, Königsbergerstraße 19 II. †34*

Karton-Arbeiterinnen verlangt Sonnenburg, Dresdenerstraße 127. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung, Tischler!

In der **Möbelfabrik von Ziegel,** Wasserthorstr. 14, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 108/12*

Zuzug fernhalten!

Achtung! Achtung!

Firmenschilder-Branche.

Die bei der Firma **Otto Grund & Co.** beschäftigten **Firmenschilder-Anmacher** haben heute wegen unrechtmäßiger Entlassung unseres Kollegen Pfeiffer I. die Arbeit niederlegen müssen.

Zuzug fernzuhalten!

Verein der Firmenschilder-Anmacher.

24038]

Achtung! Ciseleure!

Bei den Firmen **Engel & Hegewald,** Lindenstr. 23 und **Spock,** Dresdenerstraße 36, sowie **Gericke** für Firma **Meyer & Co.,** Sebastianstr. 20, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt resp. gekündigt. Zuzug ist deshalb nach diesen Werkstätten streng fernzuhalten. **Die Kommission.**

Achtung, Rixdorf!

In der Bautischlerei von **Kurzahn,** Mühlenstr. 6, sind die Forderungen nicht bewilligt. Zuzug fernzuhalten.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Robert Wengels, Fruchtstr. 30, H.
L. Vogel Wwe., Koppenstr. 83.
Chr. Schultz, Blumenstr. 14.

Nordosten:
J. Neul, Barnimstr. 42.

Norden:
Ed. Gasmann, Grünthalerstr. 65.
Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96
Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.
L. Dechand, Rathenowerstr. 24.
H. Vogel, Demminerstr. 32.
M. Thiel, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.

Südwesten:
F. Ohneforge, Bergmannstr. 23, H. II
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
Hans Baake, Dresdenerstr. 52/53.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35.
Ed. Gesche, Brangelstr. 58.
Martin Wiesche, Adalbertstr. 24.

Centrum:
P. Horsch, Gipsstr. 27.
M. Thiel, Breitestr. 23.

Charlottenburg:
Gust. Scharnberg, Schillerstr. 94 I.

Friedenau:
H. Bernsee, Kirchstr. 15.

Friedrichsberg:
Anton Kopp, Friedrich Karlstr. 4.

Pankow:
Kummert, Kaiser Friedrichstr. 15.

Rixdorf:
C. Ostermann, Erkstr. 6.
E. Neteran, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
Wilh. Bämmler, Apostel Paulusstr. 13.

Weissensee:
Heinrich Bachmann, Lehderstr. 1.
Julius Schillert, Königschaussee 39a.
Rob. Liebschwager, Gustav-Adolfstraße 16.

Verantwortlicher Redacteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.